

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. August 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
postfrei 20 Pf. frei ins Haus.
Eingelagerte Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Illustration 5 Pf. Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement 1,10 Mark pro Monat.
Eingelagert in die Post-Verkehrs-
Anstalt. Unter Anschluss für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Schweiz, Dänemark, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die hochgehaltene Anzeigen-
stelle oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Berichtigungen 30 Pf.,
Kleine Anzeigen, das letzte
Wort 20 Pf., (zuletzt 2 letzte
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Einsendungen und Geschäftsver-
träge das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie.

II.

Ed. B. Für die Magerkeit des Trinkgeldes, das Deutschland von Frankreich im Marokkohandel erhalten soll, wird in der vom Auswärtigen Amt mit Befugungen versehenen deutschen Presse England verantwortlich gemacht. Genauerer darüber ist eigentlich noch nicht bekannt, da die Regierungen der drei Länder sich über die Details der Verhandlungen in tiefes Schweigen hüllen. Aus der Erklärung, die der englische Schatzkanzler Lloyd George am 21. Juli im Mansion House der Citykaufmannschaft verlas, geht aber deutlich hervor, daß Frankreich Deutschland anfänglich etwas zugestehen wollte oder sollte, worüber es nach Ansicht der englischen Regierung kein Verfügungsrecht hat. Einen anderen Sinn kann der Satz nicht gehabt haben, England werde nicht dulden, daß über seinen Kopf hinweg etwas weggehandelt werde, woran es interessiert sei und worüber mitzusprechen es gemäß seiner Weltstellung ein Recht habe. Und es pfeifen und pfeifen die Späher von den Dächern, daß dies Etwas ein größeres oder kleineres Stück Südmarokko war.

Es kann nun die Oppositionsstellung der Sozialdemokratie zur Reichsregierung kein Grund sein, bei Streitigkeiten dieser mit Auslandsmächten aus reiner Oppositionslust den Anwalt der letzteren zu spielen. Wenn das offizielle England Deutschland in bezug auf Agadir und dessen Hinterland „Hände weg“ zuruft, so hat es in unseren Augen jedes moralische Recht dazu dadurch verwehrt, daß es Frankreich erlaubt hat und weiter erlaubt, im größten und zwitkertesten Teil von Marokko den Bestimmungen des Algecirasvertrages ins Gesicht zu schlagen. Es stützt sich ausschließlich auf das Recht, das die Welt zur Grundlage hat, aber auf kein in Verträgen oder jütlichen Grundgesetzen wurzelndes Recht. Das festzustellen gebietet die Gerechtigkeit. Nur sollen die deutschen Blätter, die darob wider England mauern, die Tatsache nicht vergessen, daß die deutsche Diplomatie den Fehler gemacht hat, England in der Behandlung der Marokkofrage als Machtfraße diesmal voranzugehen. Sehr treffend sagt die sonst mit Lloyd George gehende radikale englische Wochenchrift „The Nation“ vom Verhalten der drei Großmächte im Marokkohandel: „Die ganze Sache wird offenbar nach nicht-moralischen Gesichtspunkten behandelt.“ Es hat, soweit die Regierenden und ihr Troß in Betracht kommen, heute keine der drei Nationen den beiden anderen etwas vorzuzurufen. Sie sind alle am Vertragsbruch beteiligt.

Was aber soll unter diesen Umständen jetzt geschehen? Das alberne Verlangen der deutschen Heppatrioten, Deutschland soll um das Stück Südmarokko willen es auf einen Krieg ankommen lassen, richtet sich von selbst. Ganz abgesehen von der verwerflichen Art, Menschenleben aufs Spiel zu setzen, als ob sie nichts wären, zeugt das Treiben auch von einer bodenlosen Unfähigkeit, volkswirtschaftlich zu rechnen. Das Südsgebiet und andere Teile Südmarokkos eignen sich so wenig zu einer deutschen Siedelungskolonie größeren Stils, wie irgend ein anderer Teil Mittelafrikas für größere Ansiedelungen von Europäern geeignet ist. Es kann sich dort nur um kapitalistische Unternehmungen von Europäern handeln, bei denen Afrikaner als Arbeiter beschäftigt werden. Das Recht, im Südsgebiet usw. Pflanzungen und Bergwerke zu betreiben, steht aber deutschen Unternehmern heute schon zu; der Algecirasvertrag spricht ihnen in Marokko das gleiche Recht zu, wie Engländern und Franzosen. Die strenge Erfüllung dieses von allen interessierten Mächten unterzeichneten Vertrages zu verlangen, ist nicht nur der ehrenhafteste und humanste, er ist auch der billigste Weg, Deutschen, die in Marokko Handel und Gewerbe betreiben wollen, zu dem zu verhelfen, was sie mit Ehre und Verstand verlangen können. Der Versuch, Süd-Marokko mit Gewalt unter deutsche Schutzherrschaft zu bringen, würde Deutschland vorerst nur sehr viel Geld und womöglich auch sehr viel Blut kosten. Das Reich würde, um die sehr unabhängig gesinnten Stämme niederzuhalten, Schutztruppen dort zu stationieren haben, die bekanntlich recht teuer zu stehen kommen und so seinen Ausgabenetat auf unabsehbare Zeit ganz wesentlich erhöhen, während die etwaigen Einnahmen aus Marokko auf lange hinaus sehr zweifelhafte Posten sein würden. Und was würde es außerdem aus Spiel legen?

Vor einigen Tagen, in ihrer Nummer vom 6. August 1911, veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Zahlen für den Handel Deutschlands mit dem britischen Weltreich im abgelaufenen Geschäftsjahre 1910. Danach hatte Deutschland mit England und seinen Kolonien in dem einen Jahre einen Handel von nahezu 5 Milliarden Mark im Wert, in genauer Zahl 4972 Millionen Mark. Man bedenke, was das für das arbeitende Volk Deutschlands heißt. Unzählige Gewerbetreibende und Kaufleute aller Art, Hunderttausende von Arbeitern Deutschlands sind, die einen direkt, die andern indirekt an diesem Handel interessiert und werden von jeder ernsthaften Unterbindung, die ihn trifft, mit betroffen. Was ist dem gegenüber — nicht unser jetziger Handel

mit Marokko, denn der ist lächerlich gering, wohl aber der in einigermaßen denkbarer Zeit mögliche Handel mit diesem Reich? Der ganze Außenhandel Marokkos beträgt noch nicht den zehnten Teil vom Wert jenes Umsatzes, und selbst der wildeste Phantast in den Reihen unserer Rationalisten kann nicht davon träumen, daß Deutschland jemals den Handel Marokkos monopolisieren werde. Ein Handel von wenig über einem Duzend Millionen steht einem Handelsverkehr von Milliarden im Wert gegenüber, und da soll es „wahrhaft deutsch“ sein, um einer noch problematischen Ausdehnung jenes ersteren willen diesem Milliardenverkehr tiefe Wunden zu schlagen! Denn letzteres wäre, daran ist kein Zweifel, die unvermeidliche Folge der von den deutschen Heppatrioten verlangten Marokkopolitik. Sie triebe uns, wenn nicht in einen richtigen Krieg mit England, so mindestens in einen latenten Handelskrieg mit ihm hinein, in dem Deutschland wohl zweifelsohne England Wunden schlagen könnte, aber ganz ebenso sicher auch in seinen Handelsinteressen schwere Schädigungen erleiden würde. Es ist kein Krieg denkbar, der nicht beiden Teilen bittere Kosten auferlegt, während die Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft und die Entwicklungshöhe der internationalen Rechtsbegriffe die möglichen Vorteile des Sieges einer Kulturnation über eine andere immer mehr zusammenzuschramphen läßt. Die Kriegsführenden können sich gegenseitig blutig schlagen, aber sie können sich nichts vormehmen, was die ungeheuren Folgen eines Krieges und seiner im Falle einer Fortnahme sich über Generationen erstreckenden Nachwirkungen aufwiegen würde.

Für diese erfahrungsmäßig vorliegenden Tatsachen sind aber stellen sich unsere Heppatrioten blind. Wie sie ihre Begriffe von nationaler Ehre und nationalem Recht aus hinter uns liegenden Zeitaltern schöpfen, so auch ihre wirtschaftspolitischen Argumente. Sie sprechen von dem Verhältnis der großen Kulturvölker zu einander, wie Despoten von ihren Domänen, während die tatsächliche Entwicklung des Wirtschaftslebens und der allgemeinen Kultur immer zahlreichere und dichtere Verbindungen zwischen diesen Völkern herstellt.

Das reale Interesse der übergroßen Masse der Bevölkerung der Kulturländer und vor allen Dingen das Interesse der Arbeiterklasse verlangt den radikalen Bruch mit der Politik der Verhegung und rückhaltloses Eintreten für Ausbildung und Durchführung internationaler Verträge. Das ist keine utopistische Ideologie, wie manche in mißverständlicher Auslegung der materialistischen Geschichtsauffassung meinen. Die ganze moderne Rechtsentwicklung treibt in diese Richtung. Die Arbeiterklasse würde ihre Proteste gegen die Hepp- und Schacherpolitik der übergroßen Masse berauben, wenn sie sie nicht durch Betonung der Mittel und Wege ergänzte, durch welche die Streitfragen zwischen den Nationen besser gelöst werden können.

Besser gelöst, das muß ausdrücklich gesagt werden. Wenn die Heppatrioten jammern, daß die Reichsregierung von ihrem ursprünglich mutigen Vorgehen eben „zurückgewichen“ sei, so haben sie immerhin den Schein für sich, und jedenfalls ist es ein unwürdiges Bild, den Vertreter des Deutschen Reiches mit dem Vertreter Frankreichs hinter verschlossenen Türen feilschen zu sehen, welcher gegen Land den Kaufpreis bilden soll für Deutschlands Zustimmung zur Nichtmachung eines Vertrages, der Deutschland gleiches Recht mit allen anderen Nationen sichern sollte. Unendlich ehrenhafter stünde Deutschland da, wenn es erklärte: Kein Schacher, sondern das vertragsmäßige Recht. Ehrenhafter und stärker, denn es hätte in allen Ländern die Massen auf seiner Seite. In Frankreich hat Jean Jaurès das Banner dieser Forderung erhoben, verstärkt durch den Ruf: „Heraus mit den französischen Truppen aus Marokko“, in England ist in der kaufmännischen Welt die Protektionswirtschaft der Agenten der französischen Finanziers so gründlich verhaßt, daß Einsender in der Presse offen erklären, sie läßen lieber die Deutschen als die Franzosen in Marokko, in Italien und Spanien würde man der obigen Parole allgemein jubeln.

Mit gutem Gewissen kann die deutsche Arbeiterklasse in den Protestversammlungen, zu denen der Parteivorstand der Sozialdemokratie sie aufruft, festhalten an den Grundbestimmungen der Algecirasakte verlangen. Wie auch die Konferenz von Algeciras seinerzeit zustande gekommen ist, so hat sie sich doch, dank ihrer Internationalität, genötigt gesehen, prinzipiell den Interessen aller Nationen gerecht zu werden. Indem die Arbeiterklasse für das internationale Recht kämpft, kämpft sie in jedem Lande für die beste heute mögliche Wahrung der legitimen Rechte des eigenen Landes.

Dunkel und verworren sind demgegenüber die Wege der Reichsregierung. Besteht sie Frankreich mehr zu, als die Algecirasakte ihm einräumen, dann gibt sie weg, worüber sie kein Recht hat, und muß auf Proteste anderer Länder und Einberufung einer neuen Konferenz gefaßt sein, auf der sie eine sehr unrühmliche Rolle spielen würde. Bietet sie Frankreich weniger, so wird der Kaufpreis zum allgemeinen Gelächter dürftig ausfallen. Die zünftigen und unzüchtigen Diplomaten spotten gern über die Ideologen des Rechtsgedankens. Aber wer Augen hat zu sehen, der kommt auch dahinter, daß ein Rechtsgedanke, der den Bedürf-

nissen der großen Allgemeinheit entspricht, auf die Dauer stärker ist, als alle diplomatischen Künste. Frieden und Gleichheit der Rechte ist das Interesse der Arbeiter und der übergroßen Mehrheit der Geschäpftswelt aller Kulturländer. Indem die Arbeiterklasse für sie demonstriert, führt sie gleichzeitig einen Kampf für die höchste Gebote der Menschlichkeit wie für die wohlverstandenen materiellen Interessen der Völker.

Die Marokkoaffäre.

Die proletarische Protestaktion

gegen Kriegshege und Imperialismus hat bereits eingeleitet. Auf Grund des Aufrufes des Parteivorstandes fanden Versammlungen statt am Freitag in Brandenburg und am Sonntag in Potsdam, die beide überaus stark besucht waren. Die Versammlungsteilnehmer gaben deutlich zu erkennen, daß sie von den kriegerischen Verwicklungen und kolonialen Abenteuern nichts wissen wollen. In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die zahlreich versammelten Männer und Frauen wissen sich darin einig mit dem gesamten deutschen und französischen Proletariat, daß sie sich dem Ausbruch eines brudermörderischen kulturhändelischen Krieges, in den sie das marokkanische Interesse einer profitwütigen Kapitalisteneuclau und alldentscher Edelbrähler hineinziehen möchte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen werden. Die Versammelten sprechen dem absolutistischen Diplomatenhändler ihr schärfstes Mißtrauen aus und verlangen unter Verwerfung jedweder kolonialer Raub- und Beutepolitik die sofortige Einberufung und Wirtenschaft des Reichstages; um allen das Tageslicht sehenden Treiberen in dem ebenso gefährvollen, wie gewissenlosen Marokkoabenteuer ein Ende zu machen. Die verantwortliche Volksoberleitung ist in allen Ländern in erster Reihe dazu berufen, bei internationalen Konflikten für friedliche Verständigung zu wirken, damit die stets alle Opfer tragenden Massen vor dem völligen Verbluten im wahnsinnigen Kriegsmorde unbedingt bewahrt bleiben.“

Eine große Anzahl von Protestversammlungen wird, wie aus den Ankündigungen der Parteipresse hervorgeht, im Laufe dieser Woche in verschiedenen Städten Deutschlands stattfinden.

Unruhen im Südsgebiete.

Paris, 14. August. Eine Meldung aus Tanger bestätigt das von den Eingeborenen verbreitete Gerücht, daß der Arabstamm den Hauptort des Südsgebietes Tarudat am 6. Juli angegriffen und in einzelnen Stadtvierteln Räubereien verübt habe, weil der Raub von Tarudat Europäern Grundstücke verkauft habe. In der Stadt befinden sich gegenwärtig drei Franzosen, ein Deutscher, ein Österreicher und ein Algerier, die sämtlich Vertreter Mannesmanns sein sollen. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Mogador unternahm bei dem einflussreichen Raib Schritte, damit Maßnahmen zum Schutze Tarudats getroffen würden.

Vom Krieg in der Metallindustrie.

Die Leipziger Scharfer.

Die Scharfmacher im Lager der Metallindustriellen wollen die Aussperrung der Metallarbeiter um jeden Preis forcieren! — Das ist der Sinn der Beschlüsse, die die Leipziger Metallindustriellen in ihrer Versammlung am Freitag gefaßt haben. Der bisherige Effekt ihrer Gewaltmaßregel ist für sie wenig erfreulich gewesen. Wie wir in unserer Sonntagsnummer mitteilen konnten, beläuft sich die Gesamtzahl der in Leipzig gegenwärtig ausgesperrten und streikenden Metallarbeiter auf nur etwa 6600. Darunter befinden sich aber etwa 1100 schon seit Wochen streikende und ausgesperrte Selbstmetallarbeiter, so daß nur von rund 5500 durch die jetzige Aussperrung betroffenen Metallarbeitern die Rede sein kann. Aber selbst unter diesen sind noch einige Hundert besonders qualifizierte Arbeiter, die vom Metallarbeiterverbande im Laufe der vergangenen Woche den aussperrenden Firmen entzogen worden sind, um verschiedene Betriebe völlig still zu legen. Durch diese Gegenmaßregel sind etwa 20 Betriebe betroffen und tatsächlich stillgelegt worden. Verrißt schon unter einem Teil der Metallindustriellen keine rechte Stimmung für die Aussperrung und drückte sich diese Laune in der relativ niedrigen Zahl der Aussperrten aus — statt 60 Proz. sind höchstens 30 Proz. ausgesperrt — so scheint die Meinung, den Beschluß auf Aussperrung von 60 Proz. durchzuführen, nicht zuzugewinnen zu haben. Die Macher unter den Metallindustriellen wollen also gegen ihre eigenen Mitglieder mit Gewaltmaßregeln vorgehen. In der Sitzung am Freitag hat nämlich der Bezirksverband Leipzig der Metallindustriellen beschlossen:

„Diejenigen Mitglieder, die bis zum 14. August 1911 weniger als 60 Proz. ihrer gesamten Belegschaft ausgesperrt haben, zahlen eine Buße von 50 Mark pro Mann und Tag an die Kasse des Verbandes.“

Dieser Beschluß läßt erkennen, daß die Scharfmacher unter den Metallindustriellen zum Teil mit gepackten Truppen kämpfen müssen. Ganz anders sieht es da in den Kreisen der Metallarbeiter aus, über deren stramme Disziplin ein Unternehmer im „Leipziger Tageblatt“ sagt:

Wie die Leute organisiert sind, vermag man daraus zu sehen, daß sie selbst ihre Affordauslösung im Stiche ließen, und geschlossen die Arbeit niederlegten, ohne den Afford zu beenden."

Gegenüber dieser Arbeiterschaft werden auch die Mittelständler nicht verfangen, die die Leipziger Industriellen anzugehen auf ihrer letzten Versammlung beschlossen haben. Es versuchen nämlich die Industriellen die Metallarbeiter mit nachstehendem zu fördern:

Alle nicht organisierten Arbeiter, die von Mitgliedern des Verbandes ausgesperrt werden, erhalten bis zur Wiedereinstellung vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig eine Entschädigung. Diese Entschädigung soll betragen: 15 M. für unbeschäftigte Arbeiter pro Woche, 20 M. für verheiratete Arbeiter pro Woche. Die durch diese Entschädigung entstehenden Kosten sollen durch eine Umlage, berechnet auf den Kopf der Belegschaft jedes einzelnen Verbandsmitgliedes, nach dem Stande vom 28. Juli 1911, von den Verbandsmitgliedern aufgebracht werden."

Und über die weiteren Maßregeln wurde beschlossen: Jedes Mitglied des Verbandes hat bis mit 14. August 1911 60 Proz. seiner gesamten Belegschaft auszusperren unter Abrechnung von Meistern und Lehrlingen. Ausgeschlossen hiervon sind kleine Betriebe mit einer Belegschaft nicht über 10 Mann. Betriebe, welche mehr als 10 Mann beschäftigen, aber weniger als 25 Mann, haben nur bis auf 10 Mann Belegschaft auszusperren. Von der Aussperrung sollen vor allem die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und erst dann die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften, der Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (Girsch-Dumler), Christlich-nationale Gewerkschaft, Schmiedeverband, Holzarbeiterverband usw., an letzter Stelle die nicht organisierten Arbeiter betroffen werden. Letztere erhalten die festgesetzte Entschädigung und sind der Verbandsleitung mit Namen, Wohnung usw. bekannt zu geben."

Mit diesen Mitteln versuchen also die Leipziger Metallindustriellen-Scharmacher die Metallarbeiter aufs Anie zu zwingen. Doch müssen sie erleben, daß selbst die Christlich-nationalen gegen sie Front machen, wenigstens einseitig noch. Die Unternehmer stehen also einer völlig geschlossenen Arbeiterschaft gegenüber, die nicht gewillt ist, die Waffen zu strecken. Dasselbe Schauspiel werden die Metallindustriellen von Dresden und Chemnitz erleben, wenn sie am nächsten Sonnabend die angekündigte „Hilfsaktion“ unternehmen sollten.

Daß es sich bei den Industriellen in diesem Kampfe tatsächlich um eine Machtprobe handelt, mag noch folgende Auslassung eines Fabrikanten im „Leipziger Tageblatt“ beweisen. Der Industrielle schreibt da:

„Es wird nicht ausbleiben, daß den hiesigen Metallindustriellen der Vorwurf gemacht wird, daß jetzt — weil wegen der Aussperrung nicht gearbeitet werden kann — gute Aufträge nach auswärts oder gar ins Ausland gehen. Der augenblickliche Verlust eines Auftrages aber ist nur das kleinere Uebel, das man lieber auf sich nehmen kann, um durch einen zielbewußt geführten Kampf gegen unerbittliche Forderungen sich für eine Reihe von Jahren ein ruhiges und zufriedenstellendes Arbeitsfeld zu sichern.“

Das genügt wohl, um zu zeigen, daß es sich hier um eine Machtprobe der Unternehmer handelt.

In den Dresdener Metallbetrieben ist bisher von 14 Firmen der Aussperrungsanschlag ausgehängt worden, dieselben beschäftigen 6453 Metallarbeiter. Von einer großen Firma, die dem Metallindustriellenverbande angehört, wurde der Aussperrungsanschlag nicht ausgehängt.

Wärung unter den Werstarbeitern.

Bekanntlich schwebten bei der letzten Werstarbeiterbewegung die Differenzen am längsten über die Einstellungslohn. Nur in drei Orten wurde eine Einigung erzielt. Insofern wurde die Arbeit aufgenommen, weil die Arbeiter glaubten, die Werksbesitzer würden ein Entgegenkommen zeigen. Das, was erwartet wurde, trat nicht ein. Die Erbitterung zeigte sich in einer tiefen Werstarbeiterversammlung, die am Freitagabend in Stettin tagte. Es handelte sich darum, den Werstarbeitern die Situation auf den Werften klarzumachen und Stellung zu nehmen zu der von den Hamburger Werstarbeitern beschlossenen Resolution, wonach die Vertrauensleute beauftragt werden, die nötigen Schritte für eine allgemeine Bewegung zu gegebener Zeit in die Wege zu leiten. Nach einem einseitigen Referat des Genossen Hunger wurde die folgende Resolution angenommen:

Die heutige Werstarbeiterversammlung beauftragt die Zentralvorstände, Schritte zu unternehmen, damit die Einstellungslohnung gemäß, unter besonderer Berücksichtigung der unteren Lohnklassen, so geregelt werden, wie es den im Jahre 1910 gepflogenen Verhandlungen entspricht und weiter die Entschädigung der Ueberzeitarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie Nachschichtarbeit den anderen Werften angepaßt wird.

Es wird von den Vorständen weiter verlangt, für die im Protokoll vom Jahre 1910 vorgesehene Verkleinerung der Afforde und lokale Abschlagszahlungen bei großen Afforden bei dem Verein der Seeschiffswerksbesitzer Sorge zu tragen und gleichzeitig Beschwerde wegen der Affordreduktionen zu erheben.

Sollte das Vorgehen der Vorstände wider Erwarten erfolglos sein, so ist dem Antrage der Hamburger Kollegen auf Einleitung einer allgemeinen Werstarbeiterbewegung Rechnung zu tragen."

Die Situation im Schiffsbau ist somit sehr ernst, und leicht kann es zu einer folgenschweren Katastrophe kommen.

Eine mißglückte Aussperrung.

Eine schwere Blamage zogen sich die Fabrikanten der kleinen und mittleren Betriebe der Maschinenindustrie in München mit ihrer für letzten Sonnabend angekündigten Aussperrung zu. Sie hatten schleunigst einen Arbeitgeberverband gegründet und sich dem bayerischen Metallindustriellenverband an die Reichshöhe gehängt. Sie stellten dem Metallarbeiterverband das Ultimatum, daß, wenn bis zum Freitag die Arbeiter der 6 betroffenen Betriebe die Arbeit nicht aufgenommen haben sollten, in sämtlichen Verbandsfirmen am Sonnabend die Arbeiter ausgesperrt würden. Da sich die Arbeiter durch diesen Schreckensplan nicht beirren ließen, erfolgte Sonnabend die angekündigte Aussperrung. Doch zeigte es sich, daß der größte Teil der Arbeitgeber ihrer neugegründeten Organisation die Gefolgschaft verweigerten. Von 30 Mitgliedern des Arbeitgeberverbands hat ein Arbeitgeber vor der Aussperrung seinen Austritt erklärt, von den übrigen 20 haben nur 13 Arbeitgeber und zwar nur teilweise ausgesperrt. Ein Teil der Verbandsfirmen hat die Arbeiter plötzlich unter einer vierzehntägigen Kündigung gestellt, der Rest läßt weiter arbeiten zum größten Krger der kleinen Scharmacher. Die 13 Verbandsfirmen haben insgesamt sage und schreibe zweiundsechzig Arbeiter ausgesperrt; mit den in Kündigung stehenden Arbeitern dürfte die Zahl der Aussperrten in 14 Tagen vielleicht 75 erreichen, so daß zurzeit um Einseitigkeit mit Einschluß der Streikenden etwa 150 Arbeiter kämpfen. Dies das Resultat der mit soviel „Kraft“ und Stimmittel in Szene gesetzte Aussperrung! Wie leicht dämmert es nun auch den Scharmacherlein, daß sie gut getan hätten, sich mit der Organisation zu verständigen. — Eine saubere Rolle spielen auch in diesem Kampfe, wie das nicht anders zu erwarten war, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft. Sie haben ihre Mitglieder zum Teil aus den nicht bestreikten Betrieben

herausgezogen und in die bestreikten Betriebe hineingestellt. Es ist dies eine jener ungeheuerlichkeiten, die mit dem verräterischen Treiben dieser Aushorganisierten zusammenhängt.

Ein Streikbeschuß.

Am 19. August. Eine Versammlung der Metallarbeiter in Solingen, die im Metallarbeiterverband organisiert sind, beschloß den Ausstand zum 15. August, wenn bis dahin über die Lohn-erhöhung keine Einigung erzielt ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. August 1911.

Nochmals die „Nordd. Allg. Zeitung“ und die „Post“.

Veilmann Hollweg hält es für notwendig, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ noch einmal die „Post“ wegen ihres Karofoaktfelds abzufragen. Diesmal kommt es ihm hauptsächlich darauf an, die Uebereinstimmung zwischen Ministern und dem Kaiser zu betonen. In der Spitze der Wochenchau der Nummer vom 13. August schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Es war ein Rückfall in eine für überwunden gehaltene alte Gewohnheit, daß in demjenigen Teil der deutschen Presse, der sich für besonders patriotisch hält, ohne jeden Grund die Person Seiner Majestät des Kaisers in den politischen Tagesstreit gezogen worden ist. Der Appell von der deutschen Regierungspolitik an eine angelich abweichende persönliche Politik des Monarchen wurde zuerst in der ausländischen Presse laut. Unsere nationalen Blätter konnten diesen kläglichen Versuch, den Kaiser gegen seine Berater auszuspielen, mit Berachtung strafen oder ihn ernst zurückweisen. Innerhalb aber war es, daß eine unter der Flagge einer monarchischen Partei stehende Zeitung, gestützt auf ausländische Tendenzmärchen, das Signal zu einer neuen Kaiserhebe gab. Der Streich ist mißlungen. Die deutsche Presse hat es, auch in Blättern alldemokratischer Richtung, abgelehnt, in diese verleumderische Tonart gegen das Oberhaupt des Reiches einzustimmen. Der antimonarchische Hebartikel verdrängte sich nicht bloß in der Form; er ist in der Sache grundfalsch und tut dem Kaiser bitter unrecht. Er fördert eine Legendenbildung, die wir zerstören müssen. Die „Post“ hat in einer späteren Auslassung noch wieder von „einem kalten Sturzbad von Swinemünde“ geredet, worunter sie die Ausübung eines kaiserlichen Druckes auf den Reichskanzler und das Auswärtige Amt im Sinne ausländischer Wünsche versteht. Das ist abermals nichts nützlicher Unfug. Die Durchführung unserer Politik erfordert es, rücksichtslos mit der Unwahrheit aufzuräumen, diese Politik weise in irgendwelcher Unenschlossenheit an höchster Stelle einen schwachen Punkt auf, mit dem das Ausland rechnen könne.“

Es mag in faktischer Hinsicht recht geschickt sein, wenn die Herren v. Veilmann Hollweg und Riberlen-Waechter den Karofoaktartikel der „Post“ als die Entgleisung eines einzigen unter monarchistischen Plagge geltenden Blattes hinstellen. In Wirklichkeit hat die „Post“ aber nur offen ausgesprochen, was in den Kreisen der großindustriellen Scharmacher und des im Bund der Landwirte organisierten Junkertums gellacht und getraut wird. Die Königstreue dieser Kreise reicht immer nur so weit als ihr Vorteil. Wenn dieser tatsächlich oder vornehmlich durch Reden oder Handlungen des Monarchen in Frage gestellt wird, geht sofort die royalistische Bewinnung flöten und stellt sich erst wieder ein, wenn die patriotischen Herren sehen, daß die von der Regierung eingenommene Haltung ihren Interessen nicht widerspricht. Wie oft haben nicht in der Zeit der Caprivischen Aera und vor der Annahme des jetzigen Jollitarfs die Herren Junker angeklagt, daß sie ihre monarchische Bewinnung revidieren würden, wenn nicht die Regierung für höhere Getreide- und Viehzölle sorgen würde. Auch der Monarchismus ist für recht viele nur eine Art Kühlkeitsprinzip, d. h. sie sind Monarchisten, weil sie sich sagen, daß sie unter einem monarchischen Regime am vorteilhaftesten fahren.

Reichstagsersatzwahl in Konstanz-Neberlingen-Radolfzell.

Infolge des Todes des Zentrumsabgeordneten Friedrich Hug wird in dem badischen Wahlkreis Konstanz-Neberlingen eine Reichstagsersatzwahl nötig. Hug, der den Kreis seit 1800 ununterbrochen vertreten hat, war schon seit Jahren so krank, daß er nur ganz selten nach Berlin zu den Reichstagsverhandlungen kommen konnte. Er ist als Politiker wenig hervorgetreten, seine Stärke beruhte in einem geradezu phänomenalen Zahlengedächtnis.

Der Kreis gehört trotz der langen Zentrumsvertretung nicht zum absolut sicheren Zentrumsbesitz. Bis 1890 war der Kreis liberal oder demokratisch vertreten, und Hug wurde meist auch nur in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen gewählt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage das Mandat dem Zentrum abgenommen werden kann. 1907 erhielt der Verstorbenen 14 327 Stimmen, denen 6096 nationalliberale und 2565 sozialdemokratische Stimmen gegenüberstanden.

Harnacks Bankrott.

Ueber Harnacks Antwort auf Jathos offenen Brief wird uns nachträglich geschrieben:

Harnack hat seinen wissenschaftlichen Bankrott vor der Öffentlichkeit nunmehr selbst vollendet. Auf das öffentliche Schreiben, in dem, wie wir berichteten, Jatho ihm seine theologische Halbheit und Doppelsichtigkeit vor aller Welt attestiert hatte, hat er endlich geantwortet. Es ist ein jammervolles Bestammel, ein einziger Versuch, sich aus der Verlegenheitsituation, in die er selbst sich und Jatho ihn hineingeritten hat, herauszuwinden, ohne doch einen anderen Erfolg zu erreichen, als — in neue Zweideutigkeiten und Halbheiten hineinzugeraten.

Auf einen der beiden wichtigsten Punkte, um die sich seine Auseinandersetzung mit Jatho drehte, auf seinen Gottesbegriff geht er überhaupt nicht ein, sondern, wie die Rage um den heißen Brei, elegant um ihn herum. Jatho hatte ihm ins Gesicht gesagt: „Sie können auf Grund Ihrer wissenschaftlichen Arbeit keinen anderen Begriff von Gott haben als ich, nämlich den „persönlich erfahrene“. Mit anderen Worten: auch Harnack vermöge über Gott keine objektiv gültigen Lehresätze zu geben. Hierauf antwortet dieser nur, daß Gott nicht mit der Natur identifiziert, d. h. gleich gesetzt werden dürfe. „Denn diese Gleichsetzung stößt alles um, was der Christ in seinem Gottesglauben, wie ihn Jesus zur Erkenntnis gebracht hat, besitzt.“ Zu dieser Feststellung bedurfte es wahrlich keiner theologischen Erhellung. Daß das so ist, weiß jeder. Was aber zu wissen in diesem Falle wichtig war, war eben, wie Harnack selbst Gott versteht. Und eben darüber schweigt der Diplomat auf dem Katheder. Ob er es selbst nicht weiß? Oder ob er mit der Kirche und deren Gottesbegriff nicht in Konflikt geraten will?

Ueber Jesus und wie er ihn auffaßt, läßt er den Schleier seiner Weisheit etwas mehr. Freilich auch nur zum Schein, um den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Auch in bezug auf die Jesusauffassung hatte ihn Jatho für seine Seite reklamiert: „Sie können in Jesus auch nicht viel anderes sehen als einen Gottsucher, der im Grunde von Gott Bestimmtes auch nicht gewußt hat, insbesondere ist auch von Ihn die Zweinaturenlehre aufgegeben.“ Unter der Zweinaturenlehre versteht man das kirchliche Dogma, wonach Jesus wahrer Gott und wahrer Mensch zugleich gewesen sei. Hierauf antwortet Harnack: „Gewiß ist die Zweinaturenlehre nicht zu halten, und ich lehne sie ab. Gleichzeitig aber lehne ich Ihre,

(d. h. Jathos) Gottsuchertheorie ab; das richtige und unerschlebbare Urteil über Jesus, das sich mit seinem Selbstzeugnis deckt, ist, daß er „der Messias und Herr sei“. Soweit, so gut; und es scheint damit in der Tat eine klare Auffassung gegeben. Sieht man jedoch näher zu, so bedeutet auch sie nur ein Ausweichen vor dem Problem. Denn es kommt alles darauf an, was man unter Messias und Herr versteht. Sowohl Jatho wie die orthodoxe Kirche akzeptieren diese Formel; beide aber legen ihr einen entgegengesetzten Sinn unter. Nach der Orthogorie sind beide Begriffe eben demjenigen gleich, den die „Zweinaturenlehre“ formuliert; nach Jatho ist Messias nichts weiter wie Befreier im politischen und geistigen Sinne. Indem also Harnack sich auf diese Formel „Messias und Herr“ zurückzieht, ohne sie zu „deuten“, geht er auch hier in Wahrheit der Lösung des Problems aus dem Wege.

Relativ am offensten spricht sich Harnack über das Verhältnis zwischen Theologie und Kirche aus. Indem er es tut, kommt er, ohne es sofort dem Leser zum Bewußtsein zu bringen, zu einer Bankrotterklärung der theologischen Wissenschaft und zur Stellung des protestantischen unter den katholischen Kirchenbegriff. Er erklärt: „Die Wissenschaft soll in Freiheit forschen und liegen; die Kirche aber hat die Pflicht, die Eigenart und Kraft der christlichen Religion aufrechtzuerhalten; jeder Pfarrer soll sagen, was er glaubt, aber nicht jeden Pfarrer kann die Kirche ertragen.“ Bisher war es höchste protestantische Selbstverständlichkeit, daß die protestantische Theologie die Geistlichen schulte, die dann in der Kirche das praktisch betätigten, was sie auf der Universtität in Freiheit und im Zusammenhang mit der Gesamtheit der Wissenschaft gelernt hatten. Die Theologie war der Kirche stärkste Stütze; beide gehörten zu einander, wie zwei Hälften derselben Sache. Jetzt macht Harnack einen scharfen Schnitt zwischen beiden. Jede von beiden hat Aufgaben, deren Ergebnis der andere Teil nicht im geringsten gebrauchen kann. Es ist danach protestantischerseits jetzt genau so, wie in der katholischen Kirche, die längst auf die Mitarbeit der Wissenschaft für sich verzichtet hat. Denn wahre Wissenschaft dient blindlings dem geistigen Fortschritt der Menschheit; die Kirche aber soll das Glaubensgebäude von vor 2000 Jahren aufrecht erhalten und mit ihm eine Weltanschauung, die die heutige Wissenschaft längst in ihren Grundfesten untergrub.

Damit hat Harnack neben seinem eigenen Bankrott denjenigen des bisherigen protestantischen Kirchenbegriffs proklamiert. Er anerkennt offen den Katholisierungsprozeß, in dem sich gegenwärtig die protestantische Kirche befindet, und er bestätigt, was wir in unserem Mittwochartikel schilderten, die Nichtigkeit der Behauptung von dem Zerfallsprozeß, in dem sich dieselbe Kirche befindet, genau so wie die katholische.

Keine Herbsttagung des Landtages?

Wie berichtet wird, hat sich die Mehrzahl der Minister, vor allem der Finanzminister und der Minister des Innern, gegen eine Herbsttagung des preussischen Landtages ausgesprochen. Die Herren haben offenbar aus den letzten Tagungen des Landtages noch nicht genug gelernt. Es sollte ihnen doch klar sein, daß eine rechtzeitige Verabschiedung des Etats nur dann möglich ist, wenn der Landtag rechtzeitig einberufen wird, das heißt ihm die nötige Zeit gegeben wird, die zahlreichen wichtigen Titel des Etats mit der gebotenen Gewissenhaftigkeit durchzuberaten. Wenn aber erst Mitte Januar mit der Beratung begonnen wird, ist natürlich an eine rechtzeitige Fertigstellung des Etats nicht zu denken. Da sich die Angehörigen so gemlich aller Parteien auch mit aller Deutlichkeit in diesem Sinne ausgesprochen haben, ist es schon ein gut Stück Rücksichtslosigkeit, daß die Herren Minister an dem alten üblen Brauch der so späten Einberufung des Landtages festhalten wollen.

Nationalistische Tapferkeit.

Am Sonntag, den 6. d. M. ist dem neugeborenen elsass-lothringischen Nationalbund am eigenen Herde, nämlich in Colmar, wo die Preis, Wetteris und Blumenthal Tag für Tag ihre weitererschütternden Taten vollbringen, eine schwere Niederlage beigebracht worden. Der Nationalbund hatte mehrere Tage vorher pompös seine erste öffentliche Versammlung angekündigt, er hatte an die Getreuen im Lande appelliert und zur größeren Sicherheit vor der allgemeinen Öffnung der Türen durch das Mittel von privaten Einladungen den Versammlungssaal mit „zuverlässigen Leuten“ zum Teil besetzt. Die Versammlung endete trotzdem mit einem vollen Mißlo der Einberufer, denn als in der Diskussion neben zwei liberal-demokratischen Rednern unser Genosse Grumbach-Paris unter stürmischen Beifall mit den nationalistischen Wahlhansen gründlich abgerechnet hatte, wagte der Vorsitzende Blumenthal gar nicht einmal mehr, eine von Grumbach eingebrachte und gegen den Nationalbund gerichtete Resolution zur Abstimmung zu bringen, sondern schloß durch eine Hintertüre, worauf die Versammlung auf Aufforderung des Antragstellers Grumbach die Resolution dennoch annahm. Das wurmt nun den großen Nationaldemokraten Blumenthal in dem Grade, daß er in der Nummer seiner „Elsass-Lothr. Volkspartei“ vom Sonntag, den 13., ganz im Stille eines preussischen Polizeipräsidenten schreibt:

„Die Fortsetzung der Versammlung nach Aufhebung derselben durch den Vorsitzenden stellt nicht nur eine Verletzung des Hausrechts des Bundes, sondern auch eine Uebertretung des Vereinsgesetzes dar. Wir erwähnen dies nur, um zu zeigen, wie wenig aufstand und Laß solcher Gegner gerechnet werden darf. Die Folgen dieser Handlungsweise werden auf die Gegner selbst zurückfallen. Der Bund wird nach dieser Erfahrung sich in Zukunft dafür bedanken, Leuten eine Diskussionsgelegenheit zu bieten, welche sich dafür so wenig erkenntlich zeigen. Diese mögen ihre eigenen Versammlungen veranstalten. In den unsrigen besteht für und kein Bedarf, ihre Plattheiten unter Begleitung von Gejohle anzuhören.“

Das heißt: dem elsass-lothringischen Nationalbund ist das Herz in die Hosen gefallen. Er veranstaltet keine öffentlichen Versammlungen mit freier Diskussion mehr! Er wagt sich nicht einmal mehr in seiner Haupt- und Residenzstadt mit Rede und Gegenrede vor das Volk!

Zum Schutz gegen sozialdemokratischen Wahlterror

empfehlen in der „Post“ ein höherer Offizier die Einführung der geheimen Wahl in Preußen. Gerade im Interesse des Mittelstandes liege ein solcher Schutz gegen den von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terrorismus. Die „Germania“ bemerkt dazu, daß sich ja gerade die Zentrumsfraktion bei der Beratung der vorjährigen Wahlrechtsnovelle in dankenswerter Weise um einen solchen Schutz des Mittelstandes bemüht habe. Habe doch das Zentrum die Einführung der geheimen Wahl in die Wahlrechtsnovelle einzufügen versucht. Dadurch, daß das Zentrum die Zustimmung der Konservativen und der Regierung zur geheimen Wahl durchgesetzt habe, habe es also eine „wirkliche und gute Mittelstandspolitik“ getrieben.

Es gehört schon eine ganz besondere Portion von Dreistigkeit dazu, daß das Zentrumsorgan sich noch mit seinen Wahlrechtsfänden zu brüsten wagt. Darin hat die „Germania“ allerdings recht, wenn sie sich eines Schutzes des Mittelstandes im Sinne der „Post“ rühmt. Hat das Zentrum doch ganz genau nach dem

Regel des Hauptarbeiters der „Post“, des Freiherrn von Hedlich, das „geheime“ Wahlrecht durchzuführen versucht. Herr von Hedlich hatte vorgeschlagen, daß man das geheime Wahlrecht in den Großstädten und Industriezentren durchführe, damit dort künftig jede sozialdemokratische Wahlbeeinflussung ausgeschlossen bleibe, daß dagegen auf dem platten Lande die Öffentlichkeit der Abstimmung bestehen bleibe. So ungeheuerlich dieser Vorschlag lautete: das Zentrum hat ihm tatsächlich zugesprochen. Und zwar dadurch, daß es zwar das geheime Wahlrecht durchsetzte, aber gleichzeitig auch die Beibehaltung der indirekten Wahl. Für die Städte war damit also die geheime Wahl gesichert. Auf dem platten Lande aber war durch das System der Wahlmännerwahl nach wie vor jedem konservativen und ultramontanen Terrorismus Tür und Tor geöffnet. Sozialdemokratischen Wählern war ihr Wahlrecht dadurch völlig illusorisch gemacht, daß die Abstimmung durch Wahlmänner vor sich ging, die ihrerseits öffentlich abgestimmt hatten! Da nun aber von Konservativen und Zentrum ausdrücklich beschlossen war, daß gerade auf dem Lande die Wahlmänner dem Irwahlsbezirk zu entnehmen seien, war dem agrarischen und clerikalen Terrorismus gegenüber den abhängigen proletarischen Elementen jede Veräußerungsmöglichkeit gesichert, das Wahlrecht oppositioneller oder gar sozialdemokratischer Wähler also vollständig null und nichtig gemacht.

So sorgte das Zentrum dafür, daß der freikonservativen Forderung, den sozialdemokratischen Terror zu unterbinden, ohne zugleich den reaktionären Terror zu verhindern, in geradezu idealer Weise Genüge geleistet wurde. Und dieser Infamie wagt sich das Zentrum jetzt noch zu rühmen! Bei der Reichstagswahl wird diese Niedertracht neben den anderen politischen Schurkereien des Zentrums sicherlich nicht vergessen werden!

Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.

Im Jahresbericht der Chemnitzer Handwerkskammer für 1910 findet sich eine Mitteilung, die geeignet scheint, die wahren Ursachen der Vereitelung einer gewerkschaftlichen Sonderausstellung der Heimarbeitserzeugnisse auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden zu verschleiern. Es heißt dort:

Nach einer Mitteilung des Königl. Ministeriums des Innern beabsichtigte die Generalkommission deutscher Gewerkschaften, sich an der Internationalen Hygiene-Ausstellung zu Dresden 1911 zu beteiligen und hierbei außerhalb des Rahmens der wissenschaftlichen Abteilung noch eine Sonderausstellung „Heimarbeit“ in einem auf ihre Kosten zu erbauenden Pavillon vorzuführen. Es ist vorgelesen worden, etwa 15—16 Heimarbeiter mit ihrem Wohnungs- und Arbeitsgerät in Tätigkeit zu zeigen. Hierbei werden auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Heimarbeit erörtert werden.

Das Ministerium des Innern hatte gewünscht, daß diese Veranstaltung unter Mitwirkung der Arbeitgeber sowie dritter, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unabhängigen sachkundigen Personen ins Leben gerufen werden wäre, wie dies in Frankfurt geschehen ist, und diesen Wunsch der Ausstellungsgesellschaft gegenüber zum Ausdruck gebracht. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat aber zu erkennen gegeben, daß sie eine Mitwirkung anderer ablehne und an einer eigenen Veranstaltung festhalte.

Das Projekt der Sonderausstellung für „Heimarbeit“ ist übrigens später gescheitert.

Diese Mitteilung scheint zu bezwecken, die Schuld an dem Nichtzustandekommen der gewerkschaftlichen Sonderausstellung der Unbilligkeit der Generalkommission beizumessen. Demgegenüber halten wir es für angebracht, nochmals mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Generalkommission das denkbar weitestgehende Entgegenkommen zeigte, um die Sonderausstellung zu ermöglichen. Das Entgegenkommen ging sogar soweit, daß man einer Kommission wirklich unparteiischer das Urteil überlassen wollte, ob die von den Gewerkschaften darzustellenden Heimarbeitverhältnisse zutreffend wiedergegeben seien oder nicht und daß sich die Generalkommission selbst damit einverstanden erklärte, daß die Unternehmer im gleichen Pavillon — der von den Gewerkschaften errichtet werden sollte — eine besondere Ausstellung zu veranstalten berechtigt sein sollten, in der die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung kommen würden.

Ein noch größeres Entgegenkommen wird man kaum verlangen können und wenn das Projekt scheiterte, dann nicht durch die Schuld der Gewerkschaften, sondern infolge der Hege der sächsischen Scharfmacher, denen eine solche Heimarbeit-Ausstellung schwer im Magen lag.

„Unzünftig“.

Die „Welt am Montag“ veröffentlichte in ihrer Nummer vom 7. August eine Skizze, in der unter der Ueberschrift „Ich bin ein Mädchen für Geld“, das Schicksal einer Prostituierten geschildert wird, die durch einen Polizeibeamten aus dem Lehrerstande herausgerissen und der Prostitution in die Arme getrieben wird, bis sie schließlich Selbstmord begeht. Die Skizze wirkte durch die realistische Schärfe, mit der das Schicksal der Selbstmörderin dargestellt war, erschütternd. Jetzt ist die Berliner Polizei zum Staatsanwalt gelaufen, der am 9. August die Verhaftung der „Welt am Montag“ beantragte, die denn auch beschloffen wurde. Die „Welt am Montag“ richtet in dieser Angelegenheit an das Berliner Polizeipräsidium die Anfrage:

„wie es sein Vorgehen mit den Gesetzen in Einklang bringen zu können glaubt. Der Beschluß des Amtsgerichts datiert vom 9. August. Die erste Stelle, der dieser Beschluß zuzustellen gewesen wäre, wäre unser Verlag gewesen. Statt dessen hat die Polizei zwar am 11. August bei den Händlern bereits konfisziert, uns jedoch erst am 12. August 11.30 Uhr den Beschluß übermitteln, nachdem vorher zweimal der Versuch gemacht worden war, bei uns die Verhaftung ohne Vorweisung der gesetzlich vorgeschriebenen Akten vorzunehmen.“

Belgien.

Vor der Niesentwähldemonstration.

Brüssel, 14. August. (Privattelegramm d. „Vorwärts“.) Die Stadt ist in Erwartung der morgigen Demonstration lebhaft bewegt, das Volkshaus ist deforziert. In vielen Straßen wehen rote Fahnen, dazwischen blaue, liberale. Hunderte von Händlern mit Demonstrationsabzeichen und Gelegenheitsliteratur durchziehen die Stadt.

England.

Schluss der Vorstellung.

London, 11. August 1911. (Eig. Ber.) Endlich ist das lange Melodrama, das fast zwei Jahre gedauert hat, zu Ende. Die Parlamentsvorlage ist angenommen und das englische Volk atmet erleichtert auf. Das Hindernis im Wege des sozialen und politischen Fortschritts, das den Liberalen bisher als Entschuldigung für ihre Unterlassungssünden diente, ist beseitigt worden. Wird man jetzt endlich eine neue Melodie berechnen?

Die unerwartet große Gefolgschaft des konservativen Rebellenführers Lord Halsbury deutet darauf hin, daß die entschiedenen Elemente unter den konservativen Peers allen Ernstes beabsichtigen, die Vorlage zu Fall zu bringen. Bis zur Abstimmung war ihre Zahl unbekannt, so daß sie der Regierung, die nur im dringlichsten Falle zum Pairtschub zu greifen gedachte, große Herzensangst bereiteten. Ohne Zweifel sind es diese verhassten Gegner der Parlamentsbill, die das Haus der Lords auf die abschüssige

Bahn gedrängt haben, die mit der Verwerfung des Budgets im Jahre 1900 ihren Anfang nahm. Der alte hartgesottene Torhüter an ihrer Spitze dient nur als Aushängeschild. In Wirklichkeit sehen diese Schutzgötter und Imperialisten die konservative Partei nur als Mittel zum Zweck an, wie auch der Monarch und die Monarchie nur für sie Interesse haben, wenn sie sich ihren Zielen dienlich erweisen. Seit Jahren intrigieren sie gegen Balfour, dessen lautmächtige Schutzplakat ihnen ein Greuel ist. Die alte Kluge Torypolitik, der sozialen Gesetzgebung nichts in den Weg zu legen, um es mit den Arbeitern nicht zu verderben, und die ganze Angriffskraft auf rein bürgerliche Forderungen zu richten, scheint ihnen als eine bedauerliche Schwäche. Kurzum, sie stellen im Oberhause die Vertreter des eigentlichen Scharfmachertums dar.

Der Geschichtsschreiber wird wohl in der Annahme der Parlamentsvorlage — der Festlegung des durch die Praxis sanktionierten Budgetrechts der Volksvertretung und der Einschränkung des Vetorechts der Lords — eine Ergänzung des in den letzten Generationen gemachten politischen Fortschritts erblicken. Die Schwerkraft der Volksmassen, die der Liberalismus seit 1832 vor seinen Parteikarren gespannt hat, konnte ihm nur dienlich gemacht werden, wenn das Vetorecht des immer konservativer werdenden Oberhauses eingeschränkt würde. Eine willkommene Gelegenheit bot sich bei der Verwerfung des Budgets, die von den älteren, erfahreneren Führern der Konservativen als eine Torheit angesehen wurde. Heute ist die Bahn für die Hauptforderungen des Liberalismus in bezug auf das Schulwesen, Rühigkeitsbestrebungen, Trennung der Kirche vom Staat, Homosexualität und andere Fragen, deren Lösung zum Bestand der Partei nötig sind, frei. Zwar gibt es auch Arbeiter genug, die heute noch der Annahme der viel umstrittenen Vorlage ein schnelleres Tempo in der Sozialgesetzgebung erwarten. Sie dürften jedoch enttäuscht werden. Die soziale Gesetzgebung in Großbritannien, die eine bürgerliche Regierung ohne wesentliche Beeinträchtigung ihrer Machtstellung bieten kann, ist in diesem Lande wegen des Wettbewerbs der beiden Parteien um die Stimmen der Arbeiter nie gefährdet worden. Man kann sich im Gegenteil auf eine Verlangsamung der Sozialgesetzgebung gefasst machen. In den nächsten paar Jahren wird die Zeit des Parlaments ziemlich gänzlich von politischen Fragen in Anspruch genommen werden, die die Arbeiterklasse nur wenig interessieren. Dies ist insofern zu begrüßen, als es den Massen Gelegenheit geben wird, während des liberalen Verdaunungsprozesses ihre eigenen Anschauungen zu präzisieren und jenen unabhängigen Standpunkt zu finden, den ihre Genossen in anderen Ländern schon seit langem einnehmen.

Norwegen.

Militärische Menschen- und Tierquälereien

haben in letzter Zeit das norwegische Volk wiederholt in Aufregung versetzt. Sowohl die sozialdemokratische wie die bürgerliche Presse hat darüber berichtet und die Dinge scharf verurteilt; die Soldaten haben hier und da schon durch Selbsthilfe, durch Sägenmühen und dergleichen, die betreffenden Vorgesetzten zu heilen versucht von diesen „Preußerleien“, wie man die Auswüchse des Militarismus nach ihrem Ursprungslande zu nennen pflegt. Nach dem Bericht von „Aftenposten“ sind bei einem militärischen Manöver von 2000 Mann nicht weniger als 300 infolge Ueberanstrengung krank geworden, und der kommandierende Oberst Spørck mußte zwei Ertragszüge bestellen, um die Leute heimzuschaffen. Ein großer Teil derselben war ohnmächtig geworden, und das Blut lief ihnen aus Nase und Mund. Bei einem Kavalleriemanöver zog man mit 337 gesunden Pferden aus und davon erkrankten 193, oder nach Mitteilung des Kriegsministers 108 Mann wurden ebenfalls durch die Ueberanstrengung krank. Dergleichen törichte, selbst den Interessen eines Militärstaates zuwiderlaufende Schindereien sind noch eine ganze Reihe vorgekommen, und sie gaben unserem Parteigenossen Egede-Rissen Veranlassung eine Interpellation einzubringen, mit der sich das Storting in der vorigen Woche zu beschäftigen hatte. Der Kriegsminister, der Staatsrat Bull, suchte die Dinge als weniger schlimm hinzustellen und erklärte im übrigen, daß er bereits den kommandierenden General aufgefordert habe, daß etwas mehr Rücksicht auf die Soldaten wie auf die Tiere genommen werden möge. Die Debatte, in der namentlich von unseren Parteigenossen am Militarismus und seinen Auswüchsen scharfe Kritik geübt wurde, endete damit, daß das Storting die Erwartung aussprach, daß die Regierung fortwährend ihre Aufmerksamkeit auf die in der Debatte berührten Dinge richten und die erforderlichen Verfügungen treffen werde. Ein Antrag Egede-Rissens, die Regierung aufzufordern, Verfügungen zur Vermeidung derartiger Mißbräuche der militärischen Kommandogewalt zu treffen, wurde mit 93 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Rußland.

Kein Platz für Rotorggefangene.

Nach den Angaben der Hauptgefängnisverwaltung sind in Sibirien bloß circa 4000 Plätze für Rotorggefangene und 1000 beim Bau der Amurbahn vorhanden. Die Zahl der Rotorggefangenen, unter denen sich ein großer Teil politischer Gefangener befindet, hat aber jetzt die Höhe von 14 000 erreicht und in jedem Monat kommen noch circa 300 hinzu. Selbst die verächtlichen Rotorggefangnisse im europäischen Rußland erweisen sich für diese Opfer des Jazismus als zu klein und es sollen nun neue Gefängnisse für sie gebaut werden.

Ueber „sozialdemokratische Geheimregierung“

und über „Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ wird wieder einmal in der bürgerlichen Presse mehr oder weniger geistreich orakelt. Den Stoff für ihre Weisheit findet diesmal die bürgerliche Presse in einem Zirkular und einer Erklärung der Generalkommission, sowie des Parteivorstandes, das zur Information an die Parteipresse verandt und, da es sich nur an die Redaktionen richtet, nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Durch die Indiskretion irgend eines dunklen Ehrenmanns gelangte das Zirkular in die Redaktion der „Zittauer Morgenzeitung“, die es natürlich mit Wolke abdruckte. Aus dem Zittauer Blatt ist dann das Zirkular in andere bürgerliche Blätter übergegangen, die es in der üblichen gefälligen Manier glossieren.

Das Schreiben des Parteivorstandes und die Erklärung der Generalkommission, um die es sich hier handelt, haben folgenden Wortlaut:

Berlin, den 8. August 1911.

An die Redaktionen der Sozialdemokratischen Presse!

Werte Genossen!

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte die Absicht, wegen der Beschwerden des Buchdruckerverbandes über einen Teil der Parteipresse im Korrespondenzblatt der Gewerkschaften die beiliegende Erklärung zu veröffentlichen.

Da diese Erklärung im Sinne der Mannheimer Resolution die Interessen von Partei und Gewerkschaften berührt, hat die Generalkommission und hierdurch vorher verständigt.

Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine öffentliche Diskussion dieser Beschlüsse den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns erboten, die Parteipresse durch ein Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen.

Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschlüsse über die gefällige Schreibweise der angezogenen Parteiblätter für durchaus berechtigt halten. Eine solche Kompromissweise widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch in schroffem Widerspruch zu dem Jenaer Parteitagbeschlusse über die Pressefreiheit, in dem der Parteitag gegen eine gefällige, persönlich verlegende Art der Diskussion Einspruch erhob und es weiter heißt:

„Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“

Wir ersuchen die Redaktionen der Parteipresse, die Jenaer Resolution bei Polemiken zu beachten.

Mit Parteigrüß!

Der Parteivorstand.

Erklärung der Generalkommission.

Die Generalkommission im Berliner Buchdruckgewerbe und die daraus entstandenen Differenzen im Verbands der Deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Arbeiterpresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegensatz zu den Bestrebungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen. Einige Beispiele mögen hier angeführt werden.

Die „Freie Presse“ in Elberfeld schreibt:

„Wenn die Gewerkschaften und der Vorstand aber glauben, daß sie mit dieser Resolution den Frieden im Buchdruckgewerbe wie im Verbands wieder herstellen würden, so irren sie sich gewaltig. Denn bereits gestern abend nahm eine Delegiertenversammlung der Berliner Buchdrucker Stellung zu der Frage. . . Im übrigen ist der dicknägige Ton, in dem die unbecommene Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamturteile abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluderstück, wie es die Buchdruckerverbände Oberbronzen mit den Arbeiterinteressen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, ganz gleich, ob es den Tarifamturteilen recht ist oder nicht. Um so mehr, als der „Korrespondent“ über die Berliner Versammlung, die sich fast einstimmig gegen das Tarifamturteil richtete, nichts berichtet hat und die Öffentlichkeit von einer dem Tarifamt entgegengeleiteten Ansicht überhaupt nur durch die Arbeiterpresse erfahren konnte.“

Das Solinger Parteiblatt schreibt:

„Der Beschluß der Gauleiterkonferenz wird in der ganzen freiorganisierten Arbeiterschaft lebhaftes Befremden und scharfste Verurteilung hervorrufen. Die Sprache dieses Beschlusses atmet den Geist eines unerbittlichen Bureaucratismus, der jede solidarische Handlung der Mitglieder als Verbrechen brandmarkt und mit dem toten Buchstaben einen blinden Fetterschulter treibt. Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Kampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmers fühlt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Meiderei unter den Mitgliedern des Buchdruckerverbandes diesen Beschluß billigt, so daß der Verband gerade in der Zeit, in der er vor einer neuen Tarifrevision steht, eine schwere innere Krise durchzumachen haben wird, dank dem Unverständnis seiner führenden Elemente.“

Neben diesen Schimpferien konnte man in einzelnen Parteilorganen eine andere, in der äußeren Form anscheinend sachliche Taktik beobachten, deren Tendenz jedoch keine andere war. Als Beispiel führen wir folgende Auslassung der „Erfener Arbeiterzeitung“ an:

„Disziplin und Vertragstreue sind notwendige Charaktereigenschaften für jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; nichtdestoweniger sind aber Gewerkschaftler nie zu unbedingter soldatischer Disziplin zu erziehen und die Vertragstreue findet ihre natürliche Widerstände in der Berufsliberalität, wo die kollektiven Interessen der Arbeiter in Gefahr geraten.“

Das Erfener Parteiblatt hätte alle Ursache, in diesem Falle Zurückhaltung zu üben, da es wissen mußte, daß im eigenen Betriebe ähnliche Vorurteile wie in Berlin zu befechten waren, die zur Verurteilung des Tarifamtes führten.

Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihrer angegliederten Organisationen entschiedenen Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier gekennzeichnete Kritik in einem Teil der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort auf dieses Verhalten aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verschärfung der innerhalb einzelner Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Die Generalkommission erwartet von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerverband gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Frieden in der Arbeiterbewegung dient und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften

„in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit angewiesen“ sind.

Im vorliegenden Falle hätte die Parteipresse aus dem neutralen Verhalten des Dresdener Gewerkschaftskongresses ersuchen können, daß es sich hier um Streitfragen handelt, deren Beurteilung selbst die in der praktischen Gewerkschaftsarbeit stehenden Kongreßteilnehmer zunächst den Instanzen des Buchdruckerverbandes überliehen. Das hätte die Parteipresse um so mehr berücksichtigen müssen, als die Buchdrucker vor einer Tarifrevision stehen. Wenn Parteiorgane in solcher Situation innere Zwistigkeiten schüren, so kann das nur die Position der Arbeiter bei den Tarifverhandlungen schwächen. Die Generalkommission hält sich für verpflichtet, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zunächst zu zeigen, wie ein Teil der Parteipresse den Mannheimer Beschluß zur Ausführung zu bringen für gut hält. Sie wird nicht Abstand nehmen, in der Folge auf solche Auslassungen die Antwort zu geben, die solchen Ausrempelungen genügt.

Auf die allernächsten Kommentare, die die bürgerliche Presse an diese Rundschreiben knüpft, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Eine Unteruchung über „Geheimregierung“ bei den bürgerlichen Parteien würde sehr zugunsten der Sozialdemokratie ausfallen.

In der Sache selbst haben wir noch folgendes zu bemerken:

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird durch die von Parteivorstand und Generalkommission ausgesprochenen Äußerungen nicht getroffen. Wir halten es auch für berechtigt, daß der Parteivorstand eingreift, wenn ihm eine Polemik nach Form und Inhalt die durch das Solidaritätsgefühl gezogenen Grenzen überschreitet. In diesem Falle scheint uns aber der Parteivorstand gar zu sehr auf eine überreizte Empfindlichkeit der Generalkommission reagiert zu haben. Wenn sich letztere von dem scharfen Ton in einigen Parteiblättern verletzt fühlt, so sollte sie der Gerechtigkeit halber sich auch eine Anzahl Gewerkschaftsblätter, ja sogar ihr eigenes „Korrespondenzblatt“ ansehen und sie wird finden, daß man da auch sehr kräftige Töne gegen Parteigenossen oder Parteiblätter anzuschlagen versteht. Wenn man also für sich das Recht einer temperamentvollen Polemik in Anspruch nimmt, darf man auch nicht über das Temperament der anderen heulmeiern. Darauf hätte der Parteivorstand die Generalkommission aufmerksam machen sollen. Bedauerlich ist freilich, daß diese Ueberempfindlichkeit und das allzugroße Entgegenkommen des Parteivorstandes auf so unfaire Weise zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung werden mußte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern und -Genossinnen!

Die Wahl der Delegierten zu der neuen Baderzwangsinnungs-Frankensasse wird am Donnerstag, den 17. August, nachmittags 3 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110, vorgenommen. Man hat sich in eiliger Hast durch die Behörden die Zwangsinnung genehmigen lassen, um die freien von den Arbeitern mitverwalteten Krankensassen zu zertrümmern und um das Szepter des Terrorismus, der speziell bei den Badermeistern die Reinkultur gezeugt wird, über den ganzen Beruf, auch über die armen Kranken schonungslos führen zu können. Keine Spur von Mitbestimmung in der Innungsliste haben die Badermeister in ihren bisherigen beiden Innungslisten der organisierten Arbeiterschaft zugelassen. Die Herren haben durch allerhand Machinationen dafür gesorgt, daß ihre Lieblinge, die Gelben, in die Vertretung der Innungslisten „gewählt“ wurden. Sie werden auch bei der neuen Zwangsinnung wie bisher wieder mit denselben Mitteln versuchen, „ostelbische Wahlen“ zu machen indem sie „ihre“ Dienstmädchen, Verkäuferinnen und sogar die Frühstücksfrauen durch die Badermeisterföhne und -töchter bewacht und kontrolliert, nach dem Wahllokal schleppen lassen, dort ihnen den gelben Wahlzettel in die Hand drücken und ihnen verbieten, einen anderen Wahlzettel anzunehmen.

Parteigenossinnen und -genossen! Das könnt ihr verhindern helfen! Viele Frühstücksträger und -ausdrägerinnen sowie sonstige im Baderberufe beschäftigte Personen sind die Angehörigen organisierter Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Aber auch die Hausfrau kann die Frühstücksfrau über ihre selbstverständliche Pflicht aufklären. Helft uns, einem Gegner der Alleinherrschaft über die armen Kranken und Versicherten zu entreißen! Wahlberechtigt ist jede 21jährige männliche oder weibliche Person, die bei einem Badermeister im Bezirk Berlin beschäftigt ist, gleichviel, welcher Klasse sie bisher angehörte. Als Wahllegitimation gilt nur eine Bescheinigung des Arbeitgebers, die möglichst gestempelt sein soll, etwa folgenden Inhalts: Frau Else König, geboren am 17. 8. 1880, steht bei mir in versicherungspflichtiger Beschäftigung. (Unterschrift und eventl. Stempel.) Diese Bescheinigung muß jeder Arbeitgeber ausstellen, auch wenn die beschäftigte Person nur auswärts beschäftigt wird. Die Wahl beginnt am 17. August, nachmittags 3 Uhr. Jeder Wahlberechtigte erscheint aber rechtzeitig zur Wahl, da nach der Bekanntmachung des amtlichen Kommissars, der die Wahl leitet, das Wahllokal unweigerlich um 3 1/2 Uhr geschlossen wird. Wer zu spät kommt, verliert das Wahlrecht! Die unterzeichnete Organisation hat vor der Wahl, nachmittags 1 1/2 Uhr, in un-teren (weißen) Saale der Germania-Säle, Chausseestraße 110, eine Versammlung ange-richtet, in welcher die wahlberechtigten Personen in ihre Legitimationspapiere den Stempel „Wahlbeteiligung“ erhält, der zugleich als Ausweis dient. Unsere tätigen Genossen und Gewerkschaftler bitten wir, dies ganz besonders zu beachten. Zur Wahl muß jeder Arbeitgeber die Zeit freigeben. Jeder Wahlberechtigte achte ganz genau auf die Ueberschrift der gedruckten Delegiertenliste, die als Stimmzettel benützt wird, da die gelben Wähler einen ähnlichen Namen führen. Jeder Wähler lege nur die Liste in die Wahlurne, die die Ueberschrift: „Delegierten-Liste des Deutschen Bader- und Konditorenverbandes“ trägt. Niemand lasse sich abweisen, täuschen oder einschüchtern. Verlangt schon jetzt sofort die Ausstellung der Arbeitsbescheinigung vom Arbeitgeber. Jede weitere Auskunft erteilt das Bureau des unterzeichneten Verbandes.

Heute, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, Verbandsversammlung im Gewerkschaftshaus.

Deutscher Bader- und Konditorenverband, Engelauer 14, III., Zimmer 85 (Tel.-Amt IV 2396).

Achtung, Tapezierer, Kleber! Die Bauten der Firma R. Niemann, Auglerstr. 15, in Pankow, Borsani- und Spandauer Straße Ecke und in Niederschönhausen, Kaiserweg, sind wegen Tarifdifferenzen gesperrt. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Differenzen in Dresden.

In Dresden bestehen gegenwärtig wegen der Frage des Arbeitsnachweises zwischen den Meistern und den Gehilfen Differenzen. Es bestand ein paritätischer Arbeitsnachweis, bei dem aber die Gehilfen sehr rücksichtslos behandelt wurden, so daß von Parität schon nicht mehr die Rede sein konnte. Am 2. August wurde deshalb auf Beschluß einer Versammlung der Maler und Lackierer ein Gehilfen-Arbeitsnachweis eröffnet. Die Meister suchen in Provinzialblättern Malergehilfen, weil sie im Innungsnachweis keine Leute bekommen können, vom Gehilfennachweis aber, bei dem zurzeit gegen 200 Gehilfen eingeschrieben sind, keine Gehilfen haben wollen. Es wird deswegen gebeten, daß Maler, Lackierer und Anstreicher möglichst nicht nach Dresden gehen. Uebrigens floriert dieses Jahr die Bautätigkeit gar nicht. Unter allen Umständen aber darf ein zureisender Kollege den Innungsnachweis nicht benutzen oder Umschau halten, er soll sich sofort im Verbandsbureau der Maler, Nigenbergstr. 6 III., melden.

Ende des Bergarbeiterstreiks in der Lausitz.

Der nunmehr 18 Wochen dauernde Bergarbeiterstreik ist beendet. Wenn er auch nicht mit einem vollen Siege der Arbeiter abgeschlossen wurde, so hat er doch einen nicht gerade geringen Erfolg gebracht. Auf einer ganzen Reihe von Gruben sind die Löhne erhöht worden. Einige andere Unternehmer machten sonstige kleinere Zugeständnisse; andere wollten den Wünschen der Arbeiter nach Beendigung des Streiks nachgeben.

Ausland.

Der Klassenkampf in England.

Die Nachhöhe des harten Ringens der Transportarbeiter scheinen doch noch von heftigerer Wirkung zu sein, als man nach dem Friedensschluß in London annehmen konnte. Ja, es sieht so aus, als ob es verschiedentlich zu einem Ausbruch der Mächte kommen sollte, der den Kampf der Fabrikanten, Lichterhändler und Dockarbeiter in London sogar noch in den Schatten stellt. In Liverpool ist es am Sonntag zu Zusammenstößen gekommen, die heftiger Art gekommen. Nach den Meldungen der Telegraphenbureau sind blutige Straßenkämpfe geliefert worden; die Aufbruchgesetze sind verlesen worden. Es wurde Militär aufgeboden, das schußbereit aufmarschierte und die Aufständigen in die Reihen zurücktrieb, wo dann der Kleinkrieg noch bis gegen Mitternacht andauerte. Die Krankenhäuser waren eifrig am Werk, den Verwundeten Hilfe zu gewähren. 250 Personen, meist Schulsleute, sollen verletzt worden sein. In der Erbitterung bewarf die Menge die Krankenhäuser und Tagometer-Cabs, in denen sich Verwundete befanden, mit Steinen. Eine Militärpatrouille wurde von Dächern aus mit Steinen beworfen. Es wurden über hundert Verhaftungen vorgenommen.

Wir lassen einige der Telegramme, in denen sich wahrscheinlich etwas die Dichtung mit der Wahrheit mischt, hier folgen:

London, 14. August. Gestern nachmittags gegen 3 Uhr fand auf dem Platz vor der St. George-Halle ein großes Meeting, das von mehr als 50000 Arbeitern besucht war, statt, in welchem der Arbeiterführer Tom Mann seine Rede mit den Worten begann: „Das Streikkomitee hat sich zur Polizei begeben und erklärt, daß die Aufständigen sich keine Unruhen auszulassen kommen lassen.“

werden. Es ist nicht notwendig, daß Truppen oder berittene Polizei in den Straßen aufgestellt werden.“ Aus der Versammlung heraus wurden Protestrufe laut. Unter anderem hörte man: „Wir wollen den Bürgerkrieg!“ Gleich darauf kam es aus bis jetzt noch nicht aufgeklärter Ursache zu einer Panzerrei. Ein Polizist, der sich unter der Menge befand, wurde von mehreren Rowdys angegriffen und zu Boden geschlagen. Eine Anzahl Polizisten, die vereinzelt umherstand, lief auf das Hilfsgeheiß ihres Kameraden herbei, um ihn aus seiner bedrängten Lage zu befreien. Es gelang ihnen, ihren Kollegen aus der Menge herauszuheben und nach der nächsten Ambulanzstation zu tragen, wo er verlegt daniiederlegt. Nun erhob sich die Menge gegen die einzelnen Punkten aufgestellten Polizisten, die schließlich gezwungen wurden, sich zurückzuziehen. Es gelang ihnen, den Vorraum des Bahnhofes in der Lime Street zu erreichen und hinter sich die Türen zu schließen. Mehr als 6000 Erzedenten waren den Polizisten nachgeeilt und versuchten nun, mit Gewalt die Tore einzuschlagen. Große Holzstäbe von 4 bis 5 Meter Länge wurden gegen die Pforten gestochen, die jedoch kräftigen Widerstand boten. Zur Unterstützung der bedrängten Polizisten eilten ein großes Aufgebot von berittener Polizei sowie die Feuerwehr herbei, die nun versuchten, die Aufständigen in die einzelnen Straßen zurückzudrängen. Die Feuerwehr gab große Mengen von Wasser mit ihren Spritzen auf die Erzedenten ab, die sich daraufhin schleunigst zerstreuten. Kurze Zeit darauf drängten aber die Aufständigen in noch größerer Anzahl gegen die Tore des Bahnhofes, ohne daß die Polizei und die Feuerwehr sie daran hindern konnten. Es gelang ihnen auch, die Tore aufzusprengen und nun entspann sich ein wüthender Kampf mit den Polizisten. Die Beamten hatten den Befehl erhalten, mit ihren Summknüppeln auf die Menge einzuschlagen, wovon sie auch ergebnislos Gebrauch machten und mit großem Erfolge. Es gelang, die Erzedenten in den sehr bevölkerten Stadtteil von Trington zurückzuschlagen. Im Laufe des Beschlages wurden mehreren Polizisten so schwere Stöße gegen den Unterleib berührt, daß einer von ihnen an den Folgen der Verletzungen starb. Mehrere liegen schwer verletzt daniieder. Der Polizeioberbeamte Mr. Bolton wurde durch Schläge mit einem Polizeiknüppel auf den Kopf dermaßen zugerichtet, daß ein seinem Aufkommen gezwweifelt wird. Nunmehr erschien das Militär auf der Bildsäge. Eine Abteilung des Warwickshire Regiments trat in Aktion und erhielt den Befehl, auf die Aufständigen bei der geringsten Miene zu schießen! Das Militär drang in den Trington-Stadtteil ein. Die Häuser waren von den Streikenden verbarrikadiert worden, in den Straßen waren Barrikaden aufgerichtet, und nun entbrannte eine außerordentlich heftige Kampf. Eine ganze Anzahl Soldaten wurde erheblich verletzt. In der letzten Stunde wird mitgeteilt, daß in der Polizeistation und den Hospitälern gegen 40 Polizisten, 80 Soldaten und über 200 Zivilisten Aufnahme gefunden haben. Die Kämpfe dauerten bis Mitternacht fort und sogar um 3 Uhr morgens wurden noch Revolvergeschosse in den Straßen von Trington abgegeben. — In schweren Streikunruhen kam es zu derselben Zeit in Glasgow, wo streikende Straßenbahner, wie vor einigen Tagen, eine Anzahl Wagen aus den Gleisen hob und umwarf. Einige Passagiere wurden verletzt, darunter ein Mädchen sehr erheblich. Das sieht sich bald als eine aus dem Polizeipräsidium kommende Schilderung über Ausschreitungen Streikender in — Roabit.

Straße 80 Verwundete.

Liverpool, 13. August. Bei den heutigen Unruhen haben über zwanzig Schulsleute und mehr als fünfzig Zivilpersonen Verletzungen davongetragen.

Kampf zwischen Schulsleuten und Streikenden.

Glasgow, 13. August. Die Streikunruhen begannen heute abend von neuem. Mehrere Schulsleute und Straßenbahnangestellte wurden verletzt, viele Personen verhaftet.

Neue Sorgen.

London, 14. August. Die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt in London ist ungewis. Im Londoner Hafen ist die Arbeit bis jetzt nur in sehr geringem Umfange wiederaufgenommen worden. Auf dem Paddington-Bahnhof stehen die Wagen immer noch unter dem Schutz berittener Polizei; man fürchtet, daß die Unruhen noch nicht beendet sind. Es kann leicht zu einem neuen Hafenarbeiterstreik kommen.

Aussperrung.

Liverpool, 14. August. Die Hauptschiffahrtsgesellschaften haben heute mittag die Aussperrung verkündet. Es werden 30000 Arbeiter davon betroffen.

Eine Regierungserklärung.

London, 14. August. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Minister des Innern Churchill, daß die Lage in Liverpool sich bis heute noch nicht gebessert habe. In diesen Fällen seien die Streikunruhen von Angriffen auf Warenhäuser, Geschäftskontoren und Privatwohnungen begleitet gewesen. Unter solchen Umständen sei es die Ansicht der Regierung, daß es für die Polizei von Bedeutung sei, starke militärische Unterstützung zu haben; deswegen seien bereits Befehle zur Verstärkung der Truppen in Liverpool gegeben worden.

Auf eine Anfrage wegen des Streiks der Dockarbeiter in London äußerte Churchill, die Lage sei noch nicht klar, und wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, würden alle der Regierung zur Verfügung stehenden Truppen dazu verwendet werden, die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Streik auf den Schlepddampfern.

Hatterdam, 14. August. Die Maschinenisten und Heizer offer Schlepddampfer sind in den Ausstand getreten, um eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Im Hafenerkehr macht sich eine große Stodung bemerkbar.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Skandinavien.

Die Rassenaussperrung in Norwegen wird vorläufig in der bisherigen Stärke aufrecht erhalten. Ob und wann die Arbeitgebervereinigung ihren Beschluß, sie auf die gesamte Arbeiterschaft auszuheben, durchführen wird, steht noch nicht fest. Mittlerweile wird zwischen den Parteien verhandelt. Die Kommunen sind, namentlich dort, wo die Sozialdemokratie stark vertreten ist, immer mehr bestrebt, das Los der Aussperrten zu mildern. In Kristiania werden den Aussperrten von der kommunalen Vollversammlung warme Speisen zu dem billigen Preise von 10 und 15 Oere geliefert, und außerdem hat man beschlossen, die Gratisverpflegung der Schulkinder, die sonst erst im Winterhalbjahr beginnt, gleich nach Schluß der Sommerferien beginnen zu lassen. Die Stadt Drammen hat 20000 Kronen für die Beschäftigung der Aussperrten zur Verfügung gestellt. Es werden dort sofort Kanalbau- und Straßenbauarbeiten in Angriff genommen, die auf 15000 Kronen berechnet sind, und die übrigen 5000 Kronen sind für Steinloparbeiten bestimmt, wobei die Löhne so hoch angesetzt werden sollen, daß auch die in diesem Jahre ungeübten Arbeiter einigermaßen dabei zurecht kommen können. Die von der Aussperrung verschont gebliebenen und nicht streikenden Arbeiter zahlen willig die Extrabehälter, die zur Führung des

Kampfes notwendig sind, und auch die Beteiligung an den freiwilligen Sammlungen ist so stark, daß es vorläufig nicht an Unterstützungsmitteln mangelt und selbst die unorganisierten Ausgesperrten ihr Teil an Unterstützung in barem Gelde oder Naturalien erhalten können. Ein nicht geringer Teil der Ausgesperrten hat auf dem Lande bei den Bauern oder sonstige Arbeit und Verdienst gefunden.

Zur Aussperrung im schwedischen Baugewerbe hatte der Schlichtungsbeamte den Parteien in der vorigen Woche neue Einigungsversuche unterbreitet, die den Arbeitern in einzelnen Punkten etwas günstiger waren als die früheren Vorschläge. Sie sind nun auch von den Arbeiterorganisationen gutgeheißen worden; aber der Arbeitgeberverband lehnte sie ab. Der Kampf dauert also fort. Das schwedische Unternehmertum bezieht sich bereits vor 14 Tagen mit der Frage einer weiteren Ausdehnung der Aussperrung, aber die alte Taktik der immer umfangreicheren Rassenaussperrungen, die 1909 den Generalstreik der schwedischen Arbeiterschaft zur Folge hatte, scheint dem Unternehmertum jetzt offenbar nicht mehr zweckmäßig und auch nicht mehr durchführbar.

Die dänische Arbeitgebervereinigung hat jetzt ihren Mitglieder verboten, norwegische oder schwedische Arbeiter zu beschäftigen, entsprechend den Anweisungen, die die norwegischen und schwedischen Unternehmerorganisationen ihren Mitgliedern erteilt haben. Zum Straßenbahnerstreik in Kopenhagen-Frederiksberg hat die dänische Arbeitgebervereinigung auf ihrer Ende voriger Woche abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, den beiden Straßenbahngesellschaften finanzielle Unterstützung zu gewähren. Man rechnet dabei von sehr hohen Summen. Die Zahl der Wagen, die die Gesellschaften mit ihren Streikbrechern in Gang zu setzen vermögen, ist sehr gering, und außerdem meidet das Publikum die Streikbrecherwagen. Die Polizei tritt in manchen Fällen noch immer so auf, als habe sie im Dienste der Straßenbahngesellschaften und nicht im Dienste der Allgemeinheit. Offenbar hat aber doch die scharfe Kritik, die Sozialdemokraten an ihrem Verhalten übte, ihre Wirkung nicht ganz verfehlt. Inzwischen hat der vom dänischen Staat angestellte Schlichtungsbeamte Verhandlungen zwischen den Parteien angeknüpft. Sie haben jedoch bis jetzt zu keinem irgendwie annehmbaren Ergebnis geführt. Die Vertreter der Straßenbahngesellschaften tun, als ob ihnen gar nicht viel daran liege, die Streikenden wieder einzustellen und einen christlichen Frieden zu schließen.

Drohender Kampfs in der ungarischen Metallindustrie. Budapest, 14. August. Vierzigtausend Eisenarbeiter beschäftigen in den Streik zu treten, falls ihre Lohnforderungen von den Maschinenfabriken bis heute abend nicht bewilligt werden. Auch die Budapestier Tagometer-Droschkentreiber zeigen Streikabsichten.

Gerichts-Zeitung.

Eine ungültige Verordnung betreffend die Veranstaltung von Ausverkauften.

Vom Landgericht Essen (Ruhr) ist am 23. Februar der Kaufmann Levi Herz wegen unzulässiger Wettbewerbs zu 40 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er beim Ausverkauf Nachschüsse gemacht hatte, außerdem zu 10 M. Geldstrafe wegen Uebertretung einer Regierungsverordnung, weil er ein unvollständiges Verzeichnis der ausverkauften Waren eingereicht hatte. Der Angeklagte betrieb früher in Gelsenkirchen ein Geschäft. Er gab dieses auf und vermietete den Laden anderweit. Dann teilte er der Polizei mit, er wolle einen Ausverkauf veranstalten und reichte gleichzeitig ein Verzeichnis der betreffenden Waren ein. Da er den Ausverkauf nicht beenden konnte, mietete er ein neues Lokal, in welchem er den Ausverkauf fortsetzte. Er reichte nun ein neues Verzeichnis ein. Jetzt stellte sich nun heraus, daß der eine Posten größer war als vorher, woraus sich ergab, daß Nachschüsse vorgenommen worden waren. Nach Ansicht des Landgerichts hat der Angeklagte auch dadurch gegen die Regierungsverordnung verstoßen, daß er die bereits bestellte gewählten Waren nicht in das Verzeichnis aufgenommen, also ein unvollständiges Verzeichnis eingereicht hat.

Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht am Donnerstag das Urteil bezüglich der Uebertretung auf, weil die Verordnung ungültig ist, und sprach den Angeklagten wegen der Uebertretung frei. Die Ungültigkeit folgt daraus, daß die Materie durch das Wettbewerbsgesetz erschöpfend geregelt ist.

Letzte Nachrichten.

Ein Berliner im Hochgebirge verunglückt.

Grindelwald, 14. August. (W. Z. B.) Ein junger Tourist namens Hoffer aus Berlin, der am Freitag sein Hotel in Schönegg zu einem Spaziergange verlassen hatte, ist nicht zurückgekehrt. Ausgesandte Führer fanden heute seine Leiche am Rettenberg in der Nähe von Grindelwald.

Das Großfeuer in Buxtehude.

Ueber die Brandkatastrophe in Buxtehude (siehe auch „Aus aller Welt“) wird uns noch gemeldet: Nachdem aus Hamburg mit Sonderzug zwei Dampfsprizen eingetroffen waren, gelang es den Bemühungen der vereinigten Wehren, das Feuer auf den von den Flammen ergriffenen Häuserblock zu beschränken. Abgebrannt sind 28 Fachwerkhäuser, darunter das Rathaus. Das Feuer ist in einer Gastwirtschaft ausgebrochen, in der große Strohhalm- und Heuvorräte lagerten; es verbreitete sich so schnell, daß die Abgebrannten nur wenig retten konnten. Ein Maurer, der von Steinmassen getroffen wurde, ist bald darauf gestorben.

Im Streit erstickt.

Barmen, 14. August. (W. Z. B.) Der Fabrikarbeiter Paul Werlach, der verschiedentlich in der Wohnung der mit ihm daselbst Haus in der Kohrenstraße bewohnenden Eheleute Wettenbuehl eingebrochen war, und die Mitbewohner ständig belästigte, ist gestern abend von dem Ehepaar Wettenbuehl mit einem Kartoffelmesser und einer Felle dextralg verletzt, daß der Tod bald eintrat.

Katibor, 14. August. (W. Z. B.) Heute nachmittags erschlag der Hausbesitzer Anton Dlugosch die 29 Jahre alte Frau seines Bruders Alfred und zündete dessen Wohnung an. Die ganze Wohnung brannte nieder. Der Täter wurde verhaftet. Ursache der Tat sind Erbstreitigkeiten.

Schwerer Bannfall.

Mülheim (Ruhr), 14. August. (W. Z. B.) Heute nachmittags stürzte im Rohlenskaamp ein vier Stockwerk hoher Neubau zusammen. Acht Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Fünf von ihnen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die Ursache des Unfalls ist nicht bekannt.

Eine Pulverexplosion in Schweden.

Stockholm, 14. August. (W. Z. B.) Bei einem heftigen Gewitter in Nordschweden schlug der Blitz in die Pulver- und Munitionsfabrik in Björkstort. Infolge der heftigen Explosion wurden drei Gebäude vollkommen zertrümmert. In allen Häusern in der Nachbarschaft gingen die Fensterscheiben in Scherben. Drei Arbeiter wurden in schrecklich verhämmeltem Zustand als Leiche unter den Trümmern hervorgezogen. Es ist als ein Wunder zu betrachten, daß bei der furchtbaren Katastrophe nicht mehr Menschen ihr Leben eingebüßt haben.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow

hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Volkshaus zu Charlottenburg ab. Sie war von 130 Delegierten aus 48 Orten besucht. — Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete Groger. Aus demselben, sowie aus dem gedruckten Vorliegenden Bericht, der sich auf 13 Monate erstreckt, ist insbesondere zu ersehen, daß wir auch in den Landorten des Wahlkreises Fühlung gewonnen und festen Fuß gefaßt haben, wo dies früher nicht möglich war. Aber bei allen unseren Versuchen, auf dem Lande vorzudringen, machen uns die Behörden die allergrößten Schwierigkeiten. So wird die Ausübung des Versammlungswortes in einer Weise, die jeder Beschreibung spottet, und geradezu unmöglich gemacht. Zwar haben wir gegen die betreffenden Verfügungen der Amtsvorsteher im Beschwerde- und Klagenwege stets recht bekommen, aber diese Entscheidungen kamen immer erst nach so langer Zeit heraus, daß sie für uns keinen praktischen Wert mehr hatten.

Die Zahl der Mitglieder und der verkauften Beitragsmarken ist in erfreulichem Maße gestiegen. Die Mitgliederzahl stieg in der Berichtszeit von 23 757 auf 29 011. Das ist eine Zunahme von 5254 Mitgliedern. Von den Mitgliedern, die sich auf 49 Ortsvereine verteilen, sind 24 900 männliche und 5251 weibliche. So erfreulich die Zunahme der Mitglieder auch ist, so hält sie doch nicht Schritt mit der riesigen Bevölkerungszunahme und der enormen Steigerung der Zahl der Wahlberechtigten im Kreise. Unsere Werbearbeit wird also gesteigert werden müssen. — Leider ist in der Fluktuation der Mitglieder eine Verringerung nicht eingetreten. Es wurden 9008 Mitglieder aufgenommen und 5170 gestrichen. Zum Teil ist diese Tatsache durch die Zu- und Abwanderung in den Orten zurückzuführen, besonders in solchen, die in der Entwicklung begriffen sind. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß diese Erscheinung auf eine Lücke in der Organisation hinweist. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß in dieser Hinsicht bessere Verhältnisse Platz greifen.

Am Schlusse des Berichtsjahres hatte der „Vorwärts“ 33 600, die „Neue Zeit“ 878, die „Gleichheit“ 1010, der „Wahre Jacob“ 6800, die „Märkische Volksstimme“ 224, die „Brandenburger Zeitung“ 687 Abonnenten.

Von Flugblättern und Broschüren wurden bei verschiedenen Gelegenheiten insgesamt 2 830 310 Exemplare verteilt. Es wurden 716 Mitglieder- und 822 öffentliche Versammlungen abgehalten, davon 90 in Orten, wo wir keine Wahlvereine haben. 24 Vereine haben besondere Lesende für die weiblichen Mitglieder eingerichtet.

Unaufhaltsam steigt von Jahr zu Jahr die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Kreise. Nicht gering ist auch in den Landgemeinden unter Einfluß gewachsen. Wir haben in der Berichtszeit 51 Mandate gewonnen. Insgesamt hat unsere Partei 202 Gemeindevertreter im Kreise und zwar in 7 Städten 71 Stadtbezirksräte und in 47 Landgemeinden 131 Gemeindevertreter.

In vielen Orten wird die Agitation dadurch erschwert, daß wir auf Verreiben der Amtsvorsteher keine Versammlungslokale bekommen. Wir sind deshalb in den Landorten meist auf Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel angewiesen, wobei uns die Polizei alle möglichen Schwierigkeiten macht.

Haben wir auch auf allen Gebieten recht erfreuliche Fortschritte gemacht, so sieht uns doch ein tüchtiges Stück Arbeit bevor bei den Reichstagswahlen. Es gilt, die kurze Zeit, die uns noch von den Wahlen trennt, auszunutzen zur Stärkung der Organisation und zur Anspannung aller Kräfte, damit uns ein glänzender Sieg gewiß ist.

Pagels erstattete den Kassensbericht. Dieser zeigt eine Einnahme von 150 640,63 M. Die Ausgaben betragen 121 404,86 M. Es bleibt ein Bestand von 29 245,27 M. Der Redner bemerkte, die Kassensverhältnisse haben sich gegen letztere Jahre wesentlich gebessert, sie können als recht befriedigend bezeichnet werden. Gleich ist genug in der Kasse. Wenn dazu eine intensive Arbeit der Parteigenossen kommt, dann werden wir den Gegnern eine Wahlschlacht liefern, die ihnen die Ueberlegenheit der Arbeiterklasse deutlich vor Augen führt.

Heinrich, der den Bericht der Prehlkommission erstattete, gab eine Uebersicht über die wesentlichsten Vorkommnisse auf dem Arbeitsgebiete der Kommission. Er hob unter anderem hervor, daß die Neuregelung der juristischen Sprechstunden alle Erwartungen, die man an sie stellte, erfüllt hat. Die Sprechstunden sind im vorigen Jahre von 10 770, in diesem Jahre von 14 007 Personen besucht worden. Im juristischen Vorklasse wurden 4916 Fragen

beantwortet. Außerdem sind 1284 Eingaben und dergleichen angefertigt worden.

Den Bericht der Agitationskommission gab Küter. Er konstatierte einen erfreulichen Fortschritt der Organisation in der Provinz. Die Zahl der Wahlvereinsmitglieder ist von 22 000 auf 26 000 gestiegen. Die besondere Agitation unter den Schiffen hat gute Erfolge gehabt, aber den Genossen, welche sich damit befaßten, mancherlei Schwierigkeiten durch die Polizei bereitet. Auch die Verbreitung der Parteipresse hat erheblich zugenommen.

Nohr erstattete den Bericht der Lokalkommission. Die zahllosen Versammlungen, Versammlungslokale zu bekommen, sind in vielen Orten ohne Erfolg geblieben. In der Lokalliste sind 240 freie Lokale in 125 Orten des Kreises verzeichnet. Doch nur in 77 Orten stehen uns Versammlungslokale zur Verfügung. Selbst in solchen Orten, wo wir namhafte Wahlvereine haben, hatten wir mit Lokalschwierigkeiten zu kämpfen. Um in dieser Hinsicht Besserung herbeizuführen, ist es notwendig, daß uncrere Genossen die Bitte unterstützen, welche uns trotz aller Wächterschaften der Gegner Versammlungslokale zur Verfügung stellen.

Nachdem die Berichte erledigt waren, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. Sie hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hirsch, 2. Vorsitzender Böcke, Kassierer Pagels, Sekretär Groger. Beisitzer: Stiefenhöfer, Schenk, Frau Juchacz, Revisoren: Thurow, Benz, Weinmann, Nibel, Horlich. — Aktionsausschuss: Groger und Pagels (Aspirant). — Prehlkommission des „Vorwärts“ Heinrich, Wolf und Stuh. Prehlkommission der „Brandenburger Zeitung“ Hirsch. Prehlkommission der „Märkischen Volksstimme“ Sydow. — Agitationskommission Küter und Fischer. — Lokalkommission Nohr. — Für den geschäftsführenden Ausschuss von Groß-Berlin wurden Ernst, Liepmann und Böcke wieder vorgeschlagen. Als Revisor für Groß-Berlin wurde Weinmann bestimmt.

Darauf beriet die Versammlung eine Reihe von Anträgen zum Parteitag. Hier von wurden die folgenden angenommen: Schöneberg: Auf die Tagesordnung des Parteitages in Jena die „Auswärtige Politik“ zu setzen und den Parteivorstand erlauben, einen Referenten hierfür zu bestellen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt: Groger, Frau Juchacz, Scholz, Wolf, Bernstein, Horlich.

Zur Provinzialkonferenz wurden delegiert: Thurow, Singler und Eichler.

Die Versammlung beschloß, an die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin folgende Anträge zu stellen:

Verbandsstatut Groß-Berlin § 12, Abs. 1 folgende Fassung zu geben: Auf je 20 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

In den Verbands-Generalversammlungen können nur Anträge der einzelnen Kreiswahlvereine zur Verhandlung gelangen. Sofern Anträge einzelner sich nicht auf Abänderung oder Ergänzung der Verhandlungsgegenstände beziehen, sind dieselben zur Beschlußfassung nicht zugelassen.

Gegen die Ueberneutralität der Genossenschaften wendet sich eine von Horlich-Abderhof begründete Resolution, welche durch Beschluß der Versammlung von Groß-Berlin überwiesen wurde. Sie lautet:

Die Verhandlungen über die Genossenschaftsfrage und die einstimmige Annahme des Antrages über das Genossenschaftswesen auf dem Magdeburger Parteitag, haben endlich die langerehnte Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Konsumgenossenschaften gebracht. Klar und scharf wurde hervorgehoben, daß die Arbeiter die Hauptträger der Konsumgenossenschaftsbewegung sind und daß diese bemüht sein müssen, diese Bewegung im sozialistischen Geiste zu erfüllen, damit auch die Konsumvereine als Waffen im proletarischen Emanzipationskampfe Anwendung finden können.

Das steht aber auch voraus, daß die leitenden Männer der Konsumgenossenschaftsbewegung dieser energischen Willensleistung der imposanten Masse politisch organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen nicht entgegenarbeiten und diesen Willen durch so widerliche Zerwürfnisse von Neutralität, wie sie der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Heinrich Kauffmann gezeichnet hat, geradezu verhöhnen. Die Tatsache, daß die Konsumvereine Kauffmanns bisher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ unwiderprochen blieben, spricht dafür, daß der Generalsekretär in führenden Kreisen nicht isoliert dasteht.

Die Generalversammlung des Kreises wendet sich mit aller Schärfe gegen diesen Neutralitätsanatomismus und erhebt energischen Widerspruch. Sie spricht aber auch gleichzeitig aus, daß eine Wiederholung solcher Äußerungen nur dann ausbleiben kann, wenn durch massenhaften Eintritt der Genossen und Genossinnen in die Konsum-

vereine und reger Anteilnahme an der Bewegung derselben, die Möglichkeit geschaffen wird, für die Ausbreitung sozialistischen Geistes in den Konsumvereinen.

Nur dann können die tiefen Gegensätze zwischen Masse und Führer verschwinden und die auf dem Magdeburger Parteitag und dem internationalen Kongreß in Kopenhagen ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen.

Zum Bildungszwecke wurde folgender Antrag, den Pilz-Steglich begründete, angenommen:

Die Kreisgeneralversammlung hält die Einsetzung von örtlichen Bildungsausschüssen für notwendig. Sie erlucht den Kreisvorstand, in diesem Sinne zunächst auf die größeren Orte einzuwirken, in denen ein Bildungsausschuss nicht besteht.

Die Kreisgeneralversammlung beschließt die Einsetzung eines Kreisbildungsausschusses als Zentralfstelle für die örtlichen Bildungsausschüsse des Kreises. Der Kreisbildungsausschuss hat besonders die Einrichtung von wissenschaftlichen Kursen und Einzelkurse für belehrende und künstlerische Veranstaltungen zu vermitteln.

Einige Anträge, welche die Veranstaltung von Vorträgen über das Parteiprogramm und über die Reichsversicherungsordnung wünschten, wurden dem Vorstande zur Veranschlagung überwiesen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. nahm am letzten Freitag in der Generalversammlung den Jahresbericht für 1910/11 entgegen. Nach dem Bericht hat sich in dem Geschäftsjahre die Zahl der männlichen Mitglieder von 6300 auf 7100 und die Zahl der weiblichen Mitglieder von 529 auf 769 erhöht. Die gesamte Mitgliederzunahme beträgt somit 1040, gegen 1750 im Vorjahre. Die Mitgliederagitation war eine sehr rege; es wurden 2522 Neuaufnahmen gemacht, denen aber eine sehr große Zahl Abmeldungen gegenüberstehen. Durch die Stilllegung des Lohmeyerwerkes in Frankfurt a. M. verlor ein Bezirk allein 400 Mitglieder; dazu kommt noch, daß die Arbeiterchaft immer mehr in die Vororte hinausgedrückt wird, die teilweise zu anderen Reichstagswahlkreisen gehören. (Die Stadt Frankfurt a. M. gehört zu drei Reichstagswahlkreisen und dadurch zu drei verschiedenen Parteibereinen, was für die Parteilarbeit nicht gerade förderlich ist.) — Die Gesamteinnahmen betragen 57 529,35 Mark, die Gesamtausgaben 51 807,64 M., der Ueberschuß also 5721,71 Mark. Das Vermögen des Vereins beträgt rund 33 000 M. Das Parteileben wurde durch die Einführung von Disziplinsachen erfrischt. Es beteiligten sich an ihnen 822 Personen. Behandelt wurden nachstehende Thematiken: Die Grundlagen des Reichsfinanzwesens. — Rölle und Steuern. — Die Schuldentwicklung des Deutschen Reiches. — Direkte und indirekte Steuern. — Reichsfinanzreform 1906/09. — Die Einfuhrzölle. — Die Verfassung des Deutschen Reiches. — Die Tabak- und Branntweinsteuer. — Freihandel und Schutzzölle. — Das Reichstagswahlrecht. — Die politischen Parteien. — Die Erbschaftsteuer.

Die von der Partei eingesehte Kinderbeschulungskommission hat eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Während der Ferienzeit hat sich die Kommission zum ersten Male auf einem neuen Gebiete der Kinderfürsorge betätigt: sie führte Ferienbesichtigungen für Kinder ein. Der Parteivorstand und die Aufsichtskommission des Gewerkschaftsartikels haben einstimmig beschlossen, sobald das Bedürfnis für solche Spaziergänge vorliegt, diese in den Herbstferien auf den ganzen Tag auszudehnen und für die entstehenden Kosten aufzukommen. Das ist praktischer Kinderdusch und Kinderfürsorge!

Der Arbeiterbildungsausschuss spricht in seinem Bericht über die Veranstaltungen im letzten Winter sein lebhaftestes Bedauern über den geringen Besuch der wissenschaftlichen Vorträge und Kurse aus, der in grellem Kontrast stand zu der Ueberfüllung der Säle bei Veranstaltungen der „Simplicissimus“-abende und ähnlichen Darbietungen. An 26 Sonntagvormittagen gab der Ausschuss im Frankfurter Komödienhaus Theateraufführungen, die durchweg gut besucht waren. Der Jahresabschluss des Bildungsausschusses weist 14 450 M. Einnahmen und 15 900 M. Ausgaben auf. Das Defizit beträgt also 1450 M. und wird von Partei und Gewerkschaften gemeinsam getragen.

Die Stadtbezirksordnetenwahl 1910 brachten der Partei schöne Erfolge. Von insgesamt 71 Sitzen hat die Partei nun 22 inne.

Bei der Wahl für die ausscheidenden Parteivorstandsmglieder wurden die Genossen Eberhard und Kirchner wieder und die Genossen Guiterer und Schauerke neugewählt.

Vorher wurde die Versammlung zum Parteitag Stellung genommen. Dabei fand folgender Antrag Zustimmung:

Kleines feuilleton.

Josef Israels. Der Altmeister der holländischen Malerei, der jetzt im hohen Patriarchenalter gestorben ist, hat erst spät seine Bedeutung für die moderne Malerei gefunden. Wäre er mit 40 Jahren gestorben, so hätte die Kunstgeschichte kaum von ihm Notiz genommen. Zwar war er nicht Rabbiner geworden, wie sein Vater, ein kleiner jüdischer Provinzbauer, es gewollt hätte. Vielmehr war er schon mit 18 Jahren in ein Atelier eingetreten — geboren war er 1824 in Groningen — und hatte seine Studien in Paris fortgesetzt. Aber seine Bilder waren schwächliche historische oder genrehafte Darstellungen, ganz im Zeitgeschmack ohne Eigenart. In den fünfziger Jahren siedelte er krankheitshalber nach Landsoort, einem Fischerdorf bei Harlem, über und behielt dort (wohl auch aus ökonomischen Gründen) seinen Wohnsitz. W. J. Marius, der beste Darsteller der holländischen Malerei im 19. Jahrhundert, schildert die Umwandlung, die das neue Willen in dem Städtler und Atelier-schüler hervorrief:

Ohne an Atelier, an andere Maler oder an die Vorschriften seiner Lehrer zu denken, fing er ganz von selbst an, das Leben der Fischer zu beobachten. Die Raue ihrer Bewegungen, das natürliche und einfache Leben, mit seiner Trauer und Angst, mit seinen kleinen Freuden, ohne den Firnis der gesellschaftlichen Formen, — das war eine Umgebung, die sein Malerauge für die Schönheit des wirklichen Lebens, für die Poese und Wahrheit öffnete; eine Umgebung, in der er, besonders in den ersten Jahren, erkannte, daß nicht nur die Geschichte dramatisch ist, sondern daß die Geschichte des Menschen im Kampfe mit der See, im Licht und in der Farbe des Augenbilde gegeben, dem Künstler eine reinere und kräftigere Gemütsbewegung gibt, als wenn er die Weltgeschichte nachliest, um ein passendes Motiv zu finden. So kam es, daß Josef Israels statt in der Weltgeschichte in der Geschichte des Fischerlebens seine Motive fand.

Freilich vergingen noch Jahre, ehe er das Revenenhafte und Anekdotische, wie es bei uns die Düsseldorfler und später auch die Münchener pflegten, überwand und seinen Bildern die ruhige Stille und große Sachlichkeit zu geben verstand, als deren Meister er fortlebt. Diese sachlich menschlichen Interieurs — die Familie, die sich zum Essen ansieht, Frauen in der Küche oder bei der Arbeit, die närende Mutter, „Allein auf der Welt“ (die Frau ist niedergefallen am Bette ihres eben verstorbenen Mannes), „Nichts mehr“ — haben alle einen gemeinsamen Zug. Es ist das stumme Dulden, das sich fügen ins Schicksal, das ruhige Hinnehmen von etwas Unabänderlichem, das fast in allen diesen Bildern ausgeprägt ist. Wie die Menschen, so die Umwelt, in der sie leben. Nirgends etwas Lautes, Kärnendes, Pathetisches, Anklägerisches. Die Alltagsdramen spielen sich in einer verschömmenen, schummerigen, verhängten Welt ab, in die nur das Licht seltsames Leben bringt. Die malerische Technik Israels' meidet die starke Lokalfarbe, sie liebt müde, matte, braune

Töne, aus denen sie wundervoll ausdrucksvolle Hände und vom Leben stark ausgemeißelte Köpfe zwicklichtartig austauschen läßt.

Ob diese Melancholie ein Kennzeichen ist, wie Rauber gemeint hat, scheint sehr fraglich. Denn das kleine, greise, gebückte Männchen war bis ins höchste Alter lebensstark und optimistisch. Aber es war der Befängnis der kleinen, hart ringenden und von viel Mühsal verfolgten Seele, den er richtig empfand hat. Die Schichten und Typen, die Israels Modell standen, waren halb und ganz proletarisiert, ohne daß sie proletarisch empfanden. In dieser Welt ohne Hoffnung blieb als Trost nur die Resignation. Israels hat weder die revolutionäre Kraft Courbets noch die monumentale Größe Millets gehabt, die beide vor ihm neue Stoffwelten entdeckten im Proletariat und Bauern. Er steht seine Fischer und Trödler mit den Augen des alttestamentlichen Patriarchen an, als Psychologe und lebenserfahrener Mann, nicht ohne Mitleid, aber weder als revoltierender Anführer, noch als großer schöpferischer Gestalter. Er bleibt der Jodäler, auch wo sein Stoff tragisch anmutet.

Ueber den Siegeszug des Kinetographen berichtet eine Sammelnotiz in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ (Heft 8/9). An der Spitze der Kinetographenindustrie, die in der Hauptfache Herstellung von Filmen ist, steht Frankreich, wo das größte Unternehmen der Branche, Firma Pathé, etwa 5000 Angestellte, die über den ganzen Erdball verteilt sind, beschäftigt und im letzten Geschäftsjahre 90 Prozent Dividende ausgezahlt haben soll. Das Land jedoch, wo der Kinetograph selbst die größte Verbreitung gefunden hat, sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Zahlen, die diese Tatsache belegen, sind geradezu enorm. In New-York gibt es (1910) etwa 450 Kinetographentheater mit 93 000 Plätzen, in Chicago 310 Theater mit 57 000 Plätzen, in Philadelphia 100 mit 57 000 Plätzen usw. An 10 000 Kinetographentheaterbildschirmen wurden im Jahre 1909 Eintrittskarten für insgesamt 57 1/2 Millionen Dollars verkauft — also für mehr als 200 000 Millionen Mark. Die zweite Stelle darf Deutschland beanspruchen, doch existiert hier keine Statistik, weder über die Zahl der Theater, noch über die Besucherfrequenz. Nur einige Städte verfügen über gewisse Zahlenmaterial, u. a. auch Berlin. Hier wurden im Dezember 1910 165 Kinetographentheater im Ortsteilbezirk Berlin und etwa 100 in den Berliner Vororten gezählt. Das kleinste vorhandene Theater scheidet etwa 80, das größte ungefähr 850 Personen; im Durchschnitt wird etwa für 150 Zuschauer Platz vorhanden sein. Auf Grund dieser Zahlen berechnet der Verfasser, daß die Zahl der täglichen Kinobesucher in Berlin sich auf etwa 130 000 beläuft.

Von den übrigen europäischen Ländern in denen der Kinetograph eine erhebliche Verbreitung gefunden hat, ist zuerst England zu nennen. Kennzeichnend dabei ist, daß entgegen der üblichen Praxis, Kinetographentheater hier nicht als Vergnügungsanstalten angesehen werden und deshalb auch Sonntags

geöffnet bleiben. Oesterreich mit seinen 350 Kinos bleibt ziemlich weit zurück. Selbst Wien mit einer Bevölkerung von rund 2 Millionen Menschen hat nur einen jährlichen Besuch von nur 9 1/2 Millionen.

In Asien hat der Kinetograph festen Fuß in Japan (etwa 180 Kinos) und Siam gefaßt. In Indien dagegen vermochte er sich nicht einzubürgern, vornehmlich dank der Armut der Bevölkerung, für die die Eintrittspreise, mögen sie noch so niedrig bemessen sein, einfach unerschwinglich sind.

Höhe und Kälte auf Berggipfeln. Man staunt wohl zur Zeit über die ungemein hohen Temperaturen, die das direkt den Sonnenstrahlen ausgesetzte Thermometer in der gegenwärtigen Jahreszeit anzeigt. Aber wenn wir auch unter dem Einfluß der Sonnenstrahlung am Schwarzfingelthermometer Wärmegrade von 50 bis 55 Grad ablesen, so ist das doch noch wenig im Vergleich zu der Hitze, wie sie auf den höchsten Berggipfeln unter den Strahlen der Sonne in Erscheinung tritt. Interessante Beobachtungen dieser Art hat Mrs. Pullo-Workman, die tüchne Himalajabesteigerin, angestellt, die während der letzten Jahre eine Reihe der himmelanragenden Spitzen des ungeheuren Gebirgsmassivs bestiegen hat und bis zu einer Höhe von fast 7000 Metern gelangt ist. Auf einem völlig schneebedeckten Gipfel von 6300 Metern Höhe zeigte das Thermometer um 2 Uhr nachmittags die ungeheure Hitze von nicht weniger als 89 Grad, die nur dadurch zustande kommt, daß die Luft in so großer Höhe den Sonnenstrahlen keinen Widerstand entgegensetzt, während die Gletscher die ganze erhaltene Wärme mit voller Intensität zurückstrahlen. Sobald jedoch die Sonne tiefer sinkt, macht sich der zunehmende Einfluß der dünnen Luft mit Nacht bemerkbar, und Mrs. Pullo-Workman fand um 3 1/2 Uhr nachmittags nur noch 61 Grad Wärme. Schon um 7 Uhr abends war das Thermometer, nachdem die Sonne untergegangen, auf 12 Grad Kälte gesunken, um 9 Uhr zeigte es —17 Grad, und um Mitternacht herrschten 20 Grad unter Null. Somit kommen in jenen Höhen Temperaturschwankungen von 100 Grad C. innerhalb der kurzen Zeit von 10 Stunden vor.

Notizen.

— Kunstchronik. Der Schinkel-Raum der Abteilung „Alt-Berlin“ in der Großen Berliner Kunstausstellung hat einen neuen Schmuck erhalten. Es sind eine größere Anzahl Skulpturen nach Originalen des Meisters hergestellt worden und zur Ausstellung gelangt.

— Eine Gedenktafel für Wilhelm Raabe wurde über der Eingangstür des Hauses Spreer. 11 angebracht, wo Raabe als Student gewohnt und sein erstes Werk geschrieben hat. Sie trägt die Aufschrift: „In diesem Hause wohnte 1854—55 Wilhelm Raabe, der Dichter der „Tonpilz der Sperlingsgasse“. Geb. 8. 9. 1831, gest. 15. 11. 1910. Seinem Andenken die Stadt Berlin 1911.“

Der Parteivorstand wird beauftragt, schnellstens eine Gen-
rale zu schaffen, die die Aufgabe hat, die Parteigeschäfte regel-
mäßig zu besichtigen und für deren geschäftliche, organisatorische
Fortschritte besorgt zu sein. Die Institution ist ähnlich gedacht,
wie solche von den deutschen Genossenschaften durch ihre Verbands-
revisoren bereits geschaffen ist.

Die zweite Fortsetzung der Generalversammlung des Sozial-
demokratischen Vereins für den 16. Sächsischen Reichstag
wählte in Chemnitz ein Referat des Genossen Max
Müller über den kommenden Parteitag entgegen, dem eine rege
Debatte folgte. Diese drehte sich in der Hauptsache um die Kaiser-
frage. Grund dazu gab der Vorstand und Ausschuss eingebrachte An-
träge, den Beschluß von dem Parteitag in Nürnberg im Sinne des
Leipziger Antrages zu revidieren. Nach reichlicher Aussprache wurde
dieser Antrag angenommen. Dieser und ein weiterer Antrag, den
nächsten Parteitag in Chemnitz abzuhalten, soll beim Parteitag ein-
gesehen werden. Schließlich wurde beschlossen, den Parteitag zu be-
schließen; als Delegierte wurde die Genossin Hösel gewählt.

Der Kreiswahlverein für den Reichstags-
wahlkreis Jülichau-Grossen hielt am Sonntag seine
Generalversammlung in Schwiebus ab. Anwesend waren neben
dem Zentralvorstande und dem Kandidaten des Kreises Delegierte
aus acht Orten. Aus dem Bericht ergibt sich eine Zunahme des
Mitgliederbestandes um 124. Die Einnahmen weisen 1937,13 M.,
die Ausgaben 1734,47 M. auf, so daß ein fast gleich hoher Resten-
bestand in Höhe von 202,66 M. wie im Vorjahre verbleibt. Aus den
Berichten der Delegierten ergibt sich, daß die ländliche Bevölkerung
ihre Scheu vor der Sozialdemokratie immer mehr fallen läßt. Der
Mangel an Versammlungsorten erschwert die Agitation außer-
ordentlich. Besonders hervorgehoben wurde, daß die Gastwirte nicht
nur von den Feindschaften und den Kriegerebenen beinhalten werden,
sondern hauptsächlich der ungesunden Beeinflussung der „Gefes-
hüter“ unterliegen. In Jülichau und in Grossen kommen noch die
Militärbehörden mit dem berechtigten Militärhospitium hinzu. Ge-
nosse Grauer besprach in eingehender Weise die zu leistende
Wahlarbeit, dabei die wirtschaftliche Struktur des Kreises besonders
in Betracht ziehend. Von rund 17 500 gewerblichen Betrieben im
Wahlkreis werden insgesamt nur rund 11 000 Arbeiter beschäftigt.
Die landwirtschaftlichen Betriebe, die mit einer Zahl von 13 274
angegeben werden, weisen nicht weniger als 6322 Imergbetriebe mit
weniger als 2 Hektar und 2642 mit 2 bis 5 Hektar auf. Groß-
grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar sind nach der Statistik nur
108 im ganzen Kreise vorhanden, während das großbäuerliche Ele-
ment mit 80 bis 100 Hektar nur noch mit 776 figuriert. Neben
folgte aus alledem, daß bei geeigneter und nachhaltiger Agitation
auch im Kreise Jülichau Erfolge zu erzielen seien. Anträge zum
Parteitag und der Provinzialkonferenz wurden nicht gestellt. Mit
der Vertretung des Kreises auf dem Parteitag wurde einstimmig
Genosse Oswald Grauer betraut. Zur Provinzialkonferenz wurden
die Genossen Schulz-Schwiebus, Krauß-Sommerfeld und Genossin
Berchner-Schwiebus delegiert. Die Einführung des Zehnjährigen-
Wochenbeitrages hat sich ohne Schwierigkeiten durchführen lassen.
Eine Reihe Anträge betreffend Organisation und Agitation waren
Gegenstand eingehender Beratung und legten Zeugnis ab von reger
und hoffnungsvoller Arbeitslust. Als Vorort wurde Schwiebus
wieder bestimmt und der Kreisvorstand einstimmig von neuem be-
stätigt, der Genosse Klose-Schwiebus neu hinzugewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Maisfeiernachläge.

In Sachsen standen in Schmiedeburg und in Alten-
berg Genossen vor Gericht, weil sie bei der Maisfeier rote Fahnen
im Saal geduldet haben sollten oder rote Fahnen auf Bäumen ihres
Grundstücks angebracht hätten. Ein Genosse wurde freigesprochen,
ein paar andere erhielten je 10 M. Geldstrafe wegen dieses furcht-
baren Verbrechens.

Eine ungeheuerliche Strafe.

Wegen Verleumdung von Mitgliedern des Reichsverbandes und
des Arbeitgeberverbandes für Eilenburg und des Geschäftsführers
des nationalliberalen Arbeitervereins Eilenburg wurde der Genosse
Casparel, Redakteur des sächsischen „Volkblatt“, nach
sechsstündiger Verhandlung zu 1400 M. Geldstrafe verurteilt.
Der Hauptkläger Franke hatte Märchen über Terrorismus der
Sozialdemokratischen Gewerkschaften verbreitet. Unser Parteiblatt
bezeichnete diese Ausstreuungen als Plunkerei, Unwahrheiten und
Terrorismuskapereien. Der Beweis dafür, daß gefunkert wurde
und Unwahrheiten verbreitet worden sind, wurde vom Gericht als
größtenteils erbracht angesehen. Dem Genossen Casparel wurde
auch der Schutz des § 193 in vollstem Maße zugebilligt. Trotzdem
verhängte das Schöffengericht wegen formaler Verleumdung die un-
geheuerliche Geldstrafe von 1400 M.

Hus Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Sorgen.

In der Metall- und Maschinenindustrie ist ein
Kampf im Gange, dessen Tragweite noch nicht abzusehen ist. Zu-
nächst beschränkt sich der Kampf noch auf das Leipziger Gebiet, aber
schon werden Vorbereitungen getroffen, ihn auf ganz Sachsen aus-
zudehnen. Die beteiligten Parteien stehen voreerst einander schroff
gegenüber, und vorläufig ist keine Hoffnung auf eine rasche Bei-
legung des Konflikts. Die lebhafte Streikbewegung erhält durch die
sinkende Kaufkraft der Löhne fortgesetzt neue Anregungen. In dieser
Beziehung muß man beunruhigt in die Zukunft blicken. Die jüngsten
Sachverständigenberichte lassen eine Verknüpfung der Ernte-
ergebnisse infolge der anhaltenden Hitze und Dürre erkennen. Wenn
auch die Verschlechterung für Brotgetreide nur wenig ins Gewicht
fallen mag, die Futterernte fällt ohne Zweifel sehr niedrig und un-
zureichend aus. Das ist ein Moment, das preissteigernd wirken muß.
Da helfen alle polemischen Redensarten nichts, noch weniger gar mo-
ralische Erwägungen. Viel wichtiger ist die Erörterung der Frage, durch
welche Maßregeln die nachteiligen Folgen des Futtermangels abgemildert
werden können. Noch ist das Ende der Hitzeperiode nicht ab-
zusehen; schlimm sind die augenblicklichen Verhältnisse, die Hitze-
schäden sind die noch folgenden indirekten Wirkungen, die sich
erst so richtig im nächsten Jahre bemerkbar machen werden. Auch
an der Dürre ist man wegen der künftigen Gestaltung der wirt-
schaftlichen Verhältnisse einigermassen beunruhigt.

Schlechte Kartoffelernte.

Nur ganz vereinzelt haben, wie die Preisberichtsstelle des
Deutschen Landwirtschaftsrats in ihrem letzten Wochenbericht mit-
teilt, in Begleitung von Gewittern am 4. und 5. August geringe
Niederschläge stattgefunden, von denen nur Ob- und Westpreußen
stellenweise einigen Nutzen hatten. Von diesen Ausnahmefällen
abgesehen, haben sich die Ausichten der Kartoffelernte noch weiter
verschlechtert. Wenn zu den schwereren Schädigungen durch die
Waul- und Mäuseplage und der Mähernte bei den Futterpflanzen
nun noch ein Fehlschlagen der Kartoffelernte hinzutreten sollte, so
würde die Landwirtschaft ernstlich und folgenschweren Zeiten ent-
gegensehen. Die Getreideernte ist in der Hauptsache beendet, ge-
schritten ist fast alles Getreide, es ist nur noch ein Teil einzu-
sammeln. Bis auf den Hafer ist die Ernte im allgemeinen eine
mittlere. Bei den Kartoffeln sind die mittelfrühen zum Teil ab-
geerntet, sie werden deshalb nur einen geringen Ertrag liefern.
Aber auch die Spätartoffeln, welche die größte Anbaufläche ein-
nehmen, sind bedroht, wenn nicht in nächster Zeit ergiebige Nieder-
schläge eintreten. Die Zuckerrüben haben sich zwar von den Ver-
heerungen der Insekten mehrfach erholt, doch stehen sie vielfach
lückenhaft. Immerhin können sie, da ihr Wachstum bis in den
Oktober hineinreicht, sich noch erholen, selbst wenn die Niederschläge

erst später eintreten sollten. Wenn auch die Trockenheit in der
letzten Woche weiter angehalten hat so wird doch mehrfach berichtet,
daß durch die Abkühlung der Nächte eine für die Vegetation, soweit
sie noch lebensfähig geblieben ist, erfrischende Taubildung stattge-
funden hat.

Milchwucher. Die Milchhändler von Limburg, die erst vor
wenigen Tagen den Milchpreis von 20 auf 23 Pf. den Liter erhöht
haben, kündigen eine weitere Preiserhöhung um 2 Pf. an. Sie be-
gründen die Maßnahme mit Futtermangel infolge der großen Hitze.

Zur Lage im Baugewerbe.

Zu Beginn dieses Jahres waren die Erwartungen, die man
hinsichtlich der diesjährigen Bauzeitung hegte, ziemlich hochgepannt.
Die Baustoffindustrie erwartete eine starke Nachfrage nach ihren Er-
zeugnissen und steigerte dementsprechend ihre Produktion. Die tat-
sächliche Entwicklung der Bauzeitung im laufenden Jahre hat
gezeigt, daß der gehobene Optimismus übertrieben war. Die
Besserung, die zu Beginn des Jahres am Arbeitsmarkte der Bau-
arbeiter eingetret, ist nicht von großer Dauer gewesen. Im Juni
trat vielmehr schon eine Zunahme des Andrangs ein. In den
Monaten Januar bis Juni 1911 kamen nämlich auf je 100 offene
Stellen im Baugewerbe durchschnittlich Arbeitsuchende:

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
396,58	364,60	161,00	128,91	116,34	124,96

Die Erleichterung von Januar auf Mai war ja recht bedeutend.
Im Juni wurde jedoch von vielen Arbeitsnachweisen ein überaus
flauer Geschäftsgang im Baugewerbe gemeldet. In Berlin
klagen Maurer und Zimmerleute über gesteigerte Arbeitslosigkeit.
Auch bei den Malern, Stukkateuren usw. war die Nachfrage gering.
Ungünstige Nachrichten liegen auch vor aus verschiedenen Städten
Baverns und Westdeutschlands. In Schleswig-Holstein, Lübeck und
Hamburg machte sich dagegen zeitweise ein Mangel an Bauarbeiten
bemerkbar. Die Rentabilität der Aktiengesellschaften des
Baugewerbes, die ihre Geschäftsberichte in den ersten sechs Monaten
1911 veröffentlichten, ist gegen das vorige Geschäftsjahr etwas ge-
stiegen. Bei 203 Gesellschaften, deren Grundkapital sich am Ende
des Berichtsjahres auf 417,30 Millionen Mark belief, wurden durch-
schnittlich 4,1 Proz. Dividenden gegen 4,0 Proz. im Vorjahre verteilt.
Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die bis jetzt veröffentlichten
Bilanzen zum weitaus größten Teil die Ergebnisse der vorjährigen
Bauzeitung widerspiegeln.

Das Kabelnetz der Welt hat im Jahre 1910 und im laufenden
Jahre beachtenswerte Erweiterungen erfahren. Die Deutsch-Süd-
amerikanische Telegraphengesellschaft vollendete das Kabel von
Montrobia (Liberia) nach Pernambuco (Brasilien), das eine Länge
von 3468 Kilometer hat. Dieselbe Gesellschaft legte auch eine Ver-
bindung zwischen Teneriffa und Montrobia (Liberia) in einer Länge
von 3337 Kilometer. Auch von ausländischen Kabelgesellschaften
wurden einige bedeutende Linien fertiggestellt. So legte die Western
Telegraphen-Company ein Kabel von 5911 Kilometer Länge von
Ascension nach Buenos Aires und ein solches von 3400 Kilometer
Länge zwischen Sant Vincent und Ascension. Kleinere Kabel
wurden ferner gelegt zwischen England und Norwegen
und im Mittelmeer. Das Kabelnetz der Erde besteht gegenwärtig
aus 2523 Kabeln, die eine Länge von insgesamt 498 951 Kilometer
haben. Davon waren im Staatsbesitz 2129 Kabel von 90 689 Kilo-
meter Länge und im Besitz von Privatgesellschaften 390 Linien von
408 262 Kilometer Länge. Die Mehrzahl der großen überseeischen
Kabel wurde demnach von Privatgesellschaften gelegt und betrieben.
Das Deutsche Reich besitzt 97 Kabel mit einer Gesamtlänge von
5532 Kilometer. Der Deutsch-Atlantischen Kabelgesellschaft gehören
5 Kabel, die eine Ausdehnung von 17 728 Kilometer haben. Die
Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft unterhält 3 Linien
von 10 715 Kilometer Länge. Außerdem besitzt die Deutsch-Nieder-
ländische Telegraphengesellschaft 3 Kabel von 6396 Kilometer Länge.

Soziales.

Krankheits- und Todesursachen bei den Bauarbeitern.

Die Scharfmacher klagen bei jeder Gelegenheit über angeblich
allzuviel Sozialpolitik in unserm „humanen“ Zeitalter. Und wenn
irgendeine gewerbliche Arbeiterkategorie Forderungen hygienischer
oder sittlicher Natur stellt, so finden sich immer begabte oder frei-
willige Eideshelfer, die dann regelmäßig gerade in diesem Gewerbe
gesundheitliche Seiten erblicken, und in lauter Entrüstung machen,
wenn die Arbeiter, die täglich die besondern Annehmlichkeiten des
Berufes zu spüren bekommen, das Gegenteil behaupten. Die durch
die sächsischen Scharfmacher verhinderte gewerkschaftliche Abteilung
auf der zurzeit stattfindenden Hygieneausstellung in Dresden war
bestimmt, die speziellen Berufskrankheiten bezw. die Unfallgefahr
einzelner Berufe an der Hand ärztlicher Gutachten und Statistiken
der weitesten Öffentlichkeit zu demonstrieren. Die Scheu vor der
aufläuternden Wahrheit hat bekanntlich auch diesen verdienstvollen
Plan zunichte gemacht. Aus diesem Grunde dürfte es angebracht
sein, wo immer einwandfreie wissenschaftliche Resultate auf diesem
Gebiete gezeitigt werden, diese der weitesten Öffentlichkeit zu
unterbreiten.

Sehr interessant ist in dieser Hinsicht eine Zusammenstellung
des Deutschen Bauarbeiterverbandes über die Krankheits- und
Todesursachen seiner Mitglieder im Jahre 1910, die dieser in seinem
soeben erschienenen Jahrbuch publiziert. Da der genannte Ver-
band an seine Mitglieder Kranken- und Sterbeunterstützung bezahlt,
so sammelt sich regelmäßig das Material, das auf ärztlichen Gut-
achten fußt von selbst an. Die Zusammenstellungen erstrecken sich
sowohl auf Maurer als auf Hilfsarbeiter.

Bei den Maurern wurden bei 19648 Krankheitsfällen 83 ver-
schiedene Ursachen festgestellt. Auf Anfälle im Verus entfielen dabei
3788 oder 19 Proz. aller Fälle. In zweiter Reihe kommt als Ver-
ursachen Krankheit Rheumatismus, der in dem Quartieren in zugiger
und rauher Luft, in Wind und Wetter seine Ursache findet. 2444
Fälle oder 12 Proz. entfallen auf diese Krankheit. Die Lungen-
krankheiten folgen mit 2110 Fällen oder 10 Proz. Nimmt man
aber noch Ischias, Herzneurose, sowie einige Gelenkentzündungen und
die Augenkrankheiten hinzu, die alleamt im Maurergewerbe stark
verbreitet sind, so kommt man zu dem Resultat, daß die Berufs-
krankheiten der Maurer im letzten Jahre nicht weniger als 63 Proz.
aller Krankheitsfälle ausmachten. Die Erkrankungskrankheiten ent-
fallen naturgemäß am stärksten auf die Monate März und April.
Länger als zwölf Wochen dauerte die Krankheit in 895 Fällen, was
insoweit wichtig ist, als der Verband nach diesem Termin keine Un-
terstützung mehr zahlt. Sprechender noch sind die Sterbefälle, von
denen 1007 in Betracht kommen. Erkrankungen der Lunge und
anderer Atmungsorgane waren in 378 Fällen oder 32,12 Proz. zu
verzeichnen. Darüber, daß 63 Mitglieder durch Selbstmord endeten,
braucht man in unserm herrlichen kapitalistischen Staat nicht viel
Worte verlieren. Ist es doch bekannt, daß der Unternehmer heutzutage
schon Leute in dem verhältnismäßig jungen Alter von 35
bis 40 Jahren am liebsten vom Bau fernhält. Aus Nahrungsforgen
gehen diese Leute in den Tod, nachdem sie jahrzehntlang dem
Kapitalismus nur die Leiden gefüllt haben.

Bedeutend ungünstiger noch stellt sich das Verhältnis bei den
Bauhilfsarbeitern. 106 verschiedene Krankheiten verteilten sich auf
12 707 Fälle. Auf Anfälle im Verus entfielen 2904 oder 22,70 Proz.
aller Krankheitsfälle. Auf Rheumatismus 15,25 Proz. oder 1961
Fälle. Die Lungenkrankheiten partizipierten in 972 Fällen mit
7,60 Proz. Nimmt man noch Krankheiten wie Ischias, Influenza,
Klagenkrankheiten, Herzleiden, Augenkrankheiten u. a. hinzu, die
unter den Bauhilfsarbeitern, die ebenfalls in Wind und Wetter
schwere Arbeit zu verrichten haben und täglich in Schweiß gebadet
alle Anfallen über sich ergehen lassen müssen, sehr stark grassieren,
so erreichen zusammengekommen diese Krankheiten die Ziffer von
78,59 Proz. aller Fälle. Von den 333 Todesfällen bildeten die Lun-
genleiden mit 92 Fällen, das sind 20 Proz., den größten prozen-
tualen Bestandteil. 36 Anfälle, d. h. 10 Proz., stellen das nächst-
folgende Gebiet der Todesursachen dar.

Bemerkenswert ist auch die Altersstatistik der verstorbenen Mit-
glieder. Vor dem 50. Lebensjahre starben bereits 58,26 Proz., davon

vor dem 45. 47,82 Proz., vor dem 40. 67,84 Proz., vor dem 35.
26,26 Proz. und vor dem 30. 14,87 Proz. Ein Alter von über 60
Jahren erreichten 16,22, über 65 3,65 und über 70 wurden 3,64
Proz. der Maurer. Ähnlich liegt das Verhältnis bei den Hilfs-
arbeitern. Auch hier ist die Sterblichkeitsziffer in den Lebens-
jahren von 25-35 und von 45-60 auffallend groß, während an
dem vielgepriesenen Segen der Altersversicherung nur ganz mini-
male Prozenziffern partizipieren. Es ergibt sich auch hieraus,
wie nötig die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre
gewesen wäre. Die katholischen Bauarbeiter mögen sich für die
Hinterziehung dieser Wohlthat bei ihren Zentrumsabgeordneten be-
danken.

Alles in allem zeigt die Zusammenstellung, wie falsch die üb-
lichen Redensarten sind, daß die Bauarbeiter ihre tägliche Sankti-
onierung in gesunder Luft verrichten. Die Unfallsgefahren, der Stein-
und Kalkstaub und nicht zuletzt die Zugluft erfordern hier ihre
Opfer und lassen viele Angehörige dieses Berufes frühzeitig ins
Grab heilen.

Die Selbstverwaltung der Werkpensionskasse in der Praxis.

Die Unternehmer pflegen die von ihnen gegründeten Werk-
pensionskassen als Beweis ihrer sozialen Bestimmung hinzustellen,
während sie in Wirklichkeit nichts weiter bedeuten als eine für den
Angestellten ersonnene Fessel zur Beschränkung seiner Freizügig-
keit. Die stark solchen Instituten der Stempel der Abhängigkeit
aufgedrückt ist, das beweist der Umstand, daß in solchen Kassen oft
in ganz unglaublicher Weise mit den jahungsmäßig festgelegten
Selbstbestimmungsbränden der Versicherten umgesprungen wird.

Als ein Beispiel für viele führt die „Industriebeamten-
Zeitung“, das Organ der technisch-industriellen Beamten, die
Werkpensionskasse der Hamburger Filiale der „Maschinenbau-
Aktiengesellschaft Vulkan“ an. Die Satzungen dieser Kasse legen in
ihrem § 18 ausdrücklich fest, daß Satzungsänderungen zu den Ob-
liegenheiten der Mitgliederversammlungen gehören. Dennoch
wurden jüngst die Satzungen dieser Kasse abgeändert, ohne daß man
es überhaupt für nötig hielt, die Mitglieder darüber zu befragen.
Einem Mitgliede der Kasse, das sich die Anfrage erlaubte, wie man
denne ohne Zustimmung der Mitgliederversammlung die Satzungen
haben ändern können, wurde der kurze und blinde Bescheid zu teil,
das habe eben der Vorstand befohlen! Dabei handelt es sich nicht
etwa um irgend eine nebensächliche Kleinigkeit, sondern um eine
Bestimmung einschneidender Art. Das Eintrittsgeld zu dieser
Kasse beträgt nämlich ein volles Monatsgehalt. Während dies
früher in 12 Monatsraten bezahlt wurde, soll es der Eintretende
jetzt gleich mit einem Male erlegen. Der Betrag kann zwar ge-
rundet und auf 12 Monatsraten verteilt werden (und dies wird
ja auch in den meisten Fällen notwendigerweise eintreten müssen),
aber mit dieser Stundung hat die Firma ein neues Mittel zur
Fesselung des Angestellten in der Hand. Denn den Anspruch auf
das volle Eintrittsgeld hat sie von Anfang an, und einem Kassen-
mitglied, das etwa nach drei Monaten wieder aus der Firma aus-
scheidet, kann sie einfach den gesamten noch geschuldeten Betrag
einbehalten, so daß der Betreffende seine Freiheit nur damit er-
kaufen kann, daß er fast sein ganzes letztes Monatsgehalt opfert.
Es ist natürlich, daß die Mitgliederversammlung einem solchen
Beschlusse nicht zustimmt oder daß es doch wenigstens eines besonders
starken Druckes seitens der Firma bedürft hätte, um sie zum Ein-
verständnis zu zwingen. Aber die Firma weiß sich zu helfen. Sie
schaltet einfach die Mitgliederversammlung aus und läßt den Vor-
stand über ihre Köpfe hinweg beschließen.

Aus diesem Vorgang mag jeder ersehen, was es auf sich hat,
wenn die Regierung in dem Pensionsgesetzentwurf die Werkpen-
sionskassen als Ersatzinstitute zulassen will unter der Bedingung,
daß den Angestellten Selbstverwaltung eingeräumt wird. Die
Selbstverwaltung solcher Werkpensionskassen sieht eben auf dem
Papier und wird genau in der gleichen Weise unter dem Pension-
gesetz gehandhabt werden, wie sie heute bereits gehandhabt wird.

Gerichts-Zeitung.

Verstellung oder geisteskrank?

Eine Gerichtsverhandlung, die des heiteren Momentes nicht
entbehrte, fand vor der Weiblicher Strafkammer statt, vor der sich
der schon öfters vorbestrafte Kaufmann August Giesner aus Ruda
wegen verschiedener Betrügereien zu verantworten hatte. Vor eini-
ger Zeit ist der Angeklagte von der Strafkammer Oepplen eben-
falls wegen Betruges zu Gefängnis verurteilt worden. Schon da-
mals markierte er ziemlich geschickt den Geisteskranken, konnte aber
die medizinischen Sachverständigen nicht täuschen. Auch in der
erneuten Verhandlung spielte er den Geisteskranken. Er trat als
leidenschaftlich auf und erklärte laut und kräftig, indem er mili-
tärähnlich die Honneurs machte: Ich bin nicht Kaufmann, ich bin Feld-
marschall und fühle meine Soldaten ohne Unterzügen in den
Tod. Vom Vorsitzenden ermahnt, die Verstellung zu lassen, ant-
wortete er: Ich kämpfe mit elektrisch geladenen Gewehren und Ro-
naren, ich werde die englische und französische Flotte gänzlich ver-
nichten. Als der Verteidiger den Angeklagten beruhigen wollte
und ihm gut zuredete, erklärte der Angeklagte: Wir werden näch-
stens sämtliche Kriegsmilitär die Hand drücken, selbst Seine Ma-
jestät haben mir bereits 20 Mark geschenkt. Die anwesenden medi-
zinischen Sachverständigen erklärten den Angeklagten für einen
raffinierten Schwindler und phantastisch veranlagten Menschen, der
sich bei Begehung der Straftaten der Strafbarkeit seiner Handlun-
gen voll bewußt gewesen sei. Als sich das Gericht zur Beratung
verließ, erhob sich der Angeklagte noch einmal und rief in das
Publikum hinein: Wo steht denn der Hofinowitz, er soll meinen
Leuten einen Schoppen Bier bringen. Das Gericht hielt den An-
geklagten für voll verantwortlich. Das Urteil lautete auf eine
Strafe von 1 Jahr Gefängnis. Beim Wegführen machte der An-
geklagte nochmal militärisch die Honneurs und sagte: Ich bin mit
Ihnen zufrieden, meine Herren. Damit verließ er den gericht-
lichen Kriegsschauplatz.

Wegen Zuhälterei, Erpressung und Rötigung

Der 23jährige Reinhold Geyner vor der 3. Ferienstrafkammer
des Landgerichts I angeklagt. Der Angeklagte zählt trotz seiner
Jugend zu den gefährlichsten Zuhältern Berlins. Zuletzt befand er
sich nach Verbüßung einer ihm wegen Zuhälterei zudiktirten Ge-
fängnisstrafe von einem Jahre auf die gleiche Dauer in dem Ar-
beitshaus in Rummelsburg. Bald nach seiner Entlassung aus
dem Arbeitshaus sah er sich nach einer neuen Geldquelle um.
Auf einem Tanzergnügen machte er die Bekanntschaft der jetzt
13jährigen Anna B., mit der er ein Liebesverhältnis anknüpfte.
Nach einiger Zeit verlobte er sich mit der B. und brachte sie unter
der Vorpiegelung, sie heiraten zu wollen, dazu, sich näher mit
ihm einzulassen. Nach und nach verband er es dann, die B. völlig
unter seinen Einfluß zu bringen. Eines Tages ließ der Angeklagte
dann die Waise fallen. Unter Drohungen und Schlägen zwang er
die B., die sich unterdessen auch noch mit ihrer Familie entweit
hatte und vollkommen allein dastand, sich auch mit anderen Män-
nern einzulassen. Das von ihr verdiente Geld mußte sie an den
Angeklagten abliefern, der es in den Reipen durchbrachte. Trotz
der Drohungen des gewalttätigen Vurischen hatte die B. endlich
den Mut, Anzeige zu erstatten.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnis-
strafe von 3 Jahren und 7 Monaten, da, wie der Vorsitzende Land-
gerichtsdirektor Lieber ausführte, gegen solchen Abschaum der
Menschheit gar nicht scharf genug vorgegangen werden kann. Außer-
dem wurde die Ueberweisung an das Arbeitshaus auf gleiche Dauer
über den Angeklagten verhängt.

Der Rechtschuh der Journalisten.

Soeben sind in zwei Presseprozessen Freisprechungen erfolgt,
deren sehr liberale Begründung von Interesse ist. Die verständigen
Urteile wurden freilich nicht in Deutschland gefällt. Das römische
Lokalblatt „Messaggero“ war wegen Verleumdung verklagt worden
und zwar einmal von einer Nonne, die sich mit Wundern be-
schäftigt, und dann von einem Herrn, dessen Tochter sich das Leben
genommen hat. Der Nonne gegenüber hatte die Zeitung ihre
Fähigkeit, Wunder zu tun, in Frage gestellt. In dem anderen Falle

Hatte sie den Selbstmord des Mädchens auf den Unfrieden in dessen Familie zurückgeführt. Das Gericht sprach frei und fügte der Urteilsbegründung hinzu: „Der Journalist hat eine Funktion von hoher sozialer Bedeutung und sollte zu ihrer Ausübung den weitestgehenden Schutz des Gesetzes genießen. Das Gesetz ist unglücklicherweise in diesem Punkte heute noch sehr weit zurück und hält noch im 20. Jahrhundert an dem juristischen und moralischen Widersinn des verantwortlichen Redakteurs fest.“ Weiter fährt die Begründung fort, daß die Richter bei der Beurteilung von Presseberichten immer die Absicht voraussetzen müßten, der Öffentlichkeit zu dienen, soweit nicht das Gegenteil bewiesen ist. Nach dieser Auslegung dürfte also ein Journalist, der in gutem Glauben und in der Absicht, dem allgemeinen Interesse zu dienen, falsche Angaben veröffentlicht, nicht als Verleumder verurteilt werden. Diese zutreffende Auffassung steht zu der in Deutschland herrschenden Verfolgungswut gegen die Zeitungen und mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts in wohlthuendem Gegensatz.

Aus der Frauenbewegung.

„Dienstbotennot“.

In den „Hamburger Nachrichten“ wurde jüngst den Hausfrauen vorgeklagen, fernerhin nur männliches Dienstpersonal anzustellen. Zahlreiche Hausfrauen in Hamburg sollen bereits den Versuch gemacht haben und ganz entzückt von ihren jungen Männern für alles sein. Eine Frau entwirft ein verlockendes Bild von ihnen; sie sind „zugänglich und verständlich für die Anordnungen der Hausfrau, nehmen alle Erziehungsvorrichtungen leicht an und bemühen sich, den Willen der Dame des Hauses zu respektieren, leisten bei weitem so viel wie das weibliche Personal, sind gründlicher in der Arbeit, tragen weder Mißstimmungen noch Launen zur Schau, räumen vorzüglich die Zimmer auf, wischen gründlich und geschickt Staub, behandeln Kleider und Schuhe gut und ordentlich, zeigen sich als tüchtige Köche, sind intelligenter und weitgenügsamer und anspruchsloser als die Hausmädchen und Köchinnen, haben eine große Anhänglichkeit an die Herrschaft und zeigen überraschende Fähigkeiten“ —, deren Aufzählung schließlich langweilig wird. Den Dienern mag bei dem großen Lobe schon unheimlich geworden sein, aber glücklicherweise werden auch einige Schattenseiten angeführt. Es soll nämlich vorkommen, daß sich unter den gelobten Männern „Liebhaber eines guten Tropfens, einer guten Zigarre und leider auch der hübschen Mädchen aus dem Hause“ finden. Und das Gehalt beläuft sich auf 30 bis 40 M. pro Monat, nebst freier Station und eventuell freier Kleidung. Daran aber dürfte der schöne Plan allein schon scheitern, denn was nützt alle Tüchtigkeit, wenn sie besser bezahlt werden muß! Man hätte zu diesem Ausweg, der immer offen stand, gewiß schon längst gefunden, wenn, ja wenn die Dienst-

mädchen nicht doch billiger und williger, mehrloster und anspruchsloser wären.

Die amerikanischen Lads haben es mit Chinesen und Japanern verübt, aber die Verträge fanden nicht viel Nachahmung; man lehnte unter Seufzen und Klagen immer wieder zu den Dienstmädchen zurück. Die Lads, die Madame, die Gnädige können das Dienstmädchen nicht entbehren und finden auch keinen vollwertigen Ersatz dafür, und selber können sie doch nicht etwa die Hausarbeit machen.

Die Frauen und die Versicherungsbill.

Der Rationalverband der Arbeiterinnen von Großbritannien und Irland (National Union of Women Workers of Great Britain and Ireland) entsandte eine Deputation an Mr. Lloyd George, den Finanzminister, um ihn um Abänderung der Versicherungsbill zugunsten der Frauen zu ersuchen. Miss Constance Smith sprach im Namen der Industriearbeiterinnen den Wunsch aus, daß die Beiträge derer, die unter 15 Schilling (15 M.) wöchentlich verdienen, um einen Penny (8 1/2 Pf.) ermäßigt und daß die, welche unter 9 Schilling wöchentlich verdienen, einen halben Penny weniger zahlen sollten. Miss Blad erbat sich darum, daß solche Arbeiterinnen, die wie Verkäuferinnen, Dienstboten und Krankenpflegerinnen im Hause des Arbeitgebers wohnen, unter denselben Bedingungen wie andere Arbeiterinnen der Bill unterstellt werden sollen. Andere Forderungen bezogen sich darauf, daß verheiratete Frauen freiwillig der Versicherung beitreten könnten, daß man Frauen in die Verwaltungskörper hinstelle, daß den Hebammen eine Vertretung in den Gesundheitskommissionen bewilligt werde und daß es endlich den Frauen freigestellt werde, ob sie bei der Geburt eines Kindes einen Arzt oder eine Hebamme zuziehen wollen. Lloyd George versprach der Deputation eine Berücksichtigung ihrer Wünsche.

Versammlungen.

Lohnbewegung bei den B. G. W. Eine Versammlung der Maschinisten, Heizer, Kohlenarbeiter, Abfahrmänner, Dynamo- und Akkumulatorenwärter der Berliner Elektrizitätswerke, die am Sonntag im großen Saale der Arminhallen stattfand, beschäftigte sich mit der Frage, ob die Lohnverhältnisse in den Werken als auskömmlich anzusehen seien. Diese Frage muß, wie aus dem Referat Schwittaus, des Vertreters des Maschinisten- und Heizerverbandes, hervorging, verneint werden. Tatsächlich sind, wie der Redner im einzelnen nachwies, die Löhne bei den B. G. W. für die meisten der genannten Arbeitergruppen geringer als in einer Reihe von Privatbetrieben, wie z. B. bei Berthel, beim „Lokalanzeiger“, in einer großen Margarinefabrik, mit der der Maschinisten- und Heizerverband jüngst einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, und mehr als zu einem halbwegs menschenwürdigen Dasein notwendig ist, zahlen ja diese Firmen auch nicht. Auch bei den Schloßern, für

deren Beruf ja ein allgemeiner Tarifvertrag besteht, zeigt es sich, daß die B. G. W. schlechter zahlen, als allgemein üblich. Der Tarif für den ausgearbeiteten Schlosser beträgt 80 Pf., die B. G. W. aber zahlt den Maschinenschlossern als Anfangslohn nur 55 Pf. die Stunde, und der Lohn steigt nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe auf 57 1/2 Pf., in den beiden folgenden Jahren erst auf 60, dann auf 62 1/2 f., womit der Höchstlohn erreicht ist. Der Lohn der Obermaschinenmeister ist bei der Einstellung um 2 1/2 Pf. höher, ebenso der der Oberheizer, steigt aber schließlich auch nur auf 62 1/2 Pfennig. Die Maschinisten und Schaltisten werden mit 50 Pf. eingestellt, können es nach 2 Jahren auf 55 Pf. bringen, während die Kesselwärter bei demselben Einstellungslohn innerhalb drei Jahren den Höchstlohn von 57 1/2 Pf. erreichen. Die Wärter an Dynamos und Akkumulatoren sowie die Kohlenplasarbeiter, die Kesselreiniger und Schladenzücher haben um 5 Pf. geringere Löhne als die Kesselwärter. Der Einstellungslohn der Arbeiter ist auf 42 1/2 Pf. bemessen, ihr Höchstlohn auf 47 1/2 Pf. Der Arbeiterschuß hat sich nun, gemeinsam mit den Organisationsvertretern, mit der Frage befaßt, ob und welche Forderungen eventuell an die Direktion zu stellen sind. Man kam dazu, nach gründlichen Erwägungen Forderungen aufzustellen, die nun in der Versammlung verlesen und zur Diskussion gebracht wurden. Sie entsprechen im allgemeinen einer Erhöhung des Einstellungslohnes für die verschiedenen Gruppen um 5 Pf., und weiter wird eine Verkürzung der Fristen für die Erreichung des Höchstlohnes verlangt, der nur um 2 1/2 Pf. höher angesehen ist als der jetzt in den verschiedenen Gruppen bestehende. Für die Kesselreiniger und Schladenzücher wird jedoch verlangt, daß sie in ihren Löhnen den Kesselwärtern gleichgestellt werden, was bei ihrer schweren und aufreibenden Arbeit nur als durchaus berechtigt anzusehen ist. Für die oben nicht erwähnte Gruppe der Elektromonture werden als Anfangslohn 50, als Höchstlohn 60 Pf. gefordert, für die Helfer 47 1/2 Pf. Anfangslohn und 55 Pf. Höchstlohn, sowie ein Zuschlag von 20 Pf. bei Ueberzeit- und Sonntagsarbeit, was auch für die Schloßer gelten soll. Die Arbeitszeit der Kohlenplasarbeiter soll nicht mehr als 9 Stunden innerhalb 11 Stunden betragen. Wird ein Arbeiter aus einer niedrig entlohnten Gruppe zu besser bezahlten Arbeiten herangezogen, so soll er auch den dementsprechenden Lohn erhalten. — Nach einer gründlichen Aussprache wurden die vorgeschlagenen Forderungen mit einigen Abänderungen und Ergänzungen einstimmig gutgeheißen, und ebenso nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Arbeiter aller Zentrals und Unterstationen der B. G. W. stehen auf dem Standpunkt, daß ihre Wirtschaftslage verbesserungsbedürftig ist. Da die Gesellschaft in diesem Jahre wiederum imstande ist, 12 Proz. Dividende zu verteilen, beauftragen die Arbeiter ihren Ausschuß, der Direktion erneut Vorschläge zur Aufbesserung der Löhne zu machen, und geben sich der Hoffnung hin, daß den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wird.“

Bel **Magenverstimmung** **Santa Lucia** Kraft-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00
 Darmkatarrh, Nachahmungen bitte zurückzuweisen
 Künftig in Apotheken, Drogerien
 und Delikatessen-Geschäften :
 Um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, trinken die Völker des Südens Wasser nicht ohne Zusatz von Wein. Dass das Volksbewusstsein richtig ist, haben unsere Gelehrten durch umfangreiche Untersuchungen bestätigt gefunden. Durch Vermischen gleicher Teile gewöhnlichen Trinkwassers mit Wein wurde die Zahl der Infektionskeime zu 1/2 vernichtet, nach kurzer Zeit sogar vollständig, so dass nach dem Bericht des Dr. Mig. Wasser durch Weinzusatz absolut keimfrei wurde.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche — Soweit Vorrat

Extra-Verkauf in fast allen Abteilungen besonders billig

Kleiderstoffe

Reinwoll. Musseline . Meter	45 Pf.
Voile reine Woll. ca. 100 cm breit . . . Wort bis 1.75	Meter 85 Pf.
Wollbatist elfenb., ca. 100 cm br. reg. Wert b. 1.80	Meter 1 25
Voile Halbseide regulärer Wert bis 1.35	Meter 1 25
Reinseid. Blusenstoffe	Meter 85 Pf.

Strumpfwaren

Dam.-Strümpf. englisch lang, teilw. reppes.	25,35 Pf.
Damenstrümpfe echt Maco	42 Pf.
Damenstrümpfe Fil d'Ecose, extra fein	58 Pf.
Damenstrümpfe Halbseide	78 Pf.

Schuhwaren

Halbschuhe für Damen, zum Teil elegante Wiener Fabrikate	6 90
Reiseschuhe für Damen und Herren	2 90
Schulstiefel 25 4 25 27 5 25 29 6 25 31 7 25	
Turnschuhe 21 1 90 22 2 30 23 2 60 24 2 90	

Damen-Konfektion

Batist-Blusen aus Batist- u. Stickerel-Stoff	85 Pf.	1 75	2 75	3 75
Wiener Blusen mod. Kimono-Fasson, z. Teil m. Hancock u. Klippelaine	3 75	4 75	6 75	
Bunte Blusen aus verschiedenen Waschstoffen	1 25	1 75	2 50	
Spachtel-Blusen moderne Kimono-Fasson in schwarz, weiß und grau	4 75	5 90	7 75	
Wasch-Jupons aus veranlod. gestreiften Waschstoffen	1 25	1 75	2 25	
Wasch-Paletots in moderner Machart	4 75	6 75	9 75	
Wasch-Kleider moderne Fasson	9 75	12 75	18 75	

Kinder-Konfektion

Kittel-Kleidchen mit Faltenrock, aus gestreiften Stoffen, 45—50 cm lang	55, 85 Pf.
Blusen - Anzüge aus gestreiften Waschstoffen, für 1 bis 3 Jahre	75 Pf.
Knab.-Schulanzug Matrosenform, aus blau-weiß gestreiften Waschstoffen	1 50 für 5—10 Jahre
Knab.-Schulanzug „Kieler Fasson“ aus gestr. Kadestoff, für 3—5 Jahre	3 50 4 50
Knab.-Schulanzug Joppenform z. gew. bwl. Waschstoff, für 3—14 Jahre	3 50 5 50 7 75
Einzel. Waschhosen für 3—8 Jahre	65, 95 Pf.
Mädch.-Schulkleid aus imitiert Leinen mit bunter Borte, 60—100 cm lang	3 75

Waschstoffe

Baumwoll. Musseline . Meter	25 Pf.
Zephir Meter	30 Pf.
Foulardine Meter	40 Pf.
Schweiz. Stickerelstoff 100cm br. Meter	2 90
Gepunkt Mullschweiz. Fabr., Mtr.	60 Pf.

Handschuhe

Lange Fingerhandschuhe Leinen imitiert, Form Mousquetaire	42 Pf.
Lange Fingerhandschuhe 1a Fior, eleg. Blumenmuster, ca. 45 lang	85 Pf.
Lange Fingerhandschuhe Reine Seide, ca. 30 cm lang	95 Pf.
Lange Fingerhandschuhe 1a reine Seide, glatt, Form Mousquetaire	1 50
Lange Halbhandschuhe Reine Seide, elegantes Jacquard-Muster	55 Pf.
Lange Halbhandschuhe Reine Seide, Perfillet, ca. 40 cm lang	95 Pf.
Kurze Handschuhe z. Druckkn.	75 Pf.
Kurze Handschuhe Halbseide, durchbrochen	1 25

Reste und Abschnitte zu Einheitspreisen

Seidenstoffe	Wollstoffe	Waschstoffe
Meter 55, 75, 95 Pf.	Meter 55, 75, 95 Pf.	Meter 25, 35, 45 Pf.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Frankfurt Viertel. Bezirk 305. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau Maria Klohs gestorben ist. Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 221/9 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstagswahlkreise. Unser Mitglied, der Genosse, Schuhmacher Samuel Baral (Abteilung Ia) ist verschieden. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres geliebten Sohnes Gustav sagen wir dem Herrn Krennfeld, Kollegen und Kolleginnen der Firma, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. Familie Otto.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Nachruf. Am 2. August verstarb unser Genosse, der Gastwirt Wilhelm Richter, Beuststr. 39. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung hat bereits am 5. August stattgefunden. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse Hermann Signerski, Dönnabrücker Str. 30 verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 15. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Friedhofes, Fürstenbrunner Weg, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 250/18 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Emil Grimberg am 13. August gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kutsher Gustav Falk am 12. August im Alter von 43 Jahren verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Birkow-Krankenhanes aus nach dem Friedhofe der Glasgemeinde in Riebers-Schönhausen statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Preßer Otto Blasche nach langem Leiden verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Friedhof der Emmaus-Gemeinde in Rixdorf, Dornmannstraße, aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin Klara Giesner plötzlich verstorben ist. Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet Dienstag, den 15. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem südlichen Friedhof, Müllerstr. 44/45, Ecke Seefstraße, statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 12. August, verstarb nach kurzem Krankenlager unsere Kollegin, Frau Klara Giesner im 38. Lebensjahre. Ihre Andenken werden wir in Ehren halten! Das Personal der Firma W. A. F. Liehr. Die Beerdigung findet am 15. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des südlichen Friedhofes in der Seefstraße aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Hermann Münth am 11. d. Mts. am Magenkrebs gestorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am Montag, den 14. August, mittags, meine liebe Frau Marie Schwabe geb. Neumeister nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. Dies setzt tiefbetrübt an Hugo Schwabe. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kummelsburger Gemeinde-Friedhofes, Lützstraße, aus statt.

Hermann Fischers billigste Särge. Urbanstr. 111, früher Rixdorf. Tel.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Krankenkontrollleur Paul Kelbel nach langem Leiden verschieden ist. Im Namen der Hinterbliebenen zeigt dies tiefbetrübt an Paul Kelbel. Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von der Halle der Zion-Gemeinde (Nordend) aus statt. 1069

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters und guten Vaters, des Buchbinders Oskar Georg sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem gesamten Personal der Firma H. S. Hermann, dem Reichstagswahlbezirk 353A Teil II und dem Deutschen Buchbinderverband meinen herzlichsten Dank. Witwe Anna Georg und Sohn.

Glumen- und Franzbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Anton Boekers Festsäle, Weberstr. 17. Sonnabend, den 28. Oktober und Sonnabend, den 18. November, Umstände halber frei geworden. 63002 Kätzingenbohl. Anton Boeker, Weberstr. 17. Telefon VII, 13414.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel. Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt IV, 3014.

Noch 2 Parzellen à 750 M. (kleine Anzahlung) in Mahlsdorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pf.-Fahrt v. Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, w. Hoppegarten, Neuenhagen etc. Pläne gratis, Vertreter täglich, auch Sonntags am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Hygienische Bedarfsartikel. Drogerie Zaremba, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenbaumstr. Billigste Bezugsquelle: Versuch f. zur dauernden Kundshaft!

Große Firma berght Teppiche, Gardinen, Stores, Stoppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kasse. Offize S. 100, "Vorwärts"-Expedition, Auguststr. 50.

Ein Idyll am See. Kolonie Eisenhorst ca. 30 km SW von Berlin. See, Wald, Fließ- u. Landparzellen zum Spottpreis. J. Rieger, Berlin C., Gontardstr. 5. 522262

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 15. August. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Der Rosenkavalier. Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Neues königliches Opernhaus. Die Weisheitsfingerringe von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Anfang 8 Uhr. Deutsches. Was ihr wollt. Kammerspiele. Enges und sein Ding. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Komische Oper. Der verbotene Ruf. Berliner. Bummelstudenten. Meidens. Die Dame von Maxim. Westen. Die lustigen Nibelungen. Neues Schauspielhaus. Die teufliche Sufama. Neues. Geschlossen. Thalia. Polnische Wirtschaft. Schiller-Charlottenburg. Der dunkle Punkt. Befina. Glaube und Heimat. Lustspielhaus. Die goldene Schüssel. (Anf. 8 30 Uhr.) Kleines. Korallen. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Trianon. Das Fräulein. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Luffen. Vorberbaum und Belle. (Anf. Anfang 8 1/2 Uhr.) Rose. Rosenkavalier. (Anf. 8 1/2 Uhr.) Metrosai. Heißt amüsiert sich! Goldes Kaprice. Drei Frauenhüte. Sie ist eine Ausnahme. (Anfang 8 1/2 Uhr.) Roigt. Preciosa. Road. Nami weint - Hans lacht. Herrsfeld. Das Kind der Firma. Schmerzlose Behandlung. Berliner Theater. Die 3 Grazien. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Apollo. Spezialitäten. Volage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Kaiser-Panorama. Real Eine Tom in den bayerischen Hochalpen - Oberitalienische Seen. Logo Maggione, Luganer- und Treco-See. Urania. Lindenstraße 48/49. Helgoland im Wechsel der Zeit. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater. Dienstag und Mittwoch: Gefährten. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der dunkle Punkt.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Sommerpreise, neu einstudiert: Die Dame von Maxim. Schwant in 3 Akten von Georges Feydeau. Deutsch v. Demo Jacobson.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 192. Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr. Kasernenluft. Auf der Gartenbühne: Es gibt nur ein Berlin. Große Revue.

Metropol-Theater. Zum 100. Male: Hoheit amüsiert sich! Operette in 3 Akten von J. Fremad. Musik von Rudolf Keilson. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater. 8 Uhr: Die großen Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Nur noch kurze Zeit! Ensemble-Gastspiel Harry Walden in Sein Herzensjunge. Wanderrevue mit Ges. u. Tanz in 2 Akten von H. Reihardt und R. Schaner. Musik von W. Kollo.

Volgt-Theater. Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58. Heute sowie täglich: Preziosa. Ganzl. neue erstklass. Spezialitäten. Kassenöffnung 2. Anfang 4 Uhr. Sonnabend, 2. September: Benefiz f. d. Schauspielpersonal: In Freund und Leid.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Bummelstudenten. Täglich: Bummelstudenten. Neues Kgl. Opern-Theater (Krosl) Dienstag, 15. August, abends 8 Uhr: Gastspiel Marga Junker-Burchardt: Die Meistersinger von Nürnberg. Letzte Vorstellung. Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustigen Nibelungen.

Ab 1. September AUSSTELLUNG NORDLAND auf dem entsprechend hergerichteten Platze Kurfürstendamm 151 (frühere Rollschuhbahn) 180 Polarbewohner bei Arbeit, Sport und Spiel Hochinteressante Darstellungen aus d. Volksleben im höchsten Norden, ausgeführt von kunstgeübten Eskimos und Lappländern. Unübertroffene Sportsleistungen Skilaufen, Skiboote, Schlittenfahren auf künstl. Bahn, Islandpferde, Renntiere, Grönländhunde. Buntbes Volksleben Original-Hütten und -Zelte Hausindustrie

Herrnfeld Theater. Jubiläums-Saison 20-jährig. Direktion Anton und Donald Herrnfelds. Seit 20 Jahren der größte Erfolg die Repertorien. Das Kind der Firma Verwandlungskomödie. In 2 Akten mit den Autoren A. Herrnfeld u. Tobias Tschopperrack. Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfeli. Schmerzlose Behandlung Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkasse). Brachthofer Sommergarten. Lustige Pergola.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Parisiana-Ensemble. 3 Frauenhüte. Sie ist eine Ausnahme. Das Strumpfband. Confin Pamponlette. Max Klems Sommer-Theater Rudolf Krüger, Nollenside 13-15. Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Weltbedacht Theatergarten, bei unangenehmem Wetter Schuttschutz. Jed. Mittwoch: Gr. Rinderfest. Donnerstag: Elftag.

Volksgarten-Theater. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Margot Jackson x O. D. Boston Tim-Tom x Willi Schönburg Henry Trio. Die Rose von Japan.

Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Baumstraße 16. Konzert, Theater, Spezialitäten. Hanni weint, Hans lacht. Operette von J. Offenbach. Die Regimentnummer. Die Schwäbin. Anfang 6 Uhr.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Rudolf Mälzer Der erste Komiker d. Jetztzeit. Emanuel Steiner Rechenphänomen und das große Varieté-Eröffnungsprogramm

2003 LOGISCHER GARTEN Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, vor abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Admiralpalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet v. 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Abends: D. prunkvolle Eisballett. Montreal Die Stadt auf Schlittschuhen. Neu: Push-Ball-Spiel. Zahlreiche Kunstausstellungen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts. Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenspreise.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Anfang montags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

PASSAGE :: PANOPTIKUM Das größte Schauetablissement des Kontinents. Lebendiger Mann mit der eisernen Zunge. Ein Fakir ohne Nerven. AGA die schwedende Jungfrau. Alles ohne Extra-Entree.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Helgoland im Wechsel der Zeit.

Königstadt-Kasino. Dolmarstr. 72, Ecke Alexanderstr. Auf: Max Schindelhauer. 1.-16. August: Niesen - Weltstadt-Programm. U. a.: Kurt Armand, Quoritt. Cilli Schwarzenberg, Tanzleub. Harry Bienenstein mod. Stelch. Charles Saller, Deiblicher Walch. Laro Reels, Musik - Exentriques, Fleurison Terzett, Gef. u. Tanz. Salides Vabercle.

Moabiter Wintergarten Artus-Hof Parleberger Str. 20, Stendaler Str. 10. Direktion: Karl Pirnau. Bernhard u. Mertens Die Nacht des Walzers. 3 Cossets mit Quinden und Lauden. Milano, das tanzende Reichen. Ada u. Otfried Relay, Duett. ? ? Klo ? ? der mysteriöse Würfel. Die Willkür phantastischer Akt usw. Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Elysium Landsberger Allee 40-41. Heute sowie täglich: Spezialitäten. Herrliches Programm, sowie Rad- u. Wettrennen (4 wertvolle Ehrenpreise). 51502* Anfang 4 Uhr. - Eintritt 10 Pf.

Café Bellevue. Kummelsburg am See. Inh.: G. Tempel. Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung u. Garten-Konzert. Jeden Sonnabend und Donnerstag: Soireen der Hoffmanns Sänger

Schweizer-Garten Am Königstor. Am Friedrichshalm. Jeden Abend 7, 10 Uhr: Wie man Weiber fesselt. Wisse mit Gesang in 2 Akten. Spezialitäten, Kinematograph. Kinderfest. Jeden Mittwoch: Welt. montags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Das Ergebnis der Urwahl zur Delegation zum Parteitag und Brandenburger Konferenz ist wie folgt: An der Wahl beteiligten sich 3740 Mitglieder. Gewählt sind für den Parteitag: Paul Hoffmann mit 2088 Stimmen, Agnes Jährenwald mit 1471 Stimmen, Clara Dien mit 832 Stimmen, Max Sassen mit 866 Stimmen, Franz Kupferschmidt mit 854 Stimmen, Wilhelm Jödel mit 666 Stimmen. Zur Brandenburger Konferenz wurden gewählt: Paul Böhm mit 1200 Stimmen, Pauline Vertram mit 898 Stimmen, Hermann Hintorf mit 890 Stimmen.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins mit außerst wichtiger Tagesordnung bei Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6.

Zeltow. Am Mittwoch, den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokale von B. Bonow, Berliner Straße 16, statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Potsdam. Mittwoch, 16. August, abends 8 Uhr: Zahlabend. Der 1. Bezirk (Lokal von Wegener, Ecke Alten Markt und Kaiserstraße) und der 2. Bezirk (Lokal von Wilhelm) wählen je einen Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Die Badofenglut

Will noch immer kein Ende nehmen. Am Sonnabend war mit 31 Grad Celsius der heißeste Tag der vergangenen Woche zu verzeichnen. Wenn auch der Sonntagshimmel stärkere Bewölkung zeigte, zeitweise erfrischende Brisen wehten, die den schon so lange auf „gut Wind“ wartenden Seglern Freude machten und aus der Berliner Umgegend leichte elektrische Entladungen vernehmbar wurden, so blieb doch die Hoffnung auf eine wesentlich günstigere Gestaltung der Temperaturverhältnisse getäuscht. In der fünften Nachmittagsstunde hatten sich kühlungsverheißende Gewitterwolken zusammen, ein paar große Tropfen fielen, man freute sich schon pudelnärrisch auf den am Sonntag sonst so verpönten Gusch von oben — und nach zehn Minuten strahlte das Firmament wieder im schönsten Blau. Die ermattete Menschheit schwigte mit Galgenhumor weiter, machte sich auch den zweiten schönen Augustsonntag reichlich zu nütze. Ueberhaupt sind den vielen Schäden, welche die Dauerhitze durch eine Häufung von Unglücksfällen, Bränden und nicht zuletzt durch die bedenklich zunehmende Teuerung von Nahrungsmitteln anrichtet, auch erhebliche wohltätige Folgen gegenüberzustellen. Seit Wochen werden durch Vermittlung der Sommerglut zahlreiche Tische mit blankem Golde gefüllt. Sämtliche Besitzer von Sommerlokalen in der Umgebung Berlins erklären schmunzelnd, daß sie eine so brillante Sommerernte seit Jahrzehnten nicht einstreichen konnten. Ebenso vergnügt ist das Heer der Sommerkellner, die selbst in der Woche alle Hände voll zu tun haben, um den glühenden inneren Menschen aufzufrischen. Daß an diesem Gewinn durch Ausflügler, die dem beigegebadenen steinernen Häufermeer entzinnen, noch sämtliche Verkehrsinstanzen beteiligt sind, ist selbstredend. Insbesondere haben die verschiedenen Dampfschiffreedereien diesjährige Einnahmen von noch nie erreichter Höhe erzielt. Man merkt leider nichts von Entgegenkommen für den Goldstrom aus dem Publikum. Freundschaft Fiskus sagt sich, daß Selbstessen fett macht. Im Berliner Weichbilde hat die Hitze von so mancher Durst-Still-Station vorläufig noch den Pleitegeier vertrieben. Sehr zufrieden sind die fliegenden Händler mit Obst und vor allem die mit Himbeer- und Vanille-Eis. Die Lieferanten von Natureis haben bis jetzt den riesigen Bedarf noch so ziemlich zu decken vermocht, aber dafür auch in leider üblicher Ausschlagung der Konjunktur sich durch Preisauflschlag bedient. Ohne die umfangreiche Fabrikation von Kunsteis wäre sicher schon längst ein empfindlicher Mangel eingetreten. Endlich sind auch Vadeartifel aller Art so wie noch nie zuvor „gegangen“.

Von heute ab trägt die unter der Hitze leidende Belistadt eine neue Signatur: die schönen Ferientage sind vorüber... die Schule hat wieder begonnen! Unsere Kleinen, die fünf Wochen lang Körper und Geist in der ungebundenen Natur kräftigen durften, sind nun gezwungen, sich bei einer Temperatur, die jedes ergiebige Lernen so gut wie ausschließt, in die Schulräume sperren zu lassen. Vielleicht kommt zur rechten Zeit die sehnlichst erwartete Abkühlung und bewahrt die verantwortlichen Berliner Schulstellen vor dem Vorwurf, daß sie mit der Verweigerung der Ferienverlängerung das Prinzip chronischer Rücksichtigkeit in Ehren gehalten haben.

Wald- und Wiesenbrände beschäftigen Tag für Tag bei der anhaltenden Hitze und Lärre die Feuerwehren in der Umgebung Berlins. Am den Rauener Kuntenturm herum geriet am Sonnabendnachmittag, wahrscheinlich durch Funkenflug von einer Eisenbahnlokomotive ein großer Wiesenbrand in Brand. Ueber 800 Morgen, die zu den Gemeinden Nauen, Grünfeld, Baaren und Kleinberg gehören, standen alsbald in hellen Flammen. Von den Wiesen aus wurde auch ein 800 Morgen umfassendes Torfstückgelände in Brand gesetzt. Diese Stiche sind seit Wochen trocken, tief ausgedörrt und morisch. Ebgleich die Feuerwehren der Nachbarrorte, Forstleute und freiwillige Arbeitskräfte sich alsbald in einem großen Aufgebot daran machten, Gräben zu ziehen und andere Schutzmaßregeln zu treffen, gelang es doch nicht, dieses Torstbrandes Herr zu werden. Das Feuer brennt unterirdisch weiter und entzündete auch am Sonntag noch ungeheure schwarze Rauchwolken zum Himmel empor, die die ganze Gegend verdunkelten. — Ein größerer Waldbrand entstand zu gleicher Zeit bei Finzenburg, wahrscheinlich auch wieder durch Ringfeuer von einer Lokomotive. Das Feuer durchbrach bald den kleinen Eisenbestand an der Eisenbahnstation und griff weiter um sich. Nach Eindämmung eines größeren Gebietes gelang es den Brand zu löschen.

Auch aus Wustermark wird ein Waldbrand gemeldet, endlich aus Bällidow an der Wiesener Bahn. Hier kam in einer Gutsverwaltung an verschiedenen Stellen zugleich Feuer aus. Nach dem ganzen Befunde muß man bedauerliche Brandstiftung annehmen. Die zuständige Polizeibehörde hat zur Ermittlung der Täter einen Kriminaldiensthund aus Berlin kommen lassen.

Die Rückkehr der Ferienreisenden gestaltete sich am Sonntag zu einer wahren Völkerwanderung auf den heißen Bahnhöfen. Infolge der tropischen Hitze hatten die meisten Sommerfrischler es vorgezogen, bis auf den letzten Ferientag am kühlen Meeresstrand oder in den schattigen Gebirgsstämmen zu weilen, anstatt schon wie

sonst vier bis fünf Tage vor Eröffnung der Schulen in die staubige Großstadt zurückzukehren. Am härtesten belastet war wie stets der Stettiner Bahnhof. Hier herrschte bereits in den Vormittagsstunden ein geradezu lebensgefährliches Gedränge, um so mehr als auch ein großer Teil erholungsbedürftiger Berliner die abgehenden Züge benutzten, um für den Sonntag im Freien zu weilen. Nicht weniger als 120 Personen und Schnellzüge vermittelten am Sonntag den Verkehr von der Ostsee nach der Reichshauptstadt. Die Coups waren trotz der sengenden Glut überfüllt und die Badegäste hatten große Beklemmung mit den überfüllten Sonntags-Vorortzügen. Die Anforderungen, die an die Bahnbeamten gestellt wurden, waren ganz enorme. Der Droschken- und Autopark, der den Platz vor dem Stettiner Bahnhof und den angrenzenden Straßen besetzt hielt, schrumpfte nach Ankunft von zwei und drei Zügen so zusammen, daß in der Vorhalle Hunderte von Passagieren standen, die oft stundenlang keine Gepäckdrotsche erreichen konnten. — Aehnliche Szenen spielten sich auf dem Lehrter Bahnhof ab, auf dem circa 160 Züge von der Nordsee eintrafen. Ebenso wiesen der Göttinger und Anhalter Bahnhof einen Miesenverkehr auf. Die Zahl der am Sonntag zurückgekehrten Sommerfrischler wird auf etwa 60 000 bis 80 000 Personen geschätzt.

Opfer der Hitze. Auch der letzte Sonntag hat wieder mehrere Unfälle, verursacht durch Hitzschlag, hervorgerufen. In Wannsee brach der Chauffeur Richard Schulz, der mit vier Personen eine Fahrt gemacht hatte, während einer Ruhepause zusammen und mußte zu einem in der Nähe wohnenden Arzt geschickt werden. — Vor dem Göttinger Bahnhof brach ein etwa 60jähriger, nach seiner Kleidung zu urteilen, dem Arbeiterstande angehöriger Mann zusammen und verstarb noch vor der Ankunft eines Arztes. Die Leiche wurde ins Schauhau geschickt. — In Charlottenburg wurde der Malergehilfe Sonnenberg aus der Krummenstr. 5 vom Hitzschlag betroffen und mußte von einem Schuttmann nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Bestand gebracht werden. — In der Nähe des Bahnhofes Heerstraße fiel der elfjährige Schüler Otto Vackusky aus der Hauptstraße, der mit einigen Freunden eine Radtour unternommen hatte, zusammen, erholte sich jedoch bald wieder unter der Pflege einiger Passanten. — Im Freibad Wannsee wurden zehn Personen, Herren und Damen, vom Hitzschlag betroffen und mußten die Hilfe der dort stationierten Sanitätsbeamten in Anspruch nehmen. — Auch im Freibad Müggelsee erkrankten nicht weniger als sieben Personen, darunter eine Dame so schwer, daß sie nach dem Rübender Krankenhaus übergeführt werden mußte. — Der Arbeiter Franz Wehberg wurde auf dem Wege nach Eberswalde nachmittags von einem Hitzschlag getroffen und auf der Stelle getötet. Der Schiffseigentümer John aus Marienwerder, dessen Fahrzeug auf der Wasserfahrt nach Berlin begriffen ist, wurde, während er am Steuer stand, plötzlich von einem Hitzschlag getroffen. Er stürzte rückwärts über Bord ins Wasser und ertrank, bevor Hilfe zur Stelle war.

Zur Verlängerung der Schulferien in Berlin

teilt der Magistrat mit: „Durch hiesige Blätter ist die Nachricht verbreitet worden, die städtische Schuldeputation habe beschlossen, die Schulferien nicht zu verlängern. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Ueber die Ferien hat die königliche Aufsichtsbehörde, nicht die städtische Schuldeputation zu bestimmen. Ein Beschluß der Schuldeputation konnte also gar nicht erfolgen und ist nicht erfolgt. Der Herr Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten hat aber verordnet, daß, solange die außergewöhnliche Hitze andauert, der Unterricht erforderlichenfalls auch über die geltenden Bestimmungen hinaus, völlig ausgesetzt sei.“ Die Schuldeputation hat diesen ihr durch das königliche Provinzial-Schulkollegium unter dem 6. August 1911 mitgeteilten Ministerialerlaß den Direktoren der Gemeindefschulen unter dem 9. August zur Kenntnis und Nachachtung gebracht. Die Direktoren der höheren Lehranstalten haben denselben Erlaß direkt durch das Provinzial-Schulkollegium erhalten. Davon, daß den Vorortgemeinden andere Verfügungen zugegangen sind und dort anders verfahren wird als in Berlin, ist hiezu nichts bekannt.“

Wie wir hören, besteht die Absicht, am heutigen Tage den zur Schule kommenden Kindern auf fernere drei Tage Ferien zu gewähren. Am Freitag wird dann weitere Verfügung getroffen werden.

Ungarische Bürgermeister sind in Berlin eingetroffen und haben hier eine Reihe hässlicher Einrichtungen, wie das Untersuchungsamt an der Fischerbrücke, das Rudolf-Virchow-Krankenhaus u. a. besichtigt.

Stroßenbahnverbindungen Spandauer Bod-Rixdorf. Eine durchgehende Stroßenbahnverbindung vom Spandauer Bod bis Rixdorf eröffnet die Berlin-Charlottenburger Stroßenbahn in Gemeinschaft mit der Großen Berliner und der Sächlichen Vorortbahn. Die Eröffnung ist fest auf den 21. August festgesetzt worden. Die neuen Verbindungen kommen dadurch zustande, daß die Linie P, die von Westend kommt, vom Dönhofsplatz bis zum Ringbahnhof Rixdorf verlängert wird. Die Linie R, die vom Spandauer Bod kommt, wird gleichzeitig bis zum Wildenbruchplatz in Rixdorf durchgeführt. Die Linie P macht dann von der Zimmerstraße folgenden Weg: Jerusalem, Linden, Ritter, Reichensberger, Glogauer, Panier, Kaiser-Friedrich, Judas, Berliner und Bergstraße bis zum Ringbahnhof Rixdorf. R geht über die Jerusalem, Oranien- und Dresdener Straße, das Kolbfischer Tor, den Kottbuser Damm, die Kaiser-Friedrich- und Wildenbruchstraße bis zum Wildenbruchplatz in Rixdorf. Die Züge der beiden Linien ergänzen sich zwischen der Kirchenallee in Westend und der Jerusalem Kirche zu einem Betrieb von 7 1/2 Minuten. Die drei beteiligten Gesellschaften erbeben für die ganze Strecke 20 Pf. Zellstreifen zu 15 Pf. werden Westend-Prinzenstraße, Stroßenbahnhof-Erkstraße, Wilhelmplatz-Rixdorf, Kirchenallee-Vorortplatz und Stroßenbahnhof-Wildenbruchplatz. Zehnminutestrecken sind Spandauer Bod oder Kirchenallee-Lagowplatz, Stroßenbahnhof-Röhrener Straße, Wilhelmplatz-Friedrichstraße, Anie-Prinzenstraße oder Moringplatz, Zoologischer Garten-Erkstraße oder Wildenbruchplatz-Lagowplatz-Ringbahnhof, Spandauer Bod-Lagowplatz. P braucht werktags 78, sonntags 74 Minuten, R 74 und 70 Minuten.

Drei Jahre in der Isolierzelle.

Uns wird mitgeteilt, daß in der städtischen Irrenanstalt Buch ein Patient, der lediglich Alkoholist ist oder richtiger war, schon fast drei Jahre hintereinander in einer Isolierzelle des allerfestesten Hauses untergebracht sein soll. Das wäre bei einem Menschen, der nicht toblich und nicht gemeingefährlich ist, eine unerhörte Härte, wie sie so lange Zeit hintereinander nicht mal im Justizhause angewendet werden darf. Sein Verbrechen und seine „Gemeingefährlichkeit“ nach Psychiatrologik soll darin bestehen, daß er zu wiederholten Malen, um die Freiheit zu erlangen, an Behörden unter Umgehung der Anstalts-Direktion Eingaben richtete, in denen die Prognostik der modernen Irrenärzte und besonders derjenigen von Buch hart mitgenommen wurde. Der betreffende Patient hatte sich anfangs auf einen der tagüber offenen und nur des Nachts aus allgemeinen Sicherheitsgründen geschlossenen sogenannten Landhäuser befunden, was doch wohl schon dafür spricht, daß seiner Internierung überhaupt nicht eine Gemeingefährlichkeit zugrunde liegen kann. Nach den Landhäusern kommen sonst nur Patienten, an deren Festhaltung der Irrenarzt ein ziemlich geringes Interesse hat, also besonders die zur Anstaltsarbeit gut verwendbaren Alkoholkranken. Nachdem die betreffende heimliche Korrespondenz zur Kenntnis der Anstaltsleitung gekommen war, hat man den Patienten zunächst nach dem festen Hause 9 gelegt und später, als auch von

dort aus die schriftlichen Befreiungsversuche fortgesetzt wurden, in eine Isolierzelle des noch festeren Hauses 12 gesperrt. Derartige Zellen gleichen in ihrer ganzen Ausmachung so ziemlich einem Raubtierkäfig. Hier liegt der gegen die Anstaltsordnung verstößende Patient nun schon seit dem 23. November 1908, von jedem anderen menschlichen Verkehr als gelegentlich mit irgendeinem Pfleger vollständig abgeschlossen und in dieser verzweifelten Lage der völligen Geistesnummung langsam entgehend.

Wir können die mit Einzelheiten belegte Nachricht kaum glauben. Sie wird uns aber in so bestimmter Form unterbreitet, daß wir die städtische Irrenhausdeputation, welche übrigens auf dem Wege einer bisher nicht beantworteten Beschwerde von dritter Seite über die Sache unterrichtet sein soll, dringend um Aufklärung ersuchen möchten. Von vornherein sei aber bemerkt, daß lediglich eine Gegenüberführung der Anstaltsdirektion nicht befriedigen könnte. Gewisse Erfahrungen berechtigen zu der Annahme, daß eine solche einfache Gegenüberführung, mag sie auch im amtlichen Drußton abgegeben sein, nicht das richtige Licht über die Sache verbreiten wird. Unbedingt erforderlich ist, wie wir das schon wiederholt verlangt haben, eine Konfrontierung des Patienten mit Irrenärzten in Gegenwart von Vertretern der städtischen Irrenhaus-Deputation, damit der Patient in der Lage ist, durch seine Persönlichkeit zu zeigen, ob er seit drei Jahren in die Isolierzelle gehört oder nicht.

Es handelt sich, wie uns weiter mitgeteilt wird, im Grunde der Sache nicht bloß um einen Einzelfall, sondern es soll gerade in Buch das System, mißliebige Patienten aus Disziplinargründen, also zur Strafe, nach den festen Häusern zu verlegen, öfter angewendet werden. Ueber dasselbe nicht zu billigen, allzu persönliche Regiment ist, bevor die Anstalt Buch eröffnet wurde, schon aus der Dallborfer Irrenanstalt lebhaft geklagt worden.

Das Luftschiff „P. 6“, welches gestern früh 8 Uhr 43 Minuten mit elf Personen einschließlich des Führers, Oberleutnants Stellung, in Bitterfeld aufgestiegen war, ist um 8 1/2 Uhr auf dem Flugplatz Johannisthal eingetroffen.

Das Freibad Müggelsee war am letzten Sonntag von 20 000 bis 25 000 Personen besucht. Die Vereinigung zur Ordnung des Freibadens am Müggelsee hatte alle Vorbereitungen für den Massenbesuch getroffen. Die Arbeiter-Samariterkolonne Friedrichshagens stellte seine Mitglieder zur Verfügung, außerdem waren noch 12 Sanitätsmannschaften aus Berlin anwesend. In etwa 50 Fällen wurden die Samariter in Anspruch genommen. Die Mehrzahl der Unfälle waren Fußverletzungen, welche durch Wegweiser von Glas usw. entstanden waren. Leider ist wieder ein blühendes Leben dem See zum Opfer gefallen. Der 15jährige Rauerer Richard Heintig aus Rixdorf, Weißestr. 11, ertrank gegen 12 Uhr mittags in der Nähe des Samariterzeltes. Die sofort unternommenen Rettungsversuche blieben ohne Erfolg und kam hierbei der stud. agr. Thonjogel in Lebensgefahr; er erhielt aber noch rechtzeitig Hilfe. Ferner ist noch ein junges Mädchen Frida Böttcher durch groben Unfug in Gefahr geraten. Ein junger Bursche tauchte hinter dem Rücken des Mädchens auf, schloß ihre Hüfte und riß sie nieder. Sie versank sofort und wurde ohnmächtig aus dem Wasser gezogen, während dem der leichtsinnige Bursche entkam. — Am Nachmittag erdrin im Freibad der Verweiser des Landratsamts Nieder-Varmin Dr. Busch in Begleitung des Forstmeisters Kottmeier und besichtigte das Leben und Treiben im „verbotenen Freibade“. Sie nahmen Kenntnis von der freien Hilfestätigkeit der Vereinigung und sprachen sich sehr anerkennend darüber aus.

Dampferzusammenstoß auf dem Müggelsee.

Am Sonntag in später Abendstunde wurde auf dem Müggelsee der Dampfer „Müggel“, welcher der Stern-Schiffahrt gehört, von dem Dampfer „Waltersdorf“ angerannt und zum Sinken gebracht. Die Passagiere und Mannschaften des gesunkenen Dampfers konnten gerettet werden, obgleich die Panik, die unter den Passagieren ausbrach, die Situation recht kritisch machte. Der Zusammenstoß hat zum Glück kein Menschenleben gefordert. Dagegen ist der Schaden, den die Eigentümer der beiden Dampfer erlitten, beträchtlich.

Die von den Besitzern der Dampfer gegebenen Darstellungen über den Zusammenstoß, der leicht zu einem großen Unglück hätte führen können, widersprechen sich zum Teil, und es läßt sich deshalb noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wem die größere Schuld beizumessen ist. Der Dampfer „Waltersdorf“, der dem Besitzer des Restaurants „Schloß Waltersdorf“ in Celler gehört, unternimmt ebenso wie der Stern-Dampfer „Müggel“ lediglich Fahrten auf dem Müggelsee. Der Dampfer „Müggel“ ist der kleinere und faßt etwa 120, der Dampfer „Waltersdorf“ 270 Personen. Während auf der „Müggel“ nur wenige Passagiere waren, war der „Waltersdorf“ mit mehr als 200 Personen besetzt. Der Dampfer „Müggel“ ist 22 Jahre alt, der „Waltersdorf“ zweifellos aber bedeutend älter. Seit einem Jahre etwa ist er im Besitz des Restaurateurs Saebert, der ihn in Holland gekauft hat. Er soll schon wiederholt auf dem Müggelsee mit anderen Dampfern zusammengestoßen sein, weil seine Manövrierfähigkeit keine allzu gute mehr ist. Hätte sein Steuer ebenso funktioniert wie das des Dampfers „Müggel“, dann hätte nach Ansicht von Sachleuten der Zusammenstoß vermieden werden können. Die „Müggel“ hatte nämlich, um einigen Segel- und Ruderbooten ausweichen zu können, eine große Schleifenfahrt ausgeführt, als der Dampfer „Waltersdorf“ in ihren Kurs kam. Auf das Warnungssignal der „Müggel“ versuchte „Waltersdorf“ noch an der „Müggel“ vorbeizukommen, was ihm aber nicht mehr gelang. Der größere Dampfer rannte dem kleineren in den Bug und brachte ihm ein großes Leck bei. Das Wasser drang mit so großer Schnelligkeit in den Maschinenraum, daß der Dampfer alsbald zu sinken begann. Zwei in der Nähe befindliche Dampfer, und zwar die „Kronprinzessin Cecilie“ und die „Königin Luise“ eilten zur Hilfeleistung herbei. Sie vermochten wohl Mannschaften und Passagiere von dem sinkenden Dampfer zu retten, aber es gelang ihnen nicht mehr, diesen selbst abzuschleppen und vor dem Sinken zu bewahren. Nach Ansicht der Direktion der Stern-Schiffahrt wäre ein Sinken des Dampfers „Müggel“ durch die Kollision allein nicht erfolgt. Vielmehr sei erst durch den herbeieilenden Dampfer „Königin Luise“ der Untergang herbeigeführt worden, indem dieser Rettungsdampfer beim Anlegen an die „Müggel“ eine Unmenge Wasser in das große Leck gedrängt habe. Der Dampfer „Müggel“ befindet sich etwa 1000 Meter vom Ufer entfernt in einer Tiefe von ungefähr 7 Metern. Die Unfallstelle ist durch Flaggen abgesteckt. Die Vergungsarbeiten sind im Gange.

Polizist und — Einbrecher.

Ueber eine Einbruchsgeschichte, die sich bereits vor 14 Tagen abgespielt hat, ist bisher von der Polizei nichts der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden, obwohl die Einzelheiten sehr bemerkenswert sind. Der Einbruch wurde verübt im Hause Kronenstraße 73/74, das das Bureau des 37. Polizeireviers beherbergt, und zwar in der Wohnung des Polizeileutnants Hess, die sich im Vorderhaus drei Treppen hoch befindet. Uns werden darüber die folgenden Angaben gemacht, die in der Gegend der Kronenstraße als Gerücht von Mund zu Mund

gehen. Leutnant Deß war auf Reisen gegangen und hatte die Frau des Hausportiers beauftragt, seine Wohnung zu beaufsichtigen, die Blumen zu begießen usw. Als die Frau am 31. Juli abends gegen 7 Uhr sich in die Wohnung begab, fand sie, daß eine Zimmertür offen stand, die sie bei ihrem letzten Besuch geschlossen zu haben meinte. Bei näherem Zusehen entdeckte sie einen fremden Mann, der in Hemdsärmeln und auf Strümpfen ihr entgegentrat. Er hat die Frau himmelhoch, ihn nicht unglücklich zu machen und ihn laufen zu lassen. Als sie zum Fenster hinaus um Hilfe rief, entloß der Fremde durch den hinteren Ausgang, nachdem er die Rückentür hinter sich abgeschlossen hatte, um die Verfolgung zu erschweren. Die Frau lief aber sofort durch den vorderen Ausgang die Treppe hinab und erreichte unten den Fließenden, der nun von herbeieilenden Polizisten in Empfang genommen wurde. Auf dem Polizeibureau wurde der Mann erkannt als — ein Kriminalbeamter. Er war früher derselben Wache als uniformierter Säugmann zugeteilt gewesen, und Leutnant Deß hatte ihn, weil er ihn als tüchtigen Beamten schätzte, zur Übernahme in die Kriminalpolizei empfohlen. Was der Kriminalbeamte in der Wohnung des Leutnants gesucht hatte, wird er der Polizei gefagt haben, aber die Deffentlichkeit hat bisher nichts darüber erfahren. Zutritt zu der Wohnung hatte er sich durch den hinteren Eingang verschafft, indem er eine Tür mit einem Nachschlüssel öffnete und zwei andere Türen zerstiörte.

Einer Bahnhofschwinderin fiel am Sonntagmorgen eine junge Frau aus Bremen in die Hände. Die erst kurz verheiratete Frau wollte nach Breslau zu ihren Eltern fahren, weil ihr Mann zu einer militärischen Übung eingezogen ist. Als sie im Wartesaal dritter Klasse des Bahnhofs Friedrichstraße auf den Breslauer Zug wartete, setzte sich eine andere Frau, die auch wie eine Reisende gekleidet war, zu ihr an den Tisch und zog sie in ein Gespräch. Sie schien mit der Berliner Verhältnisse genau bekannt zu sein und schlug der jungen Frau einen kleinen Spaziergang vor, weil der Zug doch noch lange nicht komme. Beide gingen dann die Friedrichstraße hinunter und besuchten in der Nähe der Weiden-dammer Weide eine automatische Wirtschaft, um sich zu erfrischen. Die vermeintliche Reisende entwickelte ein großes Medalett und machte die junge Frau bald auf dieses, bald auf jenes aufmerksam. Diese Ablenkung benutzte die Begleiterin, der Frau das Portemonnaie mit 80 M., der Fahrkarte und dem Gepäckchein aus der Tasche zu stehlen, ohne daß sie etwas merkte. Dann verschwand die Diebin auf Rimmerwiedersehen. Vergeblich wartete die junge Frau, bis die Zeit zur Abfahrt des Zuges heranlang. Als sie dann bezahlten wollte, entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß sie bestohlen worden war. Die Bahnpolizei, der sie ihr Leid klagte, konnte nur noch ihr Handgepäck retten. Die Gaunerin ist noch nicht ermittelt.

Ein blutiger Kampf spielte sich am Sonntag im Hause Triftstraße 63 ab. Vier schoß der Gastwirt und Hausverwalter Funke in der Notwehr auf den Arbeiter Albert Springmann, der schwer verletzt dem Virchow-Krankenhaus zugeführt werden mußte. Im einzelnen erfahren wir über den Vorfall folgendes: Im Hause Triftstr. 63 überfielen am Sonntag zwei junge Vurschen, von denen der eine der mehrfach vorbeifraße, hellungelose 24jährige Albert Springmann aus der Schwalder Str. 5 ist, den im Nachbarhause Triftstr. 64 wohnenden Arbeiter Krause. Besonders Springmann schlug grundlos auf Krause demgegen ein, daß dieser zusammenbrach. Der Gastwirt Funke, der Hausverwalter ist, ersuchte die beiden jungen Leute, das Haus zu verlassen. Diese Aufforderung beantwortete Springmann mit tätlichen Angriffen auf den Gastwirt. Er verließ nicht das Haus, sondern drang sogar in den Restaurationsgarten ein. Als ihn der Wirt hindrängte, ergriff er einen Gartenstuhl und stürzte sich auf ihn. In der Notwehr zog Funke seinen Revolver und schoß auf seinen Angreifer. Dieser floh und brach im Hausflur zusammen. Die Kugel war ihm in den Leib gedrungen. Schwer verletzt wurde er nach der Unfallstation in der Lindower Straße und von da aus nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Funke wurde bereits von der Kriminalpolizei einem eingehenden Verhör unterworfen. Nach dem Bericht der Augenzugen hat er in Notwehr gehandelt. Das Befinden des angeschossenen Springmann ist überaus ernst.

Tödlicher Unfall auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Am Sonntagabend verunglückte auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Berliner Kaskade von der Bahnhofsverwaltung. Kaskade wollte am Fernbahnhofssteig Wasser ausschütten und überfaß dabei das Herannahen eines Fernzuges. Er wurde von dem Zuge erfasst und fiel so unglücklich auf das Gleis, daß ihm der Schädel zertrümmert und ein Bein und ein Arm abgefahren wurde. Die Verletzungen führten nach wenigen Minuten den Tod herbei. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaus geschafft.

Kriminalbeamte als ein Liebespärchen. Spanner und Lauscher, die alljährlich bei schönem Wetter in der Umgebung Berlins auftraten, trieben es auch in dem bewaldeten Teil der Hasenheide wieder ärger als je. An vielen Liebespärchen verübten sie Verbrechen. In der Hasenheide ist den gefährlichen Vurschen nur schwer beizukommen, weil sie sich dort in den Büschen gut verbergen können. Zwei Rixdorfer Kriminalbeamte versuchten es deshalb gestern abend auf ungewöhnlichem Wege. Sie verkleideten sich als Liebespärchen und wandelten in ihrer leichten Bekleidung und düstigen Tracht durch die Heide. Es dauerte auch nicht lange, da kam ein Spanner aus dem Gebüsch herausgesprungen, stellte das Pärchen und forderte es auf ihm nach der Wache zu folgen. Unbefürchtlich war sein Gesicht, als jetzt die Beamten ihre Maske fallen ließen und ihn am Kragen nahmen und abführten. Auf der Wache wurde der Verhaftete festgehalten als ein Händler Weigelt aus der Jahnstraße. Andere Beamte lieferten später noch einige Kerle ein, die auf ihrem Spannerposten eingeschlossen waren.

Die Unfälle der Anschläger, Flaschen und Gläser unterwegs wegzufahren oder zu zerfallen, hat am Sonntag schweren Schaden gebracht. Unweit der Försterei Tegeler See trat eine Frau, die sich dort badete, in einen Glascherben und verletzte sich den Fuß auf das schwerste. Anwesende Badegäste verbanden die Frau so gut als es ging und riefen ein Motorboot herbei, welches die Verletzte nach Tegeler fuhr. Wann wird endlich mit der Unfälle des Wegwerfens von Glas, Flaschen und Papier gebohrt werden?

Straßenbahnunfälle. Am Sonntagabend ereigneten sich mehrere Straßenbahnunfälle. An der Ecke der Oranienburger- und Artilleriestraße wollte eine Frau Hampel, Vorkahrgang Str. 88 wohnhaft, trotz der Warnungen des Schaffners den Hinterrad des Motorwagens 1947 der Linie 26 verlassen, kam jedoch zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Oberarmes. Die Verletzte mußte nach der Charité übergeführt werden. — Auf der Halleschen Torbrücke geriet der Kaufmann Otto Scherweg, Bremerstr. 61 wohnhaft, unter den Hinterrad des Motorwagens 2064 der Linie 21 und erlitt eine schwere Anlegienquetschung, sowie Kontusionen. Der Verletzte wurde auf der nahen Unfallstation verbunden und dann in seine Wohnung geschafft. — Vor dem Hause Oranienstr. 170 wurde der dreijährige Willi Egel, Oranienstr. 171 wohnhaft, von dem Motorwagen 2190 der Linie 93 umgestoßen und geriet mit den Beinen unter den Schutzrahmen. Der Wagen wurde angehoben und das Kind, das einige Fleischwunden an den Beinen davongetragen hatte, nach der Unfallstation gebracht.

Am Sonntag wollte der Radfahrer Ernst Heuser, Gartenstraße 20, auf seinem Fahrrad in der Mühlstraße einem Omnibus ausweichen. Die Lenkvorrichtung verlangte jedoch, der Fahrer stürzte zu Boden und geriet mit dem linken Arm unter den Schutzrahmen des Motorwagens 2378 der Linie 81. Der Verunglückte, der starke Quetschungen davongetragen hatte, wurde auf der nahen Unfallstation verbunden. — Vor dem Hause Rottbuser Ufer Nr. 83 geriet der Postkassierer Wilhelm Köppen, Urbankstr. 66, unter den Hinterrad des Motorwagens 1634 der Linie 58 und zog sich ebenfalls starke Quetschungen am linken Bein zu. — An der Ecke der Leipziger und Mauerstraße wollte ein Herr Willi Richard, Siegmundshof 14 wohn-

haft, den Hinterrad des Motorwagens 2901 der Linie 81 während der Fahrt verlassen, stürzte jedoch und geriet mit dem linken Fuß unter den Schutzrahmen. Der Verunglückte, der einen komplizierten Oberschenkelbruch davongetragen hatte, wurde nach der Unfallstation und dann in eine Privatklinik gebracht.

Rahradnarber treiben in letzter Zeit auch auf Friedhöfen ihr Unwesen. In vergangener Woche wurden auf dem Heilands-Kirchhofe in Ploegensee zwei Räder gestohlen, die an einer für Räder bestimmten Stelle angehängt waren. Das am Sonntagabend gestohlene Rad wird wie folgt beschrieben: Strahrentrenner Nr. 42 625, Rahmen schwarz emailliert, Felgen gelb, Lenkstange nach unten gebogen ohne Griffe, Pedale ohne Gummi, Vorderrad war mit Kotflügel versehen, der hintere jedoch fehlte.

Wer über den Verbleib des Rades Auskunft geben kann, wird gebeten, Mitteilungen an Herbert Raegler, NW. 5, Pützligstraße 8, vorn II, zu richten.

Drei große Dachstuhlbrände wüteten am Sonntag in der Oldenburger Straße 48 in Moabit, in der Karlshagen Str. 3 in Wilmersdorf und in der Wilhelmminnenhofstr. 43 in Ober-Schöneeweide. An allen drei Stellen hatten die Feuerwehren stundenlang zu tun, um die Flammen zu ersticken. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen. — In der Berliner Straße 134 zu Nieder-Schöneeweide ging am Sonntagabend ein Nebengebäude der Tuchfabrik von John Wladburn, Nachf. W. Müller, in Flammen auf. Die Feuerwehren aus Ober- und Nieder-Schöneeweide und Umgegend griffen mit vereinten Kräften ein und brachten das Feuer nach einständiger Tätigkeit zum Stehen. Die Hauptfabrikgebäude konnten geschützt werden. Die Ursache des Brandes wird auf Selbstentzündung von Wolmaterialien zurückgeführt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt und tritt bei der Firma keine Betriebsstörung ein.

Bei der Monatsheinfahrt des Verbandes der Sattler und Portefeulser am Sonntagabend ist ein Armband verloren gegangen. Dasselbe ist gefunden worden und auf dem hiesigen Bureau, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 37, abzuholen.

Radrennen im Olympiapark, 13. August. Der „Große Preis von Berlin“, ein Dauerrennen, das in zwei Läufen über je 100 Kilometer von Didentmann (Amsterdam), Galvin (New York), Janke (Berlin), Miquel (Paris), Ryser (Zürich), Scheuermann (Breslau), A. Stellbrink (Berlin) und Walthour (Atlanta) bestritten wurde, hatte der Bahn trotz der herrschenden Hitze einen zahlreichen Besuch zugeführt, ein Beweis, daß gut besetzte Radrennen noch nichts von ihrer Anziehungskraft eingebüßt haben. Leider konnte das Rennen nicht zu Ende geführt werden, denn der einbrechenden Dunkelheit wegen mußte der zweite Lauf, dessen Beginn durch das Nichtfunktionieren der Galvinschen Schrittmachermaschine sich verzögerte, abgebrochen werden. Der erste Lauf (100 Kilometer) wurde von Walthour in 1 Stunde 18 Min. 59 Sec. vor Scheuermann (250 Meter) und Miquel (1000 Meter zurück) gewonnen. Didentmann, der von Anfang an versagte, hatte beim 36. Kilometer aufgegeben. Scheuermann, der wiederholt bis auf 30 Meter zu Walthour aufgerückt war, endete etwas über 1/2 Meile hinter demselben. — Im zweiten Lauf zeigte sich Janke seinen Begleitern überlegen; bis zur zwölften Meile hatte er schon alle überholt; Galvin und Ryser blieben ausichtslos zurück; nur Stellbrink leistete erfolgreich Widerstand. Bei 70 Kilometer, die Janke in 57 Min. 40 Sec. zurücklegte, war Stellbrink 1820 Meter, Ryser 6700 Meter und Galvin weit zurück. Beim 75. Kilometer wurde das Rennen um 8 Uhr 20 Min. abgebrochen, um am Montag beendet zu werden.

Das Hauptfahren über 1200 Meter (75, 50, 40, 20 M.) wurde von Lorenz vor Grohmann, Stabe und Finn gewonnen. In den sechs Vorläufen fuhren 36 Fahrer. — Prämienfahren über 4000 Meter (40, 25, 20, 10 M. und 18 Prämien a 3 M.) 1. Stabe vor Lorenz, Grohmann und Schmittchen. 46 Fahrer in einem Lauf. Die Rennen verliefen ohne Unfall.

Montag, 14. August, abends, wurde das Rennen um den „Großen Preis von Berlin“ beendet. Janke siegte auch diesmal vor Stellbrink (190 Meter), Ryser (580 Meter) und Galvin. Das Gesamtergebnis des „Großen Preises von Berlin“ (3000, 2500, 2000, 1700, 1400, 1200, 1000, 700 M.) stellt sich: 1. G. Janke 1 St. 13 Min. 20 Sec. (New York); 2. A. Stellbrink 1 St. 14 Min. 51 Sec.; 3. R. Walthour 1 St. 18 Min. 59 Sec.; 4. R. Scheuermann 1 St. 19 Min. 30 Sec.; 5. J. Miquel 1 St. 20 Min. 46 Sec.; 6. Fr. Ryser, weit zurück; 7. Fr. Galvin, weit zurück; 8. P. Didentmann, aufgegeben.

Als Zugabe wurden noch geboten: Prämienfahren über 4000 Meter (40, 25, 20, 10 M.). 1. Finn vor Lorenz, Grohmann und Schmittchen. 23 Fahrer in Rennen. — 25 Kilometer-Fahren für Klasse B. (300, 200, 100 M.) 1. Amorth in 19 Min. 59 Sec.; 2. Schön, 10 Meter; 3. Leutert; 4. Taucher, beide weit zurück. Scharfer Kampf zwischen den beiden Ersten.

Ein Luittungsbuch (Postbuch für Einschreibsendungen) hat am Freitag ein Hausdiener in einem Barbierladen in der Petersburger Straße 42 liegen lassen. Der Besitzer kann es dort in Empfang nehmen.

Zugengesuch. Personen, die am letzten Sonntag, zwischen 4 und 5 Uhr, am Spreeweg in Treptow beim letzten Vorkundel der Sifstierung eines Wannes durch einen Schutzmann zugehört haben, werden um Mitteilung ihrer Adresse an Langmeier, Sebastianstr. 36, Seitenflügel IV bei Widmich, gebeten.

Zeugen, die am 11. August, abends 11 Uhr, in Rixdorf eine vor dem Hause Pannierstr. 13 erfolgte Sifstierung eines Mädchens durch einen Schutzmann angesehen haben, werden um Angabe ihrer Adresse an Joseph Raghota, Rixdorf, Pannierstr. 13, Quergebäude 1 Treppe, gebeten.

Ein Portemonnaie mit Inhalt ist auf dem Sommerfest des dritten Kreises am Sonntagabend in der „Neuen Welt“ verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Pohl, Raunhstr. 30, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt vom 15. bis einschließlich 30. August an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im Magistratsbureau M., Feurigstr. 63, Vorderhaus 1 Treppe links, Zimmer Nr. 6, zur öffentlichen Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben. Da nun die Erfahrung gelehrt hat, daß unrichtige Eintragungen und sonstige Fehler sehr häufig vorkommen, so ist es Pflicht eines jeden, wenn er seines Wahlrechts nicht verlustig gehen soll, selbst die Wählerlisten einzusehen oder jemand damit zu beauftragen. Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsbildung zusammengetragenen Steuern beträgt 6 541 589,99 M. Demnach gehören zur ersten Abteilung diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbetrag von 1208,40 M. zahlen. Die zweite Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 1207,65 M. und schließt ab mit einem solchen von 217,40 M., während die dritte Abteilung mit dem Steuerbetrage von 217 M. beginnt. Die Zeit, in der die Wählerlisten ausliegen ist wiederum in die Bureaustunden verlegt, wo es den meisten Arbeitern gar nicht möglich, selbst die Listen einzusehen. Das darf niemanden zurückhalten, alsdann einsehen zu lassen. Auch ist nur ein Lokal vorgesehen zur Einsichtnahme, sodas den Wählern durch den zweiten Weg Erschwerungen zugemutet werden. Es sollte alles daran gesetzt

werden, um die Zahl der Einsichtnehmenden erheblich zu vergrößern.

Rixdorf.

Von einem Brauereigespann überfahren und getötet wurde am Montagabend der Gastwirt G. Severin, Herrfurthplatz 8 wohnhaft. Der Verunglückte wollte ein am Herrfurthplatz durchgegangenes Gespann der Brauerei Hoppoldt anhalten. Er wurde von den Pferden zunächst ein Stück mitgeschleift, verlor dann völlig den Halt und stürzte so unglücklich hin, daß er überfahren wurde. Das Vorderad des schweren Wagens ging ihm über den Kopf, das Hinterrad über die Brust; er war auf der Stelle tot. Das durchgehende Gespann wurde an der Ecke der Schillerpromenade angehalten.

Storkow.

Stadtverordnete und Magistrat. Ein eigenartiger Konflikt ist seit einigen Tagen zwischen dem Magistrat von Storkow auf der einen und den Stadtverordneten und der Bürgerschaft auf der anderen Seite ausgebrochen. Der in Storkow gegründete Bürgerverein, dem der größte Teil der Einwohnerschaft sowie neun Stadtverordnete von beiden des Kollegiums angehören, ist mit dem Magistrat in einem Briefwechsel getreten, der zu schweren Konflikten und zu einem gerichtlichen Verfahren Anlaß gegeben hat. Die Ursache des Streites ist darin zu suchen, daß der Magistrat gegen Beschluß und Wunsch der Stadtverordneten den Bau eines Elektrizitätswerkes der A. G. S. übergeben hat. Die Mehrheit der Stadtverordneten und Bürgerschaft ist darüber erbittert, daß der Bau des Werkes nicht einer Chemnitzer Firma, welche die günstigste Offerte abgegeben hatte, sondern der A. G. S., deren Aktienanschlag um 17 000 M. höher war, als der anderen Firma überlassen wurde. Der Briefwechsel der beiden Parteien dürfte noch ein ernstes Nachspiel haben.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Volkfest. Das vom Zehlendorfer Wahlverein veranstaltete Volkfest hat nicht, wie in der Sonntagsnummer des Blattes irrtümlich angegeben, am Sonntag, den 13. stattgefunden, sondern findet erst nächsten Sonntag, den 20. August, statt.

Spandau.

Die Liste der Stadtverordnetenwähler, welche neu aufgestellt ist, liegt zur Prüfung der Wähler vom 15. bis 30. August im Stadtssekretariat Zimmer 13—14 des Rathauses sowie im Stadteil Kommandamm Hofmeisterstr. 2, parterre links während der Dienststunden von 8—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags öffentlich aus, und ist ein jeder Wähler verpflichtet, Einsicht in die Liste zu nehmen. Wer nicht in der Liste steht oder nicht richtig eingetragen ist und die nachträgliche Aufnahme oder Richtigstellung bis 30. August nicht beantragt hat, darf nicht wählen.

Für diejenigen Wähler, welche keine Zeit haben, selbst in die Liste Einsicht zu nehmen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, die Liste einzusehen und wolle sich daher ein jeder mit dem Steuerzettel an die Genossen wenden. Veräume keiner, sich rechtzeitig um die Wählerliste zu kümmern. J. Böhle, Habelstr. 20. Wette, Bismarckstr. 5. Heilig, Frobenstr. 12. Weiser, Jüdenstr. 11. Rahmizad, Reumeisterstr. 7. Schubert, Kurstr. 21. Böhe, Seeburger Straße 88. Piczilis, Nischelsdorfer Str. 5. Koepnick, Nischelsdorfer Str. 39. Pieper, Meßer Str. 12. Hornig, Konjum, Mittelstr. 13. Richter, Metallarbeiterverband, Wörtiger Platz 2. Ristow, Seegfelder Str. 65. Köppen, Breitestr. 64. Für den Ronnendamm und Hahelhorst: Dreier, Nest, Märkischer Steig 6.

Haus aller Welt.

Wenn der Kaiser reist.

Aus Anlaß der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandreise und dem Beginn seiner Sommer-Landreisen sind die Eisenbahn-Direktionen und auch deren unteren Beamten auf die für die „Reisen Allerhöchster und Höchster Herrschaften“ geltenden Bestimmungen, erneut hingewiesen worden. Da ist zunächst die Vorschrift, eine Begegnung des Hofzuges mit Götterzügen oder gemischten Zügen auf freier Strecke auszuschließen. Bei den vom Kaiser benutzten Sonderzügen ist, auch wenn sie mit selbsttätiger Bremsenrichtung versehen sind, stets eine Zugleine anzubringen, damit jederzeit von einem an der Aufsicht über den Zug beteiligten Beamten ein Kotsignal gegeben werden kann. Die Hofwagen dürfen nicht unmittelbar hinter dem Schutzwagen laufen, sondern müssen von der Lokomotive durch mindestens vier Achsen getrennt sein. Alle während der Fahrt am Zuge vorzunehmenden Dienstverrichtungen sind möglichst geräuschlos auszuführen. Das Betreten der Wagendecken ist zu vermeiden und darf, wenn es sich nicht umgehen läßt, nur mit besonderer Bedarfsamkeit geschehen. Der Gebrauch der Lokomotivpfeife ist auf das geringste Maß zu beschränken. Weichenstimmungen und gekrümmte Gleisstrahlen, hinter denen eine Gegenkrümmung erfolgt, sind so langsam zu befahren, daß Stöße und heftige Schwankungen vermieden werden. Wenn ein kaiserlicher Sonderzug mit einem anderen Zuge auf der Strecke oder auf der Station kreuzt oder einen anderen Zug überholt, hat der Lokomotivführer des letzteren das Qualmen der Lokomotive sowie das geräuschvolle oder die freie Aussicht behindernde Dampfablassen bei der Begegnung mit dem Hofzuge zu vermeiden. In Bezug auf den Grnh heißt es in den Vorschriften, daß beim Passieren eines Hofzuges alle diensttunenden Beamten des Stations- und Fahrdienstes in ihrer besten Dienstkleidung zu erscheinen und bei Annäherung der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften durch Abnehmen der Mütze zu grüßen haben. Fahrpläne, Dienstordnungen und sonstige Mitteilungen, die auf Sonderfahrten Bezug haben, sind geheim zu halten, namentlich ist unterfagt, Zeitungen irgend welche Mitteilungen über derartige Reisen zu machen.

Folgen der Hitze.

Noch immer hält die tropische Hitze in unermindelter Stärke an, ja in einzelnen Gegenden Europas ist noch eine weitere Steigerung der Temperatur zu verzeichnen. Nur aus Frankreich kommt die Meldung, daß schwere Gewitter, verbunden mit Hagelschlag, eine Abkühlung herbeigeführt haben. Auch am Sonntag und gestern wieder hat das Verlangen, der erschöpfenden Hitze durch ein kühles Bad zu entkommen, eine große Anzahl Opfer gefordert. In Landsberg ertranken kurz hintereinander sechs Personen, die in der Warte badeten. In dem Meisnab bei Rodenitzchen in der Nähe von Köln sind am Sonntag zehn Personen ertrunken; das Bad war von ungefähr 40 000 Personen besucht. Innerhalb des Gebietes der Stadt Düsseldorf sind beim Baden im Rhein am Sonntag sechs Personen ertrunken.

Infolge der Hitze und der damit verbundenen großen Trockenheit mehren sich die Brände, deren Abblößen infolge des Wassermangels teilweise Schwierigkeiten macht. In Buxtehude entstand gestern nachmittags 2 1/2 Uhr ein Brand, der auf die anliegenden Häuser übersprang und sich so rasch verbreitete, daß um 8 Uhr abends 20 Häuser, darunter das Rathaus, in Flammen standen. Trotzdem die Wehren der Umgegend, die Hamburger Feuerwehre und ein Zug der Hamburger Wehre zur Hilfeleistung herangezogen wurden, ist man des Feuers bisher noch nicht Herr geworden. — In Frankfurt a. M. geriet durch die Selbstentzündung mehrerer Düngewagen eine Milchuranstalt in Brand. Das Feuer griff auf ein Holzlager über,

so daß bald ein ganzer Strahenzug in Flammen stand. Ein Teil der Köchmannschaften erlitt mehr oder minder schwere Verletzungen. Der durch den Brand angerichtete Schaden wird auf 80-100 000 M. geschätzt.

In der französischen Ortschaft Merx sur Seine zerstörte ein Großfeuer in kurzer Zeit 30 Wohnhäuser und die Kirche. Um des Brandes Herr zu werden, mußte ein Bataillon Jäger zur Hilfeleistung herangezogen werden. — In der belgisch-deutschen Grenze stehen seit einigen Tagen weite Torfmoorströcke in Brand. Das Feuer breitet sich ständig weiter aus, so daß den umliegenden Ortschaften bereits Gefahr droht.

Der Wasserstand des Rheines ist jetzt so weit zurückgegangen, daß die sogenannten „redenden Steine“, Wahrzeichen, die seit Jahrhunderten bei außergewöhnlich niedrigerem Wasserstande sichtbar erschienen, zwischen Bacharach und der Pfalz bei Taub sind die „sieben Jungfrauen“, spitze Felsen, weit über dem Wasser sichtbar. Zwischen Müdesheim und dem Bingerloch ist der „Weinstein“ erschienen, dessen Erscheinen zuletzt im Jahre 1811 zu einem feste Veranlassung gab, bei dem ein ganzer Obste geerntet und nach altem Brauch die Jahreszahl 1811 zu den bereits vorhandenen Jahren in den Felsen gehauen wurde. Vor St. Goar liegt ein Stein mit der Jahreszahl 1704. Das Sichtbarwerden dieser Steine soll für die Landwirtschaft Düre und schlechte Ernte, für den Weinbau ein Qualitätswein ersten Ranges bedeuten.

Von der Cholera.

In Oesterreich sind im Laufe des gestrigen Tages fünf neue Fälle von Cholera festgestellt worden, davon entfallen vier Erkrankungen auf die Stadt Peretochi, der fünfte auf Triest. Auch in Frankreich und zwar in Lunel und in St. Vres sind je ein Cholerafall festgestellt worden. Um eine Weiterverbreitung zu verhüten, sind umfangreiche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Ein Pilgerzug, der aus Kroatien nach Lourdes fahren wollte, wurde wegen der Cholera gefahr angehalten. 280 Pilger eines anderen Zuges, der vor Toulon ankam, durfte die Stadt nicht betreten.

In der Türkei sind nach den offiziellen Angaben am Sonntag in Konstantinopel 44 Erkrankungen und 23 Todesfälle an Cholera festgestellt worden. Außerdem sollen über 50 Fälle in Hasloj vorgekommen sein. In Albanien sind nach amtlichen Zahlen zu verzeichnen in Npel 28, in Djakowa 12, in Novibazar 8, in Sieniza 7, in Nitrowiza 13, in Bucitr 3, in Ueskub 2, in der Umgebung von Ueskub 12 Todesfälle, in San Giovanni di Medua 7 Erkrankungen, von denen 3 tödlich verliefen, in Monastir 2, von diesen eine tödlich. Infolge des Auftretens der Cholera in Saloniki laufen die fremden Dampfer nicht in den Hafen ein und nehmen keine Reisenden auf.

Verkehrsunfälle.

In dem ober-schlesischen Städtchen Katowitz fuhr am Sonntagabend ein Zug der ober-schlesischen Kleinbahn Myslowitz-Katowitz auf einen mit Ausflüglern besetzten Autoomnibus auf. Dabei wurden acht Personen verletzt, davon zwei schwer. Von den Insassen des Eisenbahnzuges kam niemand zu Schaden. Wie die Untersuchung ergeben hat, soll die Schuld den Autoführer treffen, der weder ein Signal gab, noch sein Gefährt belenktet hatte.

Auf der nordamerikanischen Eisenbahnstrecke Chicago-Keokuk entgleiste am Montag in der Nähe von Fort Wayne ein

mit voller Geschwindigkeit fahrender Personenzug. Das Unglück forderte sechs Tote; außerdem wurden 80 Personen verletzt, von denen mehrere hoffnungslos daniederliegen.

Kleine Notizen.

Ein Liebesdrama. In Altona hat der Seemann Gehe seine Geliebte Alma ihm durch zwei Revolverkugeln in die Brust und den Hals getötet. Der Täter versuchte sodann, sich selbst durch drei Schüsse zu töten, wurde aber noch lebend ins Krankenhaus gebracht, wo er schwerverletzt daniederliegt.

Selbstmord eines Berliner in Altona. In dem Ostseebade Altona erhängte sich am Sonntag in einer Villa ein zur nur weilender junger Kaufmann aus Berlin namens Bernhard Fuz. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist noch nicht ermittelt.

Strandung eines englischen Dampfers. Nach einer Landmeldung aus Aden ist der englische Dampfer „Hilshire“ südlich vom Kap Guardafui gestrandet. Die Besatzung und 75 Passagiere sind in Aden angekommen. Zwei Boote mit 30 Personen werden vermisst.

Amerikanische Lynchjustiz. In der im Staate Pennsylvania gelegenen Stadt Coatesville holte ein Volkshaufe einen Neger aus dem Hospital, band ihn an einen Pfahl und verbrannte ihn bei lebendigem Leibe. Der Neger hatte bei seiner Festnahme wegen Diebstahls einen Polizisten getötet und war selbst verwundet worden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns heute Nr. 22 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Karollos, von A. Luxemburg. — Zur Frauenkonferenz. Von Luise Jey. — Arbeitszeit und Löhne amerikanischer Arbeiterinnen. Von Fritz Nummer. — Einkommen und Miete; Wohnungsgröße und Miete. Von E. L. — Vier Jahre Frauenleseabend. Von Kurt Helm. — Hechts mit dem Frauenwahlrecht.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ernlemond. Von C. A. Neher. — Johann Peter Hebel IV. Von Dr. Wilhelm Hauslein. — Wie ernährt man einen Säugling. Von Dr. med. A. Steininger. — Für die Hausfrau. — Hygiene. — Heilspiegel: Menschenbild und Turmbau. Von Charles de Coster. — Die Arbeiter an ihre Brüder. Von Georg Herwegh.

Für unsere Kinder: Ein Graf. Von Falk Wiltman. (Geblikt). — Wie ich Ingenieur wurde. Von Max Ehib. — Die Bolle. Von Robert Reim. — Regenschirm. Aus Reiterbros Lebensbeschreibung. — Der Weilerdieb. Von Brüder Grimm. (Schluß). — Aus dem grünen Walde. Von Robert Reim. (Geblikt).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist heute die Nummer des 28. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Der Jauderer in Rom. Von R. Banfelow. — Herr von Ribben-Bachter amüsiert sich beim Dandanz in Marolles. Von H. G. Jensch. — Jam Veich der französischen Gewerkschaftsvereiner in Deutschland. — Das unschuldige Kind. Von Leo. — Tres facium collegium. Von H. G. Jensch. — Vom Antikollertag. Von Willibald Krain. — Not, Blau und Schwarz. Von R. Banfelow u. w.

Text: Zentralverband der Industriellen. — Die Genügamen. Von P. E. — Erleichterungen des Fremdenverkehrs. Von Tobias. — Spott Reimant. Von P. E. — Westermichs Ränger. — Das alte Lied. — Lieber Jacob! Von Gottlieb Kaufe. — Wohl mir, wenn ich ein Schaf gefunden! Von T. — Reuand. Von K. — An den Vorstand der nationalliberalen Partei. — Infamitätsschlag. Von M. — Schillers Klage. Von Van. — Eine hochnobele Trauung. — Die rote Schleife. Von Paul Enderling. — Wein Berleben. Von T. — Die Peter sich feillos und Harret werden mußte. — Der Staat an die Arbeiterjugend. Von M. — U. w. u. w.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. D. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vom vier Uhr bis sechs Uhr abends statt. Jeden für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Aufhabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. S. 21. Nach der herrschenden, unferer Grachtens trigen Becht'seider nicht. — Zimmerlein richten Sie eine Eingabe an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission. — R. 100. Gerichtspraxe. Ra. — Jura 2. So lange die Armenverwaltung die Rechte nicht beschlagnahmt hat, ja. — G. S. 170. Ihre Angaben reichen nicht aus. — Kommen Sie in die Sprechstunde. — R. W. Wittkoder Str. 19. An den Mietvertrag sind Sie gebunden. Versuchen Sie eine gütliche Einigung mit dem Vermieter. — R. S. 100. Das ist unzulässig. Wenden Sie sich, vielleicht gemeinschaftlich mit anderen Mietern, an das Polizeigebiet. — Vorsichtig. Fordern Sie die Beschreibung und Bestimmung von der Agentur zurück und legen Sie sich mit einem Patentanwalt in Verbindung. Die Agentur ist zur Geheimhaltung verpflichtet. — V. T. 9. Für ein Kind kann nach der Novelle vom Jahre 1909 nichts mehr in Abzug gebracht werden. — R. W. Ra. — G. S. 555. Einpruch ist ausgeschlossen. Das „Durchlaufen“ soll vermindert werden. — R. S. Darüber entscheidet auf Antrag das Vormundschaftsgericht.

Marktpreise von Berlin am 11. August 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidenten. Marktpreise. (Kleinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Speldeböhen, weiße, 30,00-30,00. Linen 30,00-30,00. Kartoffeln 11,00-16,00. 1 Kilogramm Minderfleisch, von der Reule 1,60-2,40. Minderfleisch, Bauhoffleisch 1,50 bis 3,70. Schweinefleisch 1,20-1,80. Kalbfleisch 1,30-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,30. Butter 2,20-2,80. 60 Stück Eier 3,00-5,20. 1 Kilogramm Schinken 1,40-2,40. Kote 1,60-3,20. Jander 1,60-3,60. Heute 1,40 bis 2,80. Parche 1,00-2,00. Schote 1,40-3,60. Bleie 0,80-1,60. 60 Stück Krebse 2,00-30,00.

Witterungsüberblick vom 14. August 1911.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Stettin	764	SW	1	wolkig	23	Qabranba	759	R	2	halbbd.	18
Damberg	765	NO	1	halbbd.	24	Peterburg	760	R	1	wolkig	17
Berlin	764	R	1	heiter	23	Seilly	765	NO	2	bedekt	15
Kranz a. R.	764	NO	2	heiter	23	Übersee	771	R	1	heiter	14
München	765	SB	2	heiter	16	Paris	764	NO	1	heiter	21
Wien	763	SW	1	halbbd.	20						

Wetterprognose für Dienstag, den 15. August 1911.

Bieloch wolkig bei mäßigen nördlichen bis nordwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitter, geringe Abkühlung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	13. 8.	12. 8.		13. 8.	12. 8.
Remel, Ilmt	46	0	Saale, Großk.	27	0
Bregel, Jüterburg	-53	0	Havel, Spandau	-9	-3
Reichel, Hoya	-18	+2	Havel, Rathenow	-	-
Ober, Ratibor	83	+3	Spree, Cuxemburg	54	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	13	0	„ „ „ „ „ „ „ „	82	+1
„ „ „ „ „ „ „ „	21	-3	„ „ „ „ „ „ „ „	-134	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-46	0	„ „ „ „ „ „ „ „	-62	+3
„ „ „ „ „ „ „ „	-64	-7	„ „ „ „ „ „ „ „	366	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-43	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	149	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-110	-5	„ „ „ „ „ „ „ „	112	-2
„ „ „ „ „ „ „ „	-	-	„ „ „ „ „ „ „ „	10	-14
„ „ „ „ „ „ „ „	-23	-1	„ „ „ „ „ „ „ „	-	-
„ „ „ „ „ „ „ „	-	-	„ „ „ „ „ „ „ „	-20	-4

) + bedeutet Sturz, — Fall. — *) Unterbeleg.

Knaben = Hosen
Dauer bis 20. August.

Tausende Anzüge, Blusen, Hosen, Pyjacks, Pelerinen
zu außergewöhnlich billigen Preisen!

- Knaben-Hosen in verschiedenen Mustern, für 3-8 Jahre durchweg M. 1⁵⁰ u. 65 Pf.
- Knaben-Hosen gewirter Buckskin, für 9-14 Jahre durchweg M. 2.—
- Waschhosen gestreift und einfarbig M. 1¹⁰ 90, 40 Pf.
- Waschblusen in vielen Streifen, für 5-8 Jahre ... durchweg 50 Pf.
- Waschanzüge für 5-8 Jahre durchweg 70 Pf.
- Waschanzüge für 5-9 Jahre durchweg M. 1⁹⁰
- Stoffanzüge verschiedene Fassons, für 5-8 Jahre, durchweg M. 2⁸⁵
- Manschesteranzüge Blus.-Fass., für 3-8 Jahre, durchweg M. 3²⁵
- Stoffanzüge ge-reift und kariert, für 3-8 Jahre, durchweg M. 4⁵⁰
- Manschester-Anzüge la Stoffe, für 5-8 Jahre, durchweg M. 6³⁰
- Kammgarn-Anzüge in blau, braun, oliv, f. 5-8 Jahre, durchweg M. 5⁹⁰
- Sport-Anzüge in vielen Mustern, für 3-8 Jahre, durchweg M. 6⁵⁰
- Jackett-Anzüge neueste Stoffe, für 9-14 Jahre, durchweg M. 9⁰⁰ u. 7⁶⁰
- Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen, durchweg M. 6⁰⁰ u. 4⁵⁰
- Trikot-Sweater für Knaben und Mädchen, Größe 1 45 Pf.

circa 1000 Modelle Anzüge, Ulster, Paletots, Pyjacks — sehr schöne Neuheiten — teilweise unter Herstellungspreis

Kieler Wasch-Anzüge auffallend billig!

BaerSohn

Kleider-Werke
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog Nr. 42 kostentret.

Residenz-Festsäle
Landsberger Straße 31.
Empfehle meine vollständig reovierten Säle mit großer Theaterbühne, Vereinszimmer, Säle für Hochzeiten und Versammlungen, sowie die vier Kegelbahnen.
Richard Stampf eröffnet Ende August dieses Jahres die Tanzstunde.
Max Meyer.

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Kennen Sie sie?
Wenn nicht, dann besichtigen Sie die **Villen-Kolonie Karow**, d. aussichtreichste Gartensiedlung an d. Stuttgarter Bahn. 20-Pf.-Fahrt 300-500 M. Anzahlung genügen.
P. Langenratz
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Reste
Wunderbaum, „Gehlt-Neuheiten“ für Anzüge, Kostüme, Peter 3, 4 Mark. Zuhilfenahme: Gesellschaft u. v. v. Gertraudenstr. 20-21, b. Petrifische.

Beeilen Sie sich
u. besichtigen Sie die letzten 17 Parzellen in Zepernick die ich s. bill. verk. Piano grat. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Für Mitteilung, wer Ihnen will, verbindliche Zahlung von 200-500 M. Aufschr. erb. unter J. R. 14640 durch Rudolf Mosse, Berlin SW. 109/74

Reparaturen. Spez.: Unerschütterlich saubere Musik für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Besondere Vorteile und eventuelle Kostenzahlung für Verordnungs-Abkommen. Ungewöhnlich ebrende Anektionen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin C., Joachimstr. 11c.

Die Welträtsel.
Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.
Von **Ernst Häckel.**
Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
Preis 1 Mark.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69 (Laden).

Moabiter Gesellschaftshaus.
Wicelstr. 24. Tel. Moabit 725.
Am Oktober und November ist der große Saal (1200 Personen) für Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Sonnabende frei.
Carl Schröder, Oekonom.

